

autonomes
Blättchen



Erneutes Verkehrschaos

*„Da braut sich was zusammen,
das müssen wir genau beobachten.“*

*Die Innenministerkonferenz warnt
vor Umweltaktivist*innen, die sich
zum Freitagsgebet auf der Straße
festkleben.*



Impressum:

Nr. 51 Dezember 22 - Februar 23

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. März, 1. Juni, 1. September, 1. Dezember

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den *Tor-Browser*) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://gsxbcjvcrdl66ycimkwra2nxzwvy2idef4twi7elozuzm5ztt5abqyid.onion>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4csrslhpc2z3haiflnm6dqd.onion>

indy-spiegel unbekannter Herkunft:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonug6h2veztdhicoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

<http://bkejyh6jkyvn7zognkwag4xtbzy5z5mi5unudmq624vd6lxr3iudsyd.onion/>

barrikade.info

<https://kontrapolis.info>

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfjgq4ktfdu6uh4nn35vjtuid.onion/>

<https://knack.news>

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbks35n7mvwfxcdj5tlqhfictgz42vjvad.onion/>

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Vorwort	3
Zu den Vorwürfen des Täterschutzes bezüglich Köln	4
Kurdische linke Feminist*innen zum Aufstand in Iran	4
Wärt ihr mal lieber baden gegangen...	6
Beiss die Hand die dich füttert!	10
Kein Öl für Krieg – kein Krieg für Öl!	12
Die Isolation durchbrechen	14
Lützerath verteidigen!	14
Feuer der Kohleinfrastruktur	15
Das Bestehende tötet!	15
Tyre Extinguishers lassen die Luft aus SUV-Reifen	17
Tage der internationalen Solidarität mit Deserteuren	18
Mythen über den Krieg in der Ukraine (Teil I)	19
BUS & BAHN FÜR ALLE	29
Neueste Entwicklungen rund um das 129er Verfahren in München	32
[HB] Freiheit für Alfredo Cospito und alle anderen Gefangenen	35
Offener Brief an das Solidaritätsbündnis Antifa-Ost	35
„Hunde-Elend“ – Teil EINS	37
[Bayern] Kamera und Mikro vor Wohnung gefunden	40
Brandanschlag auf Transporter der MAT in Kaisariani / Athen	41
All my friends are bad kids!	43
Autonomie und Solidarität	45
[B] Brandstiftung gegen Fahrzeug der griechischen Botschaft	51
Bahnsabotage	52
[HH] Besuch bei Maritime Carrier Shipping	55
In Solidarität mit Boris	55
Ich vermisse euch wie Sau	58

Seid begrüßt!

Die letzte Ausgabe ist ja weggegangen wie warme Semmeln! Das freut uns. Es gab viel Lob und Zuspruch - aber auch 2 Zusendungen mit deutlicher Kritik an uns als Redaktionskollektiv. Da beide nicht zur Veröffentlichung gedacht sind, werden wir sie nicht abdrucken. Aber ignorieren wollen wir sie auch nicht.

Die Interventionistische Linke Hannover möchte ausdrücklich nicht, dass ihre Kritik an uns veröffentlicht wird. Sie hat stark kritisiert, dass wir mit dem Abdruck des Artikels „Radikaler Zweifel“ in der letzten Ausgabe einen ihrer Meinung nach „täterschützenden“ Text kommentarlos veröffentlicht haben.

Dadurch würden wir uns an die Seite eines Täters stellen, der sexualisierte Gewalt ausgeübt habe. Wir respektieren den Wunsch der IL, ihre Kritik nicht veröffentlicht sehen zu wollen. Aber wir selbst haben nichts desto trotz einen Text, der unsere derzeitige Meinung zu dem Thema darstellt, geschrieben, weil wir den Vorwurf zurückweisen wollen, wir seien solidarisch mit Menschen, die sexualisierte Gewalt ausüben. Wir sind immer solidarisch mit den Betroffenen dieser Gewalt - nur halten wir die Realität für etwas komplexer, als es die IL gerne hätte. Ihr findet unsere Antwort auf die Kritik in dieser Ausgabe.

Jetzt wird es wieder diejenigen geben, die sagen, wieso beschäftigt ihr euch überhaupt mit einer Kritik, die von der IL kommt? Nun lesen wir euer Heft erst recht nicht mehr! Was soll der reformistische Scheiß? Tja, wir glauben, dass wir in einer Welt voller Widersprüche leben. Die ständig wiederholte, vehemente Forderung nach revolutionärer Klarheit und nihilistischer Radikalität scheint uns ein Ausdruck der Zweifelsbeseitigung. Wir wischen ihn beiseite. Sorry. Womit wir bei der zweiten Kritik an uns wären: Wir würden zensieren und sowieso immer reformistischer werden.

Wir wissen, dass wir Verantwortung dafür tragen, was wir veröffentlichen, und was nicht. Wir haben die Verantwortung darüber, was hier publiziert wird; die beinhaltet auch die Entscheidung, Texte nicht zu veröffentlichen. Es gibt Monate, da schicken uns, so schätzen wir es ein, Leute aus dem gleichen Klügel 5 bis 10 Texte zu. Alle mit der gleichen Stoßrichtung. Und wenn wir dann nicht alle Texte veröffentlichen, wird uns Zensur vorgeworfen. Wir lassen aber keine Texte draußen, weil sie uns zu radikal wären, sondern entweder weil sie formell ungenügend sind (z.B. wirre Texte und Textfragmente ohne inhaltliche Stoßrichtung oder Texte die viel zu lang sind), oder weil wir Positionen so falsch finden, dass wir ihnen keinen oder wenig Raum geben wollen. Manchmal gibt es auch einfach zu viele Texte für eine Ausgabe. Außerdem versuchen wir, monothematische Ausgaben zu verhindern. Wir bekommen oft von einzelnen Personen zu jeder Ausgabe 5 lange Texte zugeschickt, die wir nicht veröffentlichen, weil sie abzudrucken bedeutete, ihnen das Autonome Blättchen inhaltlich zu überlassen. Wir machen uns aber nicht die Arbeit, um einzelnen wenigen (Männern) eine Plattform für ihre Ego-Show zu liefern. Die anarchistischen, autonomen Bewegungsreste sind unterschiedlich und entwickeln diverse Ausprägungen. Das war schon vor 100 oder 150 Jahren nicht anders. Wir wollen der inhaltlichen Breite unserer politischen Strömung Raum geben. Darum sind wir bemüht. Wir versuchen dabei de-

mütig gegenüber der Macht zu sein, die uns der politische Einfluss, den wir mit dem Blättchen haben, ermöglicht.

Zudem möchten wir darauf hinweisen, weil es immer mal wieder gesagt wird, dass wir kein Sammelsurium von bereits veröffentlichten Indymedia-Artikeln sind. Einige Texte sind dort bereits veröffentlicht, wenn das Blättchen erscheint. Aber sie wurden uns in der Regel auch zugeschickt. Sollen wir sie dann nicht mehr abdrucken, obwohl wir sie vielleicht gut und wichtig finden? Wir stellen fest, dass Viele gar nicht mehr so oft bei Indy reinschauen. Deswegen ist eine bereits erfolgte Veröffentlichung im Netz für uns kein Grund, einen Text nicht abzudrucken. Es ist jedoch auch oft so, dass ein Text erst „exklusiv“ im Blättchen erscheint und anschließend im Netz auftaucht. Achtet mal drauf...

Puh, das war jetzt viel zu uns.

Und die Welt da draußen? Sieht schlecht aus.

Zu dieser Ausgabe:

Ihr findet die erste Hälfte eines recht langen Textes aus Tschechien, der eine deutliche Absage an den Diskurs Militarismus und Kriegsbeteiligung mit anarchistischen oder linken Ideen zu begründen und gutzuheißen. Weiterhin gibt es einen Text von kurdischen Frauen zu der andauernden Revolte im Iran. Spannend fanden wir auch eine Positionierung zu der Letzten Generation, da wünschen wir uns noch mehr Meinungen zu! Zu zwei 129er Ermittlungen gibt es einordnende und persönliche, kämpferische Texte aus Norddeutschland und München - Viel Kraft weiterhin an die Betroffenen!

Zum Schluss haben wir noch das Vorwort eines kollektiv geschriebenen Buches zu Flucht, Exil und Illegalität, was wir thematisch und als kollektive Auseinandersetzung und Annäherung an diese Themen sehr begrüßen und uns freuen das Menschen diesen Weg über eine Veröffentlichung gewählt haben.

- Draußen geblieben ist die „Erfreuliche Nachbetrachtung“ zur Bahnsabotage bei Schwedt.
- Wolfgang Hauke, bitte schicke uns keine Texte mehr! Wir werden sie nicht veröffentlichen.
- Danke für die Spenden, die uns erreicht haben!!! Auch das großzügige „Urlaubsgeld“ ist angekommen. Echt super.
- An Waldmeister: 'tschuldigung für die späte Rückmeldung. Es ging leider nicht schneller. Wir hätten gerne mehr Geld - wenn es direkt ginge, wäre das natürlich auch eine Möglichkeit. Guck, wie es für dich am besten und unkompliziertesten geht! Gut wäre, wenn wir euch auch auf elektronischem Weg erreichen könnten.

Euer Blättchen

Zu den Vorwürfen des Täterschutzes bezüglich Köln

Es wird in dem folgenden Artikel um das Thema sexualisierte Gewalt gehen.

Nachdem wir den Text „Radikaler Zweifel“ in Ausgabe 50 abgedruckt haben, erhielten wir von einer IL-Ortsgruppe einen Text, der nicht zur Veröffentlichung vorgesehen ist. In diesem Text wird uns als Redaktion Täterschutz vorgeworfen. Nochmal zur Erinnerung: Es geht um Vorgänge in Köln, um einen Outcall und um eine Reaktion darauf. Wir wollen zu den Vorwürfen gegen uns hier Stellung nehmen und müssen dafür ein bisschen weiter ausholen.

Soweit wir verstanden haben, fand in Köln ein Date zwischen zwei Personen statt, nennen wir sie A und B, das soweit konsensual war. Im Nachgang meldete sich eine Person, nennen wir sie Z, bei einem Dritten per Mail. Z bleibt anonym, auch gegenüber diesem Dritten. Inhalt dieser Mail war eine Anschuldigung gegen B, er hätte während des Dates heimlich intime Fotos von A gemacht und diese, wie auch objektivierende, sexistische Einschätzungen zu A in einem Chat veröffentlicht. Aus diesem vermeintlichen Chat wurde in der Mail zitiert und die Fotos wurden mitgeschickt. Person B wurde darauf hin als Täter sexualisierter Gewalt geoutet.

Dem voraus ging ein Prozess einer Unterstützer_innengruppe der IL, die sich laut eigener Angaben an einem Leitfaden zum Umgang mit sexualisierter Gewalt orientierte. Demnach bleibe, wenn alle Möglichkeiten fehlschlagen, die gewaltausübende Person mit seinen Taten zu konfrontieren, als letztes Mittel ein Outing. Die Konfrontation, also die Ansprache als Täter sexualisierter Gewalt schlug fehl, weil Person B die Vorwürfe abstreitet. Person B erstattete nach dem Outing Strafanzeige (was wir ehrlich gesagt ziemlich daneben finden).

Wir sind uns im Klaren darüber, dass Betroffene sexualisierter Gewalt viel Mut und Kraft brauchen, um diese zu benennen, um auch die

Gewaltausübenden zu benennen. Wir halten die Definitionsmacht für ein verteidigungswertes Prinzip und glauben nicht an die Verobjektivierbarkeit von Wahrnehmungen. Oder anders, wenn eine Person etwas als sexualisierte Gewalt erlebt hat, dann finden wir es politisch falsch, dieses Erleben in Frage zu stellen und damit auch die Glaubwürdigkeit von Betroffenen sexualisierter Gewalt.

Bei den hier erwähnten Vorgängen, hängt die Feststellung dass Person B sexualisierte Gewalt gegen Person A ausgeübt hat aber nicht an Fragen der Glaubwürdigkeit der Betroffenen, sondern an der Glaubwürdigkeit der anonymen Quelle Z. Das zeichnet für uns ein anderes Bild. Wir haben es hier mit einer Situation zu tun, die nicht mit dem Prinzip der Definitionsmacht beantwortet werden kann. Und wir finden, dass die Anschuldigung einer anonymen Quelle, zu der zudem inzwischen kein Kontakt mehr möglich ist, nicht ausreicht, um jemanden als Täter sexualisierter Gewalt öffentlich bundesweit zu benennen und Leute, die dieses Vorgehen kritisieren folglich als Täterschützer_innen. Das reicht uns nicht.

Wir können auf der Grundlage nicht ausschließen aber auch nicht sicher annehmen, dass es solche Chats gibt. Und wenn wir annehmen, dass es solche gibt, dann können wir auf der Grundlage nicht sicher annehmen oder ausschließen, dass Person B ein Teil davon ist. Dafür braucht es mehr als die Aussage eines anonymen Hinweisgebers. Wir verstehen ehrlich gesagt nicht, warum ihr, liebe IL, zu anderen Schlussfolgerungen kommt. Bei allen politischen Differenzen. Oder aber wir stehen gerade richtig auf dem Schlauch...

Redaktionskollektiv des Autonomen Blättchen

Kurdische linke Feminist*innen zum Feministischen Aufstand in Iran

*Eine von linken Feminist*innen aus Kurdistan verfasste und unterzeichnete Erklärung zum aktuellen feministischen Aufstand in Iran.*

Ihr hört hier unsere Stimme aus Kurdistan. Dies ist eine kollektive Stimme von linken und marginalisierten Feminist*innen aus einer Region, deren Geschichte von Diskriminierung, Inhaftierung, Folter, Hinrichtung und Exil geprägt ist. Dies ist seit den ersten Tagen der Revolution von 1979 der Fall. Wir sind kurdische Frauen und queere Menschen, die eine Geschichte geerbt haben, die nicht nur von Gewalt, sondern auch von Kampf und Widerstand geprägt ist. Wir mussten immer an mehreren Fronten kämpfen: auf dem einen Schlachtfeld gegen das Patriarchat der kurdischen und nicht-kurdischen Männer, auf dem anderen gegen den islamistischen Fundamentalismus des Regimes und die Auferlegung seiner geschlechtsspezifischen Hierarchie. Gegen die chauvinistischen

Feminist*innen haben wir sehr hart gekämpft, um die Unterdrückung der Geschlechter in ihrer Überschneidung mit verschiedenen Formen der Herrschaft zu artikulieren, die uns als ethnisch-nationale Minderheit aufgezungen werden.

Heute sind wir alle Zeug*innen einer feministischen Revolution bzgl. der Form und des Inhalts der Proteste in Iran. Der kurdische Slogan „Jin-Jiyan-Azadi“ („Frauen-Leben-Freiheit“) ist zum zentralen Refrain dieses Zyklus des Kampfes geworden, der ihm neues und frisches Leben einhaucht. Wir bringen hiermit unsere kompromisslose Unterstützung für die Kämpfe der Menschen in Iran zum Ausdruck, insbesondere für die mutigen und unaufhaltsamen Kämpfe der Frauen auf den Straßen. Da der gegenwärtige Aufstand aus der Ermordung von Jina Amini durch die staatliche Femizidbewegung hervorgegangen ist, möchten wir diesen



Aufstand nach Jina benennen: „die Bewegung von Jina“ [„die Bewegung für das Leben“]. Der Name Jina bedeutet im Kurdischen sowohl „Leben“ als auch „lebensspendend“ und erinnert uns an Jiyan, den mittleren Teil des Slogans, der jetzt überall skandiert wird. Für uns ist Jina ein passender Name, weil wir glauben, dass „Berxwedan jiyan e“ [„Leben Widerstand ist“] (Anspielung auf einen gängigen Slogan der Bewegung).

Dieser Aufstand hat nicht nur die Frage der geschlechtsspezifischen und sexuellen Unterdrückung zu einem öffentlichen Anliegen gemacht, sondern auch in der Praxis gezeigt, wie geschlechtsspezifische, ethnische und klassenbezogene Formen der Unterdrückung auf radikale Weise benannt werden können, nämlich als wechselseitig aufeinander bezogen. Diese politische Artikulation hat es den Demonstrant*innen ermöglicht, eine starke und geeinte Front gegen Diktatur, politischen Islam, Chauvinismus, Patriarchat und die Herrschaft des Kapitals zu bilden. Die Frauen und queeren Menschen, die die sozialen Kämpfe aus der so genannten „privaten“ Sphäre in den „öffentlichen“ Bereich, aus dem Häuslichen auf die Straße gebracht haben, sind für uns wirklich inspirierend, denn sie haben gezeigt, dass die Befreiungen von Patriarchat, Staat und Kapital tief miteinander verwoben sind.

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns in einer kritischen Phase befinden, an einem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte. Jina ist zu unserem gemeinsamen Code geworden, der uns in dieser vielschichtigen und schwierigen Situation vereint. Wir sehen uns als Teil der sozialen Bewegungen, die Gerechtigkeit für die Ermordung aller Jinas anstreben, insbesondere der feministischen und linken Bewegung, die sich gegen Femizid und die Ermordung von Queers wendet und sich gleichzeitig gegen „exklusive Nationalismen“ (sei es auf der Seite der Linken oder der Rechten) richtet.

„Jin-Jiyan-Azadi“ tauchte ursprünglich in den Kämpfen der kurdischen Frauen in der Türkei auf und wurde vor kurzem zu einem der wichtigsten Slogans in Rojava; in Iran verbreitete er sich in Windeseile in alle Ecken des ganzen Landes. Das Inspirierende an diesem Slogan ist, dass er die Grenzen, die in der Vergangenheit von kolonialen und imperialistischen Kräften im Nahen Osten errichtet wurden, überwinden kann - so wie es die Kurd*innen, eine Nation ohne Staat, in der Region getan haben, insbesondere die kurdischen Frauen. Wir betrachten diese transnationale und grenzüberschreitende Einheit als ein Zeichen für die Stärke der

kurdischen Frauenbewegung, sogar als ein gutes Omen. So wie wir uns als integraler Bestandteil der Frauenproteste und der queeren Gemeinschaften in Iran verstehen, so nutzen wir aber auch den Aufbau der historischen Erfahrungen von Frauen und queeren Menschen in anderen Teilen Kurdistans im Irak, der Türkei und Syrien. „Jin-Jiyan-Azadi“, das traditionell bei der Beerdigung kurdischer Märtyrer*innen verwendet wird, wird nun auch bei der Beerdigung unserer Märtyrerin Jina Amini gesungen. Dies ermöglicht es uns, von der Kraft, der Subjektivität und dem Mut der Frauen in ihrem Kampf gegen die patriarchalen Kräfte zu sprechen, die von Tod und Versklavung angetrieben werden.

Ausgelöst durch den staatlichen Femizid an Jina hat sich der aktuelle Aufstand schnell zu einer Bewegung gegen die Hijab-Pflicht im Besonderen und für den Sturz des Regimes im Allgemeinen entwickelt. Die Bewegung war in der Lage, die vorherrschenden Narrative und Bilder, die kurdische Frauen sowie Frauen anderer Ethnien in Iran darstellen, in zweierlei Hinsicht in Frage zu stellen, ja zu dekonstruieren. Erstens die rassistische Falschdarstellung der Nationalist*innen, die Frauen aus ethnischen Minderheiten als bloße Marionetten in den Händen politischer Parteien und ohne eigene Macht darstellen. Zweitens die westliche orientalistische Sicht auf die Frauen des Nahen Ostens.

Die Repressionen und Gräueltaten des Regimes sind für niemanden eine Neuigkeit. Seit ihrer gewaltsamen Errichtung nach der Revolution von 1979 hat die islamische Republik auf alle sozialen Konflikte stets mit Repressionen reagiert, insbesondere mit der Inhaftierung und Tötung von Demonstrant*innen. Wie viele andere Menschen in Iran wurden auch Hunderte von Frauen und feministischen Aktivist*innen in den letzten zwei Wochen verhaftet und befinden sich nun im Gefängnis. Frauen und queere Menschen haben jedoch gezeigt, dass Angst sie nicht länger davon abhalten kann, sich an den verschiedenen, in der Gesellschaft wachsenden Bewegungen zu beteiligen. Sie können und sind bereits zu Vorreitern des Sturzes maskuliner Diktatoren und Oligarchen in der gesamten Region geworden.

Was jetzt in Iran geschieht, verspricht den Beginn einer neuen historischen Ära des Kampfes gegen Gewalt, Fundamentalismus und gegen die Vorenthaltung des Rechts auf Leben. Wir sehen uns als Teil dieser Bewegung und laden linke und feministische/queere Gruppen in der gesamten Region und im globalen Süden ein, sich uns in diesem Kampf

anzuschließen. Wir rufen kurdische, türkische, arabische und balochische (Anmerkung der Übersetzung: „Ethnie“ in Iran; insbs. in der südöstlichen Region und Pakistan und Süd-Afghanistan) Feminist*innen auf, sich uns anzuschließen, um das Konzept der Intersektionalität der verschiedenen Formen der uns allen aufgezwungenen Herrschaft neu zu definieren, nämlich: jenseits der patriarchalen Formulierungen ethnischer Unterdrückung.

Wir fordern auch die antikapitalistischen und antirassistischen Feminist*innen im „Westen“ und in anderen Teilen der Welt auf, unsere Sache zu unterstützen und an unserer Seite zu stehen. Die Ideale der Freiheit und der Emanzipation können nicht verwirklicht werden, ohne das Recht auf unser Leben zurückzufordern; das ist genau das, was in Jin-Jiyan-Azadi widerhallt. Unsere feministische Revolution nimmt diese Losung sehr wörtlich und fordert damit eine wirkliche globale Solidarität, um sie in die Praxis umzusetzen.

Wärt ihr mal lieber baden gegangen...

(Reaktion auf den Text „Einfallstore für den Verfassungsschutz – und der passende Schlüssel“)

Wir haben das schöne Wetter lieber für Besseres genutzt und nehmen uns jetzt doch die Zeit, um eine Reaktion auf diesen unsäglichen Text zu schreiben. Wir nehmen uns die Zeit, weil eine Auseinandersetzung mit den dargebotenen Argumentationen und Inhalten notwendig erscheint. Notwendig, weil wir den Text für gefährlich halten. Auch für abstrus und lächerlich, aber eben auch gefährlich. Außerdem wollen wir dem patriarchalen Rumgemacker eine queer-feministische Perspektive entgegenstellen und auf Widersprüche und Debatten aufmerksam machen, die hier nur unsachgemäß zur Untermauerung der eigenen Opferrolle instrumentalisiert werden. Denn das ist es, was wir herauslesen. Zusammenfassend könnte man sagen, der Text lässt sich auf ein „Mimimi die bösen Feminist*innen machen unsere coole Antifa-Szene kaputt“ gewürzt mit „hinter-alle-steckt-der-Verfassungsschutz-Paranoia“ reduzieren. Dabei werden äußerst wichtige Erkenntnisse und Aushandlungen zu den Themen Umgang mit sexualisierter Gewalt in der Szene und Umgang mit Repression und Spitzeln mal eben über den Haufen geworfen. Stattdessen bekommen wir einen reißerischen Text mit an Springer Presse erinnernder Sprache um die Ohren gehauen, der sich permanent selbst widerspricht und vor Populismus nur so strotzt. Das hat nichts mit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit zwei der wichtigsten Themen radikal linker Politik zu tun. Wer nicht weiß wovon wir sprechen kann diesen Text hier nachlesen: de.indymedia.org/node/208962. Wir wollen uns jedoch nicht an jeder zweiten Zeile abarbeiten, sondern eigene queer-feministische Perspektiven und Gedanken teilen.

1. Definitions- und Handlungsmacht

Im Text werden diese beiden Konzepte permanent durcheinandergebracht, falsch wiedergegeben oder einfach zusammengeworfen. Allerdings haben sich die Autor*innen nicht die Mühe gemacht, diese Grundpfeiler feministischer Politik zu definieren oder wenigstens zu erklären was sie damit meinen. Deshalb wollen wir es tun. Wir verstehen Definitionsmacht als Anerkennung der Erfahrungswelt einer betroffenen Person. Betroffenheit sei hier weiter gedacht als im Rahmen sexualisierter Übergriffe. Auch Rassismen, Queerfeindlichkeit, Ableismus usw. können Betroffenheiten hervorrufen. Dabei liegt die Definition dessen, was vorgefallen ist, bei der betroffenen Person und eben niemandem sonst. Menschen sind zu komplex, um von außen nachvollziehen zu können, wie sich Übergriffe anfühlen oder was sie auslösen. Deswegen



kann Definitionsmacht heruntergebrochen werden auf den Satz: Wir glauben dir.

Entscheidungs- bzw. Handlungsmacht sehen wir als etwas komplexer an. Hier stellt sich die Frage, wie mit einem Übergriff und der Gewalt ausübenden Person umgegangen wird. Wir halten es für unabdingbar, dass dabei die Bedürfnisse der betroffenen Person im Vordergrund stehen. Allerdings sollte die Verantwortung nicht allein bei dieser Person liegen. Der Umgang mit Übergriffigkeit sollte kollektiv behandelt werden, denn wir stehen alle in der Verantwortung für uns und unser Umfeld. Im Umgang mit den Konsequenzen ist das Konzept Definitionsmacht daher nicht ausreichend. Komplexere Ansätze dafür gibt es in Community Accountability Konzepten. Situationen sind meist sehr kompliziert, so wie Menschen eben auch. Und es kann schnell passieren, dass beispielsweise der Wunsch nach Verschwiegenheit einer betroffenen Person dem Wunsch nach dem Schutz weiterer potentieller Betroffener entgegensteht. Also dass Menschen vor Gewalt ausübenden Personen gewarnt werden sollten. Hier brauchen wir definitiv mehr Diskurs über die Trennung beider Konzepte. Ein Debattenanstoß findet sich beispiels-

weise in dem Interview der evibes¹, welches auch in dem Text als Quelle zitiert wird, aber offensichtlich nicht richtig verstanden wurde.

Zudem maßt sich der Text an, die Folgen von „Situationen die weit entfernt von physischer Gewalt sind“ bewerten und vorhersehen zu können. Gleichzeitig werden alle von sexualisierten Übergriffen abweichenden Formen von Gewalt ignoriert. Mobbing, Fat-shaming, Gas-lighting, Trans*feindlichkeit, ableistischer Ausschluss, Mikrorassismen (um nur ein paar Beispiele zu nennen) sind alles Formen von psychischer Gewalt, die benannt werden müssen und auf die das Konzept der Definitionsmacht anzuwenden ist. Auch diese können starke körperliche Folgen haben, beispielsweise Panikattacken, Dissoziation, Essstörungen, selbstverletzendes Verhalten bis hin zu Suizid.

Auch zeigt sich, dass sich nur mangelhaft mit Patriarchat auseinandergesetzt wurde. Wer patriarchale Gewalt auf körperliche Übergriffe reduziert, hat weder Patriarchat noch Gewalt verstanden. Sexualisierte Gewalt findet in den meisten Fällen im Bekanntenkreis statt. Oft im Familienumfeld, Freund*innenkreisen oder romantischen Beziehungen. Selten ist der*die Täter*in völlig unbekannt. Die Gewalt als solche hat also ein psychisches Vor- und Nachspiel und steht im Kontext anderer Gewalt- und Dominanzbeziehungen. Zum anderen wird sich hier des sog. Vergewaltigungsmythos oder auch Opfermythos bedient. Die Idee dahinter ist, dass betroffene von sexualisierter Gewalt bestimmte traumatische Reaktionen zeigen müssen, damit die Gewalt als solche anerkannt wird. Tun sie das nicht, wird ihnen im Zweifel abgesprochen, diese Gewalt tatsächlich wie beschrieben erlebt zu haben. Betroffene müssen sich immer wieder gegen diese Rollenzuschreibung wehren, was zu einer zusätzlichen Belastung führt. Der Umgang mit erlebter Gewalt ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich und das sollten wir akzeptieren!

Gleichzeitig wird behauptet, dass die Folgen vermeintlich weniger schlimmer Übergriffe auch an sich weniger schlimm seien. „Die falsche Behauptung, Opfer einer dummen Anmache oder einer mehr oder weniger ernstzunehmenden Drohung geworden zu sein, prägt keine lebenslange Opferrolle [...]“ und soll somit laut den Verfassenden ein Einfallstor für den Verfassungsschutz sein. Hier werden traumatische Vorerfahrungen, persönlicher Kontext oder strukturelle Diskriminierung völlig außer Acht gelassen.

2. Definitionsmacht und Outings als manipulatives Werkzeug für Spitzel

Der Text tut hier etwas unserer Meinung nach recht gefährliches. Er versucht einen Zusammenhang zwischen zwei Themenbereichen herzustellen, der in unserer Erfahrung bisher nicht existiert hat. Genauer wollen sie die Angst vor Bespitzelung nutzen, um Definitionsmacht als Konzept in Frage zu stellen. Aber nochmal ausführlicher, da dieser Text ja erst 1,5 Seiten lang ist.

Natürlich ist es kein Geheimnis, dass die deutschen Sicherheitsbehörden V-Personen und verdeckte Ermittler*innen einsetzen, um an Informationen zu gelangen. Und dass Menschen zu bestimmten Taten angestiftet werden sollen oder falsche Informationen verbreitet werden, um Misstrauen zu schüren, scheint auch nicht abwegig. Jedoch ist diese Tatsache

weder ein Argument gegen die Anwendung von Definitionsmacht, noch sollten wir uns zu sehr davon verunsichern lassen.

Im Text wird vor allem behauptet, dass bei „niedrigschwelligen Vorwürfen“ (gemeint sind z.B. „ein blöder Spruch, ein unreflektiertes Auftreten, ein zu langer Blick“) eine Sanktionierung gleichermaßen angewandt würde wie im Falle von Vergewaltigung und körperlicher Grenzüberschreitung. Es wird problematisiert, dass sich hieraus die Möglichkeit des Missbrauchs der Definitionsmacht für Provokateure/Spitzel ergäbe. Wir fragen uns, in welchen Fällen eine solche Gleichsetzung von Sanktionierung tatsächlich passiert und wehren uns gegen diese allgemeingültige Darstellung. Natürlich bedürfen unterschiedliche Formen von Gewalt und Übergriffen unterschiedlicher Umgangsweisen. Im besten Fall funktionieren Veränderung bringende Prozesse dabei so gut, dass nicht auf Sanktionierungen zurückgegriffen werden muss. Aber dies bedeutet nicht, Definitionsmacht infrage zu stellen (also den Betroffenen ihre Darstellung von Übergriffen zu glauben) oder Outings komplett zu delegitimieren.

Das unserer Meinung nach größere Sicherheitsrisiko im Bezug auf Repression sind Macker, die am Lagerfeuer oder im Club mit ihren Aktionen prahlen, um Frauen zu beeindrucken. Oder sich durch Andeutungen und Verhalten als besonders cool und klandestin darstellen, um Dominanzverhältnisse zu anderen Typen zu sichern. Dass dann genau diese Personen in den Fokus von Ermittlungen rücken oder um sie herum irgendwelche Strukturen herbeikonstruiert werden wundert dann nicht.

Aber zurück zum Text. V-Leute sollen also Definitionsmacht einsetzen, um durch Lügen Einzelpersonen oder Politgruppen politisch unschädlich zu machen. Die Idee ist hier also, dass eine V-Person behauptet, von einem Übergriff durch eine Person betroffen zu sein und dann wird diese Gewalt ausübende Person oder gleich ihre ganze Politgruppe aus der Szene ausgeschlossen und kann nicht mehr politisch arbeiten. Wir können nicht sagen: Das ist noch nie passiert. Denn das wissen wir ja nicht. Zumindest aber haben wir bisher von keinem solchen Fall gehört. Was wir aber wissen ist, dass jeden dritten Tag eine Frau in DE ermordet wird, weil sie eine Frau ist; dass jeden Tag Queers erniedrigt und diskriminiert werden; dass der Großteil unseres Umfeldes von patriarchaler Gewalt betroffen ist; dass viel dieser Gewalt von Menschen aus „der Szene“ kommt und dass sich seit dem Tomatenwurf 1968 bei cis Dudes nicht allzu viel getan hat. Konkret: Wir erleben patriarchale Gewalt von cis-männlichen „Genossen“. Jeden Tag. Ständig. Wir müssen uns immer wieder der Gewalt und der Vorstellung von Feminismus als Nebenwiderspruch auseinandersetzen und die cis Typen machen einfach immer weiter. Das Verhältnis von Fällen des Missbrauchs der Definitionsmacht zur Spaltung der Szene durch den VS, zu der tatsächlichen patriarchalen Gewalt in der Szene liegt also heftig weit auseinander. So weit, dass ersteres wohl geflissentlich als Argument zur Aushebelung von Definitionsmacht ignoriert werden kann. Wir sehen auch, dass in einigen Teilen der Linken Begriffe wie Gewalt, Trigger, Betroffenheit oder Trauma inflationär d.h. immer häufiger verwendet werden. Und wir stimmen insoweit zu, als dass dies zu einer Auflösung der eigentlichen Bedeutung und somit zu einer Gleichsetzung verschiedener Gewaltformen führt. Und auch, dass es eine Tendenz dazu gibt, Gewalterfahrungen zu hierarchisieren um die eigene Position in einem Konflikt zu stärken. Hier sehen wir ebenfalls eine ausstehende Diskussion die in verschiedenen Kontexten dringend

geführt werden muss. Jedoch auf eine sensible und respektvolle Weise und definitiv nicht, indem Personen beleidigt werden. Das führt zu keiner Selbstreflexion, sondern zu einer Verhärtung der Fronten und somit Spaltung. Damit nimmt der Text dem vermeintlichen VS schön die Arbeit ab.

Um der Abstrusität dieser Argumentation noch eine Sahnehaube aufzusetzen, wird letztlich behauptet, dass das Outing von Johannes D. vom Verfassungsschutz inszeniert worden sei, um die Szene zu spalten.

„Das steht jedoch in keinem Widerspruch zu unserer Überzeugung, dass sowohl Zeitpunkt als auch Form des Outings durch eine Verfassungsschutzbehörde gesteuert und lanciert worden sind. Diese Überzeugung hat die Möglichkeit zum Inhalt, dass das eigentliche anonyme Outing vollständig von außen oder aber auch durch V-Personen in der Szene erfolgt ist. Manche anschließenden Reaktionen aus der Szene lassen neben der Möglichkeit vernichtender Dummheit dann eindeutig nur die Tatsache einer Beteiligung von V-Personen zu.“

Zur Frage des Zeitpunktes haben andere bereits was geschrieben². Wir würden solche Verschwörungstheorien ja eigentlich gerne ignorieren. Aber das Ausmaß an Anmaßung lässt uns hier keine Wahl. Zum ersten, das Outing war nicht anonym. Die Person nennt sich im ersten Satz als Ex-Beziehungsperson von J.D.. Außerdem gibt es eine Email-Adresse für Kontakt. Des Weiteren haben unzählige Gruppen Bezug auf das Outing genommen (Soli-Antifa-Ost, EA Berlin, EA Dresden, Criminals4Freedom, Rote Hilfe Leipzig, Antifa Friedrichshain, Rigaer 94 etc.). Zu behaupten, all diese Gruppen wären auf eine Finte des VS reingefallen und hätten nicht mal die Faktenlage gecheckt, ist abstrus.

Auch das Argument solch intimes Wissen wie aus dem Outing könne nur der VS haben ist quark. Möglicherweise haben Personen aus ehemals intimen Beziehungen mit J.D. dieses intime Wissen über J.D.? Nur so als Anstoß. Wahrscheinlich liest es sich ja schon leicht raus, aber wir sind fucking wütend über diese Scheiße, die in dem Text verbreitet wird und der Respektlosigkeit mit der Betroffenen hier begegnet wird.

Zuletzt wird noch gefordert, jedes Outing solle durch „eine vertrauenswürdige Quelle“ – gemeint ist eine „tatsächlich existierende szenebekannt Gruppe“ – bestätigt werden. Ansonsten sei es zu missachten. Abgesehen davon, dass „szenebekannt Gruppen“ sich in der Regel selten öffentlich zu ihren Bekanntschaften zu Betroffenen oder Tätern äußern werden und es sehr gefährlich wäre solche Netzwerke offenzulegen, sollte klar sein, dass die meisten Betroffenen von sexualisierter Gewalt aus guten Gründen anonym bleiben wollen. Wer sich jemals mit patriarchaler Gewalt bis hin zu Feminiziden beschäftigt hat, weiß das auch. Im Falle von JD haben aber wie gesagt sehr viele Gruppen auf das Outing Bezug genommen und sogar bestätigt, Menschen aus dem Umfeld von JD zu kennen und von den Vorwürfen gewusst zu haben.

Wir wollen natürlich nicht unsichtbar machen, dass Gewalt nicht nur von cis Männern ausgeht und wir alle unabhängig von Geschlecht unsere Sozialisierung und unser Verhalten/Denken unter die Lupe nehmen sollten. Wir üben alle Gewalt aus, denn wir sind in einem gewalttätigen System sozialisiert.

3. Umgang mit Spitzeln

Neben der Wiederholung von Grundsätzen wie: rede nicht im Infoladen über illegale Aktionen, wird nun mit heißen Tipps zum Umgang mit Spitzeln in der Szene um sich geworfen. Zusammenfassen kann man diese mit: „Isolier dich.“ Die Idee ist, dass wir nur noch mit vertrauten und engsten Menschen aktiv sein sollen, weil alle anderen für die Bullen arbeiten könnten. Außerdem sollen wir in unserem vermeintlich unpolitischen Privatleben „die Szene“ meiden. Dem wollen wir geflissentlich widersprechen. Natürlich sollte man nur mit Menschen klandestin unterwegs sein, denen man vertraut. Aber wenn wir anfangen jeder fremden Person, die Interesse an politischer Praxis zeigt, mit Misstrauen zu begegnen, machen wir genau das was der Staat will. Wir ziehen uns zurück und machen uns angreifbar. Wir erleben immer stärker zunehmende Repressionswellen und immer mehr Menschen geraten in den Fokus der Ermittlungsbehörden. Und darauf sind wir in DE vergleichsweise schlecht vorbereitet.

Wir brauchen also dringend Nachwuchs und vor allem mehr Kollektivität. Es gibt bereits stark etablierte Ausschlussmechanismen, die ein andocken an radikal emanzipatorischer Politik stark erschweren. Wenn wir uns verschiedene linksradikale Szenen in DE anschauen werden wir feststellen, dass wir alles andere als divers aufgestellt sind (meistens weiß, cis, hetero, den Körpernormen entsprechend, Mittelklasse, mit akademischen Hintergrund, able-bodied etc.). Es werden also ganze Personengruppen ausgeschlossen. Das ist ein Problem. Dazu kommt, dass Szenewissen und Erfahrungen nicht weitergegeben werden, wodurch immer wieder die selben Fehler passieren, und Menschen durch Szenecodes und starke Hierarchien abgeschreckt werden. Gleichzeitig müssen Spitzel also nur diese Szenecodes kennen, um einfach in hierarchische Positionen zu gelangen. Ein emanzipatorischer Ansatz für den Umgang mit vor allem verdeckten Ermittler*innen sollte also sein, Vertrauensverhältnisse aufzubauen und Menschen privat kennenzulernen. Damit wird viel schneller klar, wer sich ungewöhnlich verhält und vor allem stärken wir unser Miteinander und lernen verschiedene neue Perspektiven kennen. Außerdem wollen wir stark machen, dass wir uns sehr wohl für das „Privatleben“ und die Beziehungen unserer Gefährt*innen interessieren sollten, um patriarchale Gewalt innerhalb von Beziehungen zu erkennen und gegebenenfalls zu intervenieren.

Lasst uns einander offen begegnen statt uns zu isolieren. Das soll nicht heißen, dass wir uns mit Riot-Geschichten in Szene setzen sollen, sondern dass wir Interesse an dem Menschen gegenüber zeigen und gewillt sind voneinander zu lernen. Lasst uns viele (vielleicht sogar eine Bewegung) werden und kolonial-patriarchalen Kapitalismus zerschlagen.

4: Populismus und Quellenarbeit

Der Text stellt unter anderem die folgende großspurige Behauptung in den Raum.: „[Spaltungen der Szene durch V-Personen] sind uns zwischen 1994 und 2009 aus u.a. Aachen, Berlin, Duisburg, Flensburg, Gießen, Kassel, Köln, Passau und Tübingen bekannt und belegt.“

Hier wurde trotz späterem Pochen auf die Notwendigkeit von Belegen und Quellen wohl vergessen diese Aussage zu beweisen. Es wird interessanterweise erwähnt, dass die angebrachten Beispiele unter anderem

wegen des Fehlens von Belegen nicht veröffentlicht wurden. Wer sich mit dem Umgang mit Spitzeln beschäftigt hat, weiß auch, dass man niemals einen Spitzelverdacht streuen sollte, wenn man sich nicht sehr sicher ist.³

Der zeitliche Rahmen und die Aufzählung zufälliger Städte in der BRD sollen aber vor allem eines: Eindruck schinden. Wer so viele Städte kennt kann ja nur recht haben.

Und damit wären wir auch beim Thema Populismus. Der Text strotzt nur so vor populistischer Stilmittel. Am auffälligsten erscheint uns hier, wie immer wieder ein Feindbild aufgemacht wird, welches nie näher definiert wird. Dadurch soll der Text anschlussfähiger werden, da Menschen ihre eigenen Erfahrungen in dieses Feindbild rein interpretieren können. Das zeigt sich an reißerischen Formulierungen die, wenn man genauer darüber nachdenkt, eigentlich nur Fragen zurücklassen.

Hier einige Beispiele:

- Was sind „Die mit dem Outing verbundenen direkten Angriffe auf das Umfeld des Täters“
- Was genau ist mit „die szenetypischen Reflexe“ gemeint?
- Was ist ein „entpolitisierte[r] befindlichkeitsfixierte[r] geschichtslose[r] Szenesumpf“ und welche Kritik verbirgt sich dahinter?
- „Manche anschließenden Reaktionen aus der Szene lassen [...] die Tatsache einer Beteiligung von V-Personen zu.“ Auf welche Reaktionen wird sich hier konkret bezogen?
- „Wir wissen, dass jeglicher Appell in diese Richtung ergebnislos versanden wird, was diejenigen Teile eines Szenesumpfs betrifft, für die der neueste Szene-Tratsch, das letzte Gerücht und der brandheiße Scheiß ohnehin das allergrößte ihrer elendigen Zugehörigkeiten und Identitäten sind.“ Wer ist damit gemeint und welches konkrete Verhalten wird hier kritisiert?

Alle die also mal unsanft auf ihre Privilegien und Dominanzverhalten hingewiesen wurden, sollen sich hier wiederfinden. Und wir können vermuten, dass genau diese Menschen die Zielgruppe sein sollen. Gleichzeitig werden Thesen erst vorsichtig durch „hätte, könnte, wäre“ als eine von vielen Möglichkeiten dargestellt, im nächsten Satz aber als einzig mögliche Tatsache konstruiert. „Das steht jedoch in keinem Widerspruch zu unserer Überzeugung, dass sowohl Zeitpunkt als auch Form des Outings durch eine Verfassungsschutzbehörde gesteuert und lanciert worden sind. Diese Überzeugung hat die Möglichkeit zum Inhalt, dass das eigentliche anonyme Outing vollständig von außen oder aber auch durch V-Personen in der Szene erfolgt ist. Manche anschließenden Reaktionen aus der Szene lassen neben der Möglichkeit vernichtender Dummheit dann eindeutig nur die Tatsache einer Beteiligung von V-Personen zu.“ Auch dies ist ein klassisches populistisches Stilmittel. Außerdem wird für fast keine der aufgestellten Behauptungen eine Quelle oder ein Beleg genannt.

Spätestens an der Stelle, als der Text von „unreflektiertes Abnicken, angsterfülltes Schweigen und pure Lust an der Hexenjagd“ spricht, sollten die Alarmglocken läuten. Der Begriff der Hexenjagd nimmt Bezug auf einen der größten Feminizide der Menschheitsgeschichte und wird

vor allem von Antifeminist*innen und Maskulinisten verwendet um sich Vorwürfen sexualisierter Gewalt zu entziehen. Die Idee dahinter ist, dass aufgrund dominanter Ideologie unliebsame Menschen ausgeschlossen werden. Früher durch Ermordung, heute durch öffentliches in Verruf bringen. Vor allem ist es aber ein populistischer Kampfbegriff patriarchaler Ideologie, mit dem Menschen manipuliert werden sollen. Wenn man sich das Ausmaß an Gewalt an Frauen und deren Folterung, Verstümmelung und Ermordung durch die patriarchale Ideologie der Kirche über Jahrhunderte weltweit und die Etablierung dessen in Gesetzen und Gerichtsurteilen vor Augen führt, begreift man vielleicht das Ausmaß an Anmaßung die es braucht, um dies mit der Sichtbarmachung von sexualisierter Gewalt im Internet gleichzusetzen. Just saying.

Und damit kommen wir zum nächsten Punkt. Quellen werden im gesamten Text immer nur als Zahlen hinter eine Aussage gepackt, häufig ohne dass auf den genauen Inhalt eingegangen wird. Zwar wirkt der Text dadurch erstmal belegt, prüft man jedoch die Quellen, muss man schnell feststellen, dass viele totaler Quatsch oder unnachvollziehbar sind. Quellen sollen auf Aussagen anderer verweisen oder Behauptungen belegen. Dazu muss jedoch auch auf deren Inhalt eingegangen werden. Einen Text von Rhezi Mahl Zahn als Beleg für eine feministische Kritik an Definitionsmacht anzuführen, in dem der Begriff jedoch kein einziges mal erwähnt wird, ist nicht nur unsauberes Arbeiten, sondern kann als bewusste Irreführung ausgelegt werden. Eine Doku und einen ganzen Blog mit unzähligen Texten um den Hintergrund verdeckter Ermittler*innen in der Roten Flora in Hamburg anzuführen, dann zu behaupten, irgendetwas sei in „vermeintlich antipatriarchaler Manier szenegerecht serviert“, ohne nachvollziehbar zu machen was damit gemeint ist, ist einfach völlig daneben. Wir plädieren dafür, Texte grundsätzlich anschlussfähiger zu schreiben und wenn schon auf Quellen verwiesen wird, dann doch bitte deutlich zu machen, was genau in dieser steht und wie dies interpretiert wird.

Gleichzeitig merken wir, dass im Text viele Andeutungen auf internes Szenewissen steckt. Beispielsweise „ominöse und anonyme E-Mails an ausgewählte Gruppen“. Auch diese Praxis halten wir für gefährlich und klassisch patriarchales rumgemackere. Allgemein bringen Andeutungen niemandem etwas und haben nur zum Ziel sich selbst als cool und Teil eines „inneren Kreises“ darzustellen. Für die Bullen ist das natürlich ideal, da sich daraus wunderbar Zusammenhänge konstruieren und die Andeutungen mit Inhalten füllen lassen. Und für alle, die nicht wissen worum es geht, macht es Aussagen nur unverständlicher und hinterlässt ein scheiß Gefühl von nicht-genug-sein und Ausschluss. Lasst uns also eine politische Praxis kultivieren, in der wir entweder etwas sagen und erklären was wir damit meinen, oder etwas einfach nicht sagen. Ganz einfach.

Abschluss

Dies soll ein Diskussionsbeitrag sein, der anhand eines starken Negativbeispiels verschiedene Diskurse anschnidet und emanzipatorische Positionen darstellt. In unserer Analyse und Diskussion ist uns vor allem ein riesen Denkfehler aufgefallen. Bei aller Kritik an dem Umgang mit Gewalt in der Szene ist es doch vor allem die Gewalt an sich, die das

Problem darstellt. Schuld an der Misere sind nicht die Personen, die verzweifelt einen Umgang mit der Gesamtscheiße suchen, sondern diejenigen, die weiterhin Gewalt ausüben, statt sich zu reflektieren.⁴ Schuld sind die Täter*innen! Ohne die hätte der VS nicht die vermeintliche Grundlage uns zu spalten. Also hört mit eurer beschissenen Täter-Opfer-Umkehr auf und rafft euch!

[1] <https://evibes.org/2020/04/03/definitions-macht-interessiert-das-eigentlich-noch-irgendwen/>

[2] <https://de.indymedia.org/node/221453>

[3] Schöner leben ohne Spitzel S. 26/27 zB. hier: https://www.berlin.rote-hilfe.de/wp-content/uploads/2015/07/schoener_leb...

[4] Als Ergänzung dazu heißt es, in einem Text von Bilke Schnibbe in der A&K Nr.684: „Ja, alle Menschen handeln gelegentlich grenzüberschreitend und verletzend – auch im sexuellen Bereich. Und ja, es macht Sinn, auf solche Vorkommnisse anders zu reagieren als auf geschlechtsspezifische Gewalt, die in einer patriarchalen Gesellschaft normalisiert wird. Es ist wichtig, das eine vom anderen zu unterscheiden – allerdings ohne die Debatte dafür zu öffnen, dass wir eigentlich ein Problem mit überzogenen Vorwürfen hätten. Zu behaupten, dass Betroffene und Unterstützende zu garstig sind und Täter entmenslichen, lenkt davon ab, dass die großen Probleme aktuell folgende sind: 1. Betroffene werden bekämpft und allein gelassen, bis nichts mehr außer Ausschluss geht und 2. Täter werden geschützt.“ (In: <https://emrawi.org/?Verrater-gehen-Vergewaltiger-bleiben-2277>)

Beiss die Hand die dich füttert!

Internationalistische Solidarität und Kampf von Hamburg nach Buenos Aires, Montevideo nach Santiago de Chile und zurück.

Ende August 2022 ist der Hamburger Bürgermeister und sozialdemokratische Politiker Peter Tschentscher zusammen mit einer 20-köpfigen Wirtschaftsdelegation für eine Woche nach Buenos Aires, Montevideo und Santiago de Chile gereist. Vertreter:innen von Hamburger Wirtschaftsunternehmen wie Hamburg Energie, der Hochbahn Hamburg, der HPA (Hamburg Port Authority), der Handelskammer Hamburg, des Kupferkonzerns Aurubis, der Lothar-Gruppe und weitere waren Teil dieser neo-kolonialen Reisegruppe. Das Programm dieser Delegation war vielfältig und verdient definitiv Aufmerksamkeit. Ziel, der Delegation, war es sich um neue „Energie-Allianzen“, also verschiedene Handelsabkommen zu bemühen, aber auch eine deutsche Schule wurde besucht. Nicht zu vergessen: Eine Visite bei der aktuell stattfindenden internationalen Kooperation der chilenischen Carabineros und der Deutschen Polizei.

In alter Tradition... nur in Grün

Solche Delegationen haben eine lange Geschichte und sind auch aktuell kein Einzelfall. Sie stehen in einer kolonialen Tradition, die vor 500 Jahren mit den angeblichen „Eroberungen“ angefangen hat, und zeigen sich heute in neuem Gewand. Die Suche nach neuen „Energie-Allianzen“, angefeuert durch den Krieg in der Ukraine, lässt gerade Massen an Politiker:innen und Industriellen um die Welt reisen. Doppelstandards und moralische Flexibilität sind hierbei offensichtlich. Wir wollen deutlich sein: Wir sind davon weder überrascht noch erwarten wir oder wollen wir irgendetwas von diesen Leuten. Vor wenigen Monaten ist der deutsche Bundesminister für Wirtschaft und Umweltschutz, Robert Habeck-Mitglied der grünen Partei, an den Persischen Golf nach Katar und in die Vereinigten Arabischen Emirate gereist um dort Energieimporte zu vereinbaren. Mit ihm reiste eine Delegation von wirtschaftlichem Rang und Namen. Die Chefs von Energie-Konzernen wie RWE und E.ON, vom Rüstungskonzern Thyssen-Krupp, des Pharma-Riesen Bayer, sowie von Aurubis, der Commerzbank und Deutschen Bank, des Software-Herstel-

lers SAP, Evonik... und dieses Grusel-Kabinett aus Vertretern von Tod und Zerstörung lässt tief blicken.

Auch die Zusammensetzung der Hamburger Delegation macht Sinn. In den meisten Fällen sind diese Delegationen heutzutage natürlich zeitgemäß betont grün-kapitalistisch angestrichen. Eines der Hauptinteressen, jener Hamburger Reisegesellschaft, war der „grüne Wasserstoff“. Diesen will Deutschland sich in den vom chilenischen und argentinischen Staat dominierten Gebieten produzieren lassen, um ihn dann über den Hamburger Hafen, Europas drittgrößten Hafen, zu importieren und diesen damit langfristig zu einem der europäischen Zentren der Versorgung mit Wasserstoff machen. Es wurde ein „Memorandum of Understanding“ in Santiago unterzeichnet. Gebraucht wird der Wasserstoff für vieles, unter anderem als Erdgasersatz, für Stahl... für die Schwerindustrie. Gerne wird, in bester Manier, die Fortschrittlichkeit der besuchten Wirtschaftsstandorte betont, natürlich nicht ohne rassistische Ressentiments zu bedienen oder die Geschichte zu relativieren. So betont Tschentscher öffentlich, dass keine Trägheit zu spüren wäre und freut sich darüber viele deutsche Namen gehört zu haben. Die Reise- bzw. Fluchtbewegungen deutscher Nazis nach Ende des Nationalsozialismus bleiben unerwähnt... Aber auch hier bewegen wir uns in einem gewohnten historischen Rahmen. Erinnern wir uns an den CDU Politiker und damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und andere deutsche Politiker, die die Pinochet-Diktatur besuchten, guthießen und in diesem Zuge die deutsch-chilenischen Handelsbeziehungen intensivierten. Nicht zu vergessen sind auch die Besuche im Folterzentrum Colonia Dignidad, im Zuge dieser Reisen.

Allgemein wird gerne erwähnt wie grün und fortschrittlich die Energieversorgung der besuchten Staaten sei. Es gäbe viel Platz für Windkraftanlagen an den Küsten des vom argentinischen und chilenischen Staat dominierten Gebietes. In Montevideo wird eine Hafenkooperation zwischen der HPA (Hamburg Port Authority) und der ANP, der nationalen

Hafenverwaltung von Montevideo, vereinbart. Der Container Hafen, betrieben von der Firma Katoen Natie, soll außerdem bis 2025 auf das Doppelte vergrößert und vertieft werden.

Weiterhin wurde ein Deal zwischen der chilenischen HIF, die E-Fuel Treibstoff produziert und der Hamburger Lothar Gruppe beschlossen. Wie perfide und neo-kolonial all diese Geschäfte sind wird an anderer Stelle klar: Die Geschäfte mit der „grünen Energie“ bedeuten letztendlich eine Erweiterung des sogenannten Neo-Extraktivismus, also der kolonialen Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Ländern des globalen Südens, und stehen für die Zerstörung der Umwelt. Da ein Kupferkonzern wie Aurubis in dieses grüne Märchen beim besten Willen nicht recht passen will, wird seine Rolle in den öffentlichen Verlautbarungen bewusst ausgespart.

Eine weitere Komponente dieser Art von Politik und Geschäfte ist die Unterdrückung indigener Communities. Speziell sei an dieser Stelle der Kampf der Mapuche erwähnt, deren Communities vom chilenischen sowie argentinischen Staat beraubt, militarisiert und angegriffen werden – meist im Interesse internationaler Großkonzerne. So unterhält Aurubis bereits jetzt Lieferabkommen mit multinationalen Kupferminen-Projekten auf chilenischem Territorium, welche die Lebensgrundlage der dort lebenden Mapuche-Gemeinschaften zerstören. Aber auch die Holz-/Papierindustrie spielt hierbei eine wesentliche Rolle. Egal ob rechte oder linke Regierungen, der Staat bekämpft die Mapuche mit aller Härte. Ihr würdiger Kampf verdient unsere Solidarität.

Als Anarchist:innen sind wir uns im Klaren, dass im europäischen Raum eine Notwendigkeit von Energie konstruiert wird, die letztendlich den Bedarf der deutschen sowie europäischen Kriegs-, Automobil- und Schwerindustrie im Allgemeinen bedienen soll. Der populistisch geführte Diskurs einer nahenden Energie-Knappheit verstärkt durch die geopolitischen Konflikte zwischen den Staaten ist letztendlich eine willkommene Chance der Bevölkerung Angst um die eigene Energieversorgung, wie beispielsweise Heizwärme, zu machen. Und auch hier wollen wir die grundsätzlich strukturelle und neo-koloniale Ebene der Abhängigkeiten nicht außen vor lassen. Denn uns ist sehr wohl bewusst, auf was für perfiden Ebenen diese Ängste der reichen Europäer:innen sich im globalen Kontext bewegen – zahllose Menschen im globalen Süden leben immerhin ohne geregelten Zugang zu Elektrizität, sauberem Trinkwasser und anderer Infrastruktur, eine Situation, welche sich durch den Raubbau für die europäischen Märkte kontinuierlich verschlechtert.

Regierungen kommen und gehen – die Polizei bleibt!

All die Geschäfte, die auf dieser wie auf anderen Reisen dieser Art beschlossen werden, hängen auch an der Frage der sogenannten

Stabilität in den betroffenen Regionen. Diese Frage wird auch von der Hamburger Delegation nicht ausgelassen. Stabilität wird erwartet. Und wo sie nicht schon attestiert wird muss sie eben hergestellt werden. Dass betrifft speziell den chilenischen Kontext nach dem sozialen Aufstand von 2019 und überhaupt einer Präsenz vieler lebendiger revolutionärer und sozialer Kämpfe. Die Carabineros in Chile werden fortan von der Deutschen Polizei, genauer der Hamburger und nordrhein-westfälischen Polizei, in einem Reformierungs-Prozess unterstützt. Es ist die Rede von „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“, aber hauptsächlich geht es um sogenannten „deeskalative Polizeistrategien“. Die Hamburger Bullen geben den chilenischen Pacos also Nachhilfe in Aufstandsbekämpfung. Die Erinnerungen an die Polizeigewalt während der G20-Revolution in Hamburg 2017 lässt hier erahnen, was das heißen kann... in Zukunft soll die Polizei in Chile wohl mit offensiver Öffentlichkeitsarbeit ihre Gewalt verleugnen. Wie gut das doch zum Rest dieser Reise passt!

Selbstorganisation, Solidarität und direkte Aktion gegen diese furchtbaren Verhältnisse und Entwicklungen!

Wir wollen uns klar und solidarisch an die Seite der Kämpfenden in den von den Staaten Uruguay, Argentinien und Chile dominierten Gebieten stellen. Wir wollen verdeutlichen, dass die von uns angesprochenen Mechanismen und Projekte der Herrschaft internationalistische Kämpfe benötigen, die an allen Orten geführt werden und sich aufeinander beziehen. Alle beteiligten Verantwortlichen sind angreifbar und an vielen Orten zu finden.

Unsere Solidarität gilt den gefangenen Revolutionär:innen in den Gefängnissen. Solidarität auch mit den chilenischen Gefangenen der Revolte von 2019.

Ein besonders herzlicher Gruß geht an die anarchistischen Mitstreiter:innen Monica Caballero und Francisco Solar, für die der chilenische Staat aktuell über 150 Jahre Haft fordert. Lassen wir die

Gefangenen nicht alleine in den Händen des Staates! Bis alle Gefängnismauern fallen!

Solidarität mit den indigenen Communities im Kampf! Solidarität mit dem Kampf der Mapuche!

Für die soziale Revolution!

Einige Anarchist:innen, Hamburg in Deutschland, September 2022

Kein Öl für Krieg – kein Krieg für Öl!

Rettet das Klima – sabotiert die Kriegswirtschaft! Sabotiert die militärischen und wirtschaftlichen Nachschubwege! Stoppt die Züge des Todes! Raffinerie Schwedt lahmlegen heißt Bahn lahmlegen!

Dokumentation:

Heute Morgen (5.9.22) haben wir die Bahnstrecke zwischen der Raffinerie Schwedt und Berlin sabotiert. Diese Aktion führten wir Gedenken an Anna Stepanowna Politkowskaja durch. Diese Erklärung ging folgenden Medien zu: rbb-online, Neues Deutschland, Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Morgenpost, Taz, Spiegel online und Märkische Oder Zeitung.

Stündlich verkehren die Tanklastzüge. Dutzende Tanklastzüge mit je zwanzig Kesselwagen. Gefüllt mit bis zu einer Million Liter Flugzeugtreibstoff, Diesel, Heizöl und Benzin pro Zug! Sie rollen in engen Abständen nach Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Polen. Geliefert über die Pipeline „Druschba“ aus Russland. Russlands militärische Macht stützt sich bis zum heutigen Tag auf ihre riesigen Öl- und Gasvorkommen.

Jeden Tag werden dadurch Menschen ermordet. Weil mit diesem Öl immer noch die russische Kriegsmaschine geschmiert wird. Weil damit die klimaschädliche deutsche Wirtschaft geschmiert wird, um Profite einzufahren. Weil der Rubel rollt. Weil Deutschland in Rubeln bezahlt. Weil die deutsche Regierung lieber über Leichen geht und noch mehr Waffen in den Krieg pumpt. Die Sanktionen sind halbherzig und heuchlerisch. Bis Januar 2023 sollen die Züge für den Krieg rollen. Dann will man soweit sein, um die Raffinerie mit Öl aus anderen zweifelhaften Quellen zu beliefern. Die Zerstörung des Klimas zugunsten des Profits soll durch einen Lieferantenwechsel weitergehen. Es geht nicht um Menschen, nicht um den Planeten mit allen Lebewesen darauf. Jeder Tanklastzug bedeutet tote Menschen, tote Lebewesen.

Zwischen die Eisenbahnbrücken der A10 und über das Rinnsal „Panke“ haben wir heute morgen Brandsätze in Kabelschächte der Deutschen Bahn gelegt. Dadurch haben wir die Signalanlagen der Bahn auf Rot geschaltet. Der Ausfall der Signalanlagen stoppt alle nachfolgenden Züge durch Zwangsbremung. Die zum Halten gezwungenen Züge verbleiben in ihren jeweiligen Streckenabschnitten und können diese nicht mehr verlassen ohne Freischaltung durch das zuständige Stellwerk. Grundsätzlich: ein Zug in einem Abschnitt verhindert die Einfahrt eines nachfolgenden Zuges. Durch entsprechende Zwangsbremungen, die für Reisende ungefährlich sind, schließt die Bahn Auffahrunfälle aus. Eine Gefahr für Menschen bestand zu keinem Zeitpunkt. Dies hat bei einer Sabotage in unserem Sinne höchste Priorität. Die aktuellen Bauarbeiten auf der Strecke haben wir einkalkuliert. Wir gehen von einem Rückstau der Züge aus, der bis Schwedt Auswirkungen hat. Dadurch haben wir die Bahnstrecke von Schwedt nach Berlin sabotiert und lahmgelegt.

Warum wir das tun?

Wir sind voller Wut. Über die Heuchelei. Über die Lügen. Über die Verbrecher:innen, die uns regieren. Wir sind voller Wut über den Hunger, den Menschen erleiden, obwohl dieser Planet für alle Menschen Essen

bereithält. Wir sind voller Wut, dass die Wirtschaft einfach weitermacht, dass wir alle als Schafe des Konsums gehalten werden, um den Profit zu maximieren. Wir sind es leid, dass wir wegen der Anhäufung des Reichtums in diesem Land, andere Menschen in anderen Ländern meist still und ungesehen sterben lassen. Wir sind voller Scham, dass wir heute Nacht nicht mehr tun können, als diese beschissenen Züge des Todes aus Schwedt zu stoppen. Wir sind voller Trauer, dass die weltweiten Bewegungen im Moment noch nicht die Kraft haben, den Regierungen eine faire, soziale, ökologische und den Tieren, Pflanzen und Menschen respektvolle Wirtschaftsweise abzutrotzen. Oder besser noch, die Regierungen hinfortzufegen, und nicht durch neue Unterdrückung und einen anderen Kapitalismus zu ersetzen. Das wäre unser größtes Anliegen. Wir haben deshalb die Bahnstrecke sabotiert, auf der die Tankzüge nach Berlin fahren.

Wer wir sind?

Wir sind in Belarus zu Hause, in der Ukraine, in Russland und Brandenburg. Wir kämpfen in Deutschland, in China, in den USA, in Afrika und Asien. Wir sind Partisan:innen der weltweiten Klimagerechtigkeitsbewegung. Wir sind die vulkanologische Eisenbahner:innengewerkschaft in dem Staatskonzern DB und schmelzen die Signalanlagen. Wir sind die Überlebenden der Machnobewegung in der Ukraine, aufgerieben zwischen zaristischer und bolschewistischer Unterdrückung, wieder auferstanden, um den Kampf gegen die neuen Herren aufzunehmen. Wir sind die Natives in Mexiko und stoppen den „DB Tren Maya“ durch den Regenwald. Wir sind die Eisenbahner:innen in Belarus und stoppen die russischen Militärtransporte unter Einsatz unseres Lebens. Wir sind Kriegsgegner:innen und sabotieren Waffen von Rüstungskonzernen und Militär. Wir sind Feminist:innen und kämpfen für das Recht auf Abtreibung und gegen Feminizide, den Fundamentalismus und das Patriarchat, in Polen, in den USA, in Deutschland und global. Wir sind Antifa in Sachsen und greifen Nazis militant an, um Diversitäten zu schützen. Dafür werden wir gejagt von einem Staat, der den NSU gewähren ließ. Wir sind die Leidtragenden des Tesla-Konzerns und kämpfen um jeden Tropfen Trinkwasser in Brandenburg. Wir sind die letzte Generation und verteidigen das Leben! Wir sind unterschiedlich. Wir sind viele. Wir sind überall. Wir sind bereit.

Warum Sabotage?

Sabotage, Blockaden, Besetzungen, Hacking und Aufstände sind Notwehrmaßnahmen. Sekundenkleber, Brandsätze, Graffitis, Computer, Brechstangen, Transparente, Steine und einiges mehr sind unsere Waffen. Wenn der SUV brennt, wenn ihm die Luft ausgeht, wenn er vor unserer Sitzblockade halten muss, ist uns egal – Hauptsache er steht. Niemand hat das Recht einen SUV zu fahren. Wenn die Zerstörung des Klimas und die Subventionierung des Krieges weitergeht und fröhlich das Öl in die Hauptstadt rollt, damit dort gefeiert werden kann, bis die



Welt untergeht, setzen wir die Sabotage dagegen. Unsere Schwäche zu beklagen und die Ignoranz der Politik und der Wirtschaft zu kritisieren oder auf andere zu hoffen, die den Karren aus dem Dreck ziehen, das ist nicht zielführend. Wer soll das denn sein? Wer soll denn handeln, wenn nicht wir? Wenn wir erkennen, etwas stimmt ganz grundsätzlich nicht, dann müssen wir handeln. Also haben wir zur Sabotage gegriffen. Wir haben keine Zeit mehr für Kompromisse. Der Klimanotstand ist jetzt. Das Wasser wird weltweit knapp. Die Erde erwärmt sich jedes Jahr mehr. Die Wälder brennen. Die Flüsse verschwinden. Längere Laufzeiten für Atommeiler. Kippen des Kohleausstiegs. Das sagt eigentlich schon alles. Die Aufzählung ist endlos lang. Wir werden grundsätzlich umdenken und radikale ökonomische Veränderungen gegen die destruktive Wirtschaftsweise und ihre Vertreter:innen durchsetzen. Wir werden uns nicht zwischen Putins Gas und der Erpressung der Wirtschaft zerreiben lassen, nicht zwischen Klimazerstörung und der unbegrenzten Verfügung der Energie für die Wirtschaft. Es gibt Möglichkeiten des Handelns, des Stopps, des Nicht weiter so! Es gibt Auswege. Echte Sanktionen – gegen alles, was unsere Welt zerstört. Dazu gehört ein Stopp des Energietransfers aus Russland, dazu gehört vor allem, die Wirtschaft neu auszurichten. Es gibt die Möglichkeit des non-profits und des Stopps von Raubbau und Zerstörung des Planeten. Nur noch das produzieren, was für das Leben aller Menschen gebraucht wird und nicht das, was uns eingeredet wird, was wir brauchen sollten. Business as usual war gestern. Die bisherigen ökonomischen Modelle, die auf Krieg und Zerstörung beruhen, verschwinden aber nicht einfach.

Appelle helfen nichts, es zählen Taten. Es ist Zeit für die Sabotage als militante Massenbewegung Der Frieden, in dem wir zu leben glauben, war schon immer faul. Wir haben uns in diesem Land davon beeinflussen lassen, dass hier gerade keine Bomben fallen – dabei werden sie hier hergestellt. Wir haben hier keine Hungertoten, aber trotzdem sind die Lebensmitteltafeln bundesweit überlaufen. Wir haben das Leid außerhalb der reichen Länder zwar gesehen, aber wir haben zu wenig dafür getan, es zu beenden. Wir alle wurden bequem und schläfrig, weil der Kapitalismus lauter feine Angebote für uns produziert. Es gibt keinen Kapitalismus, der den Herausforderungen gewachsen ist. Schon gar nicht wird uns ein grüner Kapitalismus retten. Keine Flüssiggasteminals an der Küste, keine Lieferung aus Diktaturen wie Katar, kein Fracking, kein Hochfahren der Kohlekraftwerke oder sogar neuerdings wieder der Atomkraft. Es ist Ende Gelände für eine zerstörerische Wirtschaft! Es ist Ende Gelände für Kolonialismus! Es ist Ende Gelände für das Patriarchat.

Wir rufen zur Sabotage, an allen Orten, an denen wir leben. Prüfen wir unsere eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten verdeckter militanter Strukturen und revolutionärer Aktivitäten. Der Besitz von Luxusgütern ist nicht unantastbar. Die Suffragetten bevorzugten die Zerstörung von Besitz und Reichtum, um das englische Parlament zum Frauenwahlrecht zu zwingen. Um den Zauber des zerstörerischen Konsums zu brechen, kann Angriff auf Luxusverheißendes ein Türöffner sein. Wenn einige Wenige von lebensnotwendigen Gütern zu viel haben und damit noch Geschäfte machen, dann müssen wir ihnen diese wegnehmen und weltweit umverteilen. Die „Last Generation“ stört das politische Tagesgeschäft der Regierung. Entsprechend aggressiv ist der Gegenwind. Lassen wir sie nicht alleine auf der Straße im Kampf mit der Selbstjustiz von Autofahrern, mit der Polizei und der Justiz. Die Klimagerechtigkeitsbewegung repräsentiert jetzt auch die Antikriegsbewegung! Wir rufen an dieser

Stelle alle Bewegungen und Menschen auf, loyal und unterstützend für Gefangene aus den Bewegungen einzustehen und diese in unsere Mitte zu nehmen. Seien es Antifas wie Lisa, seien es Klimaaktivist:innen, seien es die Menschen, die sich auf Straßen festkleben oder nachts erwischt werden.

„Wir befinden uns in einem Krieg um Brennstoffe. Es ist ein fossiler Krieg. Es ist klar, dass wir so nicht weiterleben können.“ März 2022 Svitlana Krakovska, ukrainische Klimawissenschaftlerin

- Freiheit für die wegen Sabotage von Militärzügen inhaftierten Gewerkschafter:innen in Belarus, denen die Todesstrafe droht!
- Freiheit für alle Zugpartisanen und Denis Dikun (aus Belarus und Russland)!
- Freiheit auch für Sergej Konowalow, Eisenbahner, angeklagt der Planung eines Anschlags aufs Eisenbahnnetz!
- Sofortige und bedingungslose Freilassung von Giannis Michailidis, im Kampf gegen seine Präventivhaft in Griechenland!
- Freiheit für Dy und Jo für Lina und allen verfolgten und untergetauchten Antifas in Sachsen! Stoppt die Todeszüge aus Schwedt!
- Stoppt die LNG-Terminals! Stoppt die Braunkohlekraftwerke Schwarze Pumpe und Jänschwalde und die LEAG!
- Stoppt die Wasserräuber TESLA, die LEAG, COCA-COLA und Nestle!
- Stoppt RWE vor Lützerath!
- Stoppt den Tren Maya in Mexiko!
- Stoppt die Kriegswirtschaft global!

Diese Aktion führten wir Gedenken an Anna Stepanowna Politkowskaja durch. Die Journalistin wurde 2006 durch Putin ermordet, um ihrer mutigen Arbeit zu den Kriegsverbrechen in Tschetschenien und dem korrupten russischen Apparat ein Ende zu setzen.

Revolutionäre Eisenbahner:innen in der Klimagerechtigkeitsbewegung - Anna Stepanowna Politkowskaja

Wir sind inspiriert von folgenden Sabotageaktionen und stellen uns in diese Zusammenhänge:

- „Die freundliche Hakenkralle“ <https://de.indymedia.org/node/213515>
- „Vulkangruppe: Gegen den Fortschritt der Zerstörung“ <https://de.indymedia.org/node/149209> Bekenner*innenschreiben
- Schienensabotage am Kalkwerk Wülfrath <https://de.indymedia.org/node/215075>
- Aktion gegen SUV-Reifen-Inflation <https://de.indymedia.org/node/220632>
- Klima- und Antikriegsaktivist:innen für den wirtschaftlichen Lockdown bei Tesla und DB- Tren Maya <https://kontrapolis.info/6626/>
- Gemeinsam für das gute Leben für alle geht auch mit der Hakenkralle! <https://de.indymedia.org/node/217025>

Die Isolation durchbrechen

Lützerath offensiv verteidigen

Wir befinden uns in Lützerath, einem besetzten Dorf am Rande des Braunkohletagebaus Garzweiler. Der Widerstand und die Selbstorganisation hier im Dorf wurden in den letzten zwei Jahren aufgebaut, haben ihre Wurzeln jedoch in einer Bewegung, welche schon seit Jahrzehnten im Rheinischen Braunkohlerevier aktiv ist. Da wir uns immer weiter auf eine potenzielle Räumung zu bewegen, haben wir in diesem Text versucht, eine treffende Analyse zu erarbeiten. Denn nur durch eine Analyse der Taktik von Staat, RWE und Polizei können wir Strategien entwickeln, unseren Widerstand aufrecht zu erhalten.

Erfolg und Misserfolg hängen dabei nicht nur von der Frage ab, ob wir die Räumung aufhalten können oder nicht. Viel mehr versucht RWE mit der Hilfe von Staat und Polizei, unseren Widerstand zu brechen. Wir sprechen von einem ganzen System, welches dieses Dorf angreifen möchte. Damit meinen wir nicht nur den Staat und seine Polizei, sondern auch die Medien, das Rechtssystem, den herrschenden Diskurs und die Desinformation, die das System stützen. Um gegen dieses gut organisierte System widerständig zu bleiben, müssen wir passende Antworten auf die kommenden Angriffe finden. Eine ihrer Taktiken bei einer Räumung wird sein, das Dorf auf allen Ebenen zu isolieren. Physisch gehen wir von einer polizeilichen Abschirmung des Dorfes und Kontrollen der Zufahrtswege und Bahnhöfe aus. Dazu kommt eine informative Isolation durch einseitige Berichterstattung. Die Polizei wird dafür eigene Medien wie bspw. Twitter benutzen und auf die öffentlichen Medien durch Pressemitteilungen und Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Journalist*innen im Dorf wirken. Dazu kommt nach der potenziellen Räumung ein Rechtssystem, welches die Polizei deckt, sowie auf die Verurteilung der Aktivist*innen ausgelegt ist. Was klingt wie eine Dystopie, ist tatsächlich die Erfahrung aus früheren Räumungen.

Durch diese Analyse können wir anhand eigener Taktiken unserer Angst im Angesicht einer bevorstehenden Räumung entschlossen entgegen treten. Denn nur, wenn wir die Taktiken des Feindes kennen, können wir Wege finden, unsere eigene Kraft zu erkennen und die staatliche Isolation zu durchbrechen. Der Staat wird versuchen, die Räumung durch

überlegene Technik durchzusetzen. Wir dürfen uns auf diese Politik der Isolation und Dominanz nicht einlassen. Während einige Aktivist*innen Lützerath im Dorf verteidigen, müssen weitere dort in die Offensive gehen, wo wir für den Staat unbeherrschbar sind. Nur, wenn wir durch diese Aktionsoffensive die Isolation des Dorfes durchbrechen, werden wir in der Stadt unseren Freund*innen im Dorf gerecht. Auch der Widerstand in den Städten sollte aus einer möglichst großen Diversität an Aktionen bestehen. Um dem zerstörerischen System, welches das Dorf dem Erdboden gleich machen will, einen bedrohlichen Schlag zu versetzen, müssen wir dem System einen Schritt voraus sein.

Die Aktionsformen sollten auf die Aufklärung der Gesellschaft ausgelegt sein. Denn wenn wir für eine befreite Gesellschaft kämpfen, muss die Aufklärung über das kapitalistische System und eine Erklärung unseres Kampfes eine Priorität sein. Die Aktionsformen dazu können von legalen Aktionen wie Demonstrationen, Infoveranstaltungen und Flyern bis zu illegalen Aktionen wie Plakatieren, Bannerdrops, Ad-Busting und Graffiti reichen. Doch allein durch Aufklärung können wir im Kampf gegen das hoch organisierte System nicht bestehen. Weitere Aktionsformen sollten darauf ausgelegt sein, das kapitalistische System in Form des Staates und der großen Unternehmen anzugreifen.

Wenn der Staat die Selbstorganisation der letzten zwei Jahre in Lützerath zerschlagen möchte, greift er dadurch auch unsere Ideen und Träume an. Nur durch einen Gegenangriff können wir uns auf gesellschaftlicher Ebene selbst verteidigen. Die Aktionsformen dazu können von zivilem Ungehorsam, bis zu direkten Angriffen wie Sabotage oder Sachbeschädigung reichen.

Wir laden euch dazu ein, kreativ zu werden und euch zu organisieren: Werdet Teil des Widerstandes! Wenn wir uns gegenseitig ergänzen, können wir zusammen gegen das System stehen. Lasst uns gemeinsam die Isolation durchbrechen, in dem wir Lützerath offensiv verteidigen! Nur wer kämpft, wird frei sein!

Lützerath verteidigen!

Verzierung des Grünen Parteibüros in Bremen

Dokumentation:

Wir haben in der Nacht vom 7.11 zum 8.11 das Grünen Parteibüro in der Bremer Altstadt verziert und die Grünen zum Abbaggern freigegeben! Damit alle sehen, dass die Grünen eine fossile Lobbypartei sind und keine Verbündeten im Kampf für Klimagerechtigkeit.

Das geht alles seit Beginn der Ampel auf das Konto von den Grünen: der Neubau von milliardenschwerer fossiler Gasinfrastruktur mit den LNG Terminals in Norddeutschland, das Erbetteln von Gaslieferverträgen

für die deutsche Industrie bei autoritären Staaten wie Katar oder Saudi Arabien, der Wiederanschluss von dreckigen Braunkohlemeilern ans Stromnetz, die Verstaatlichung des Energiekonzerns Uniper, der jetzt unter der Aufsicht von Habeck ganz ungestört weiter mit Kohle- und Atomkraftwerken fette Profite macht.

Und jetzt haben die Grünen auch noch Lützerath zum Abbaggern freigegeben. Dass Habeck und Neubaur das abfeiern als guten Deal mit RWE für das Klima ist nichts als fake. 280 Millionen Tonnen Braunkohle darf

RWE jetzt noch verfeuern und damit wird endgültig das 1,5 Grad Limit gerissen. Die Welt brennt schon, aber das ist Habeck und seinen Grünen ganz scheißegal.

Es darf kein Gramm Kohle mehr verfeuert werden. Wir werden es RWE und dem Staat nicht leicht machen, wenn sie Lützi plattmachen wollen. Wir haben den Hambi in NRW verteidigt, wir werden auch Lützerath verteidigen. Der politische Preis für jeden Versuch zu räumen wird hoch sein und vor allem die Grünen werden ihn bezahlen.

Solidarische Grüße an unsere Genoss*innen in Lützerath. Lützi bleibt!

anonym



Feuer der Kohleinfrastruktur

RWE in Schutt und Asche legen

Dokumentation:

In der Nacht vom 18. auf den 19. Oktober haben wir, mehrere Kleingruppen aus Lützerath, drei Pumpen im Umfeld des Dorfes und dem Tagebau Garzweiler 2 in Brand gesetzt.

Die Pumpen sind Teil der Infrastruktur des Tagebaus, für welchen das Dorf Lützerath zerstört werden soll. Lützerath hat sich in den letzten zwei Jahren zu einem zentralen Ort des Widerstandes in Deutschland gegen die Zerstörung und Ausbeutung der Natur und unserer Lebensgrundlagen entwickelt. Der Räumungsversuch des Dorfes steht unmittelbar bevor. Lützerath ist aber nicht das einzige Dorf, das vom Tagebau bedroht ist.

Am Montag, den 17. Oktober, hat RWE mit der Rodung der Bäume und dem Abriss der Häuser in Immerath begonnen. Immerath liegt in der Sichtweite, wenige Minuten von Lützerath entfernt. Alle Bewohner*innen des Dorfes wurden von RWE vertrieben und große Teile bereits zerstört.

Mit unserer Aktion antworten wir auf RWEs skrupellose Machenschaften. Wir setzen ein Zeichen des Protests und Ungehorsams gegen die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse. Wir lassen uns nicht einlullen von den falschen Versprechungen von Politiker*innen und Parteien.

Nach dem Motto ‚Taten statt Worte‘ müssen wir den Umwelt- und Klimaschutz selbst in die Hand nehmen. Deshalb ist es notwendig fossile Infrastruktur zu sabotieren und unschädlich zu machen. Wir rufen dazu auf, es uns gleich zu tun und aktiv gegen Staat und Kapital vorzugehen. Greift ein in den Status Quo, stört den glatten Betriebsablauf. Bleibt ungehorsam, seid Sand im Getriebe!

Wir sind uns bewusst, dass diese Aktionsform zu harten Repressionen führen kann. Doch wir nehmen dieses Risiko in Kauf, da wir die Hoffnung noch nicht aufgegeben haben und das Leben verteidigen werden. Wir greifen die Profiteur*innen des Klimawandels direkt an! Wer den Wind sät, wird Sturm ernten.

anonym

Das Bestehende tötet!

Eine Meinung zur Reaktion auf die Aktionen der Letzten Generation und was unser Problem mit ihr ist

In was für gefährlichen Zeiten wir leben! Menschen setzen sich auf eine Straße! Eine Straße! Und dann kleben sie sich auch noch am Asphalt fest. Was da für Schlaglöcher entstehen können! Das ist Terror. So muss sich das anfühlen. Krieg. Die „Klima-RAF“ will uns zerstören! Wahrscheinlich arbeitet sie mit Putin und mit weiteren, unbekanntem Mächten zusammen. Sie wollen uns nehmen, was uns lieb und teuer ist. Sie töten. Wehret den Anfängen!

Wer in den letzten Monaten die Reaktionen der Regierenden und der bürgerlichen Medien verfolgt hat, weiß, dass der Übertreibung und dem Irrsinn keine Grenzen gesetzt sind, wenn es darum geht die Letzte Generation (LG) und ihre Aktionen zu denunzieren. Aber mittlerweile geht es um mehr. Die Kriminalisierung von Aktivist_innen, die doch nichts anderes wollen, als von den Regierenden gehört zu werden, nimmt ein Ausmaß an, welches die Rahmenbedingungen skizziert, mit dem Protest und Widerstand ab jetzt zu rechnen haben. 30 Tage Präventivhaft, weil



man sich auf die Straße setzen könnte oder in der Lage ist, Kartoffelbrei gegen eine Panzerglasscheibe zu spritzen. Die Forderung nach Knast für Aktionen des Zivilen Ungehorsams ist mittlerweile aus fast allen regierenden Parteien zu hören. Und auf der Gegenseite? Gibt es massenhaft Soli-Aktionen und Blockaden für die in Bayern Eingesperreten?

Für das bürgerliche Bewusstsein ist es verständlich und akzeptabel, sich für die Profite Anderer tagtäglich körperlich zugrunde zu richten – hingegen scheint ihm das Verletzungsrisiko, das beim Festkleben an einem Straßenbelag entsteht, geradezu so irrsinnig, dass es bestraft werden muss. Außerdem begreifen die knastliebenden kapitalistischen Demokrat_innen langsam, dass Menschen sich tatsächlich widerständig verhalten und gewillt sind, in die zerstörerische Normalität der Umweltzerstörung einzugreifen. Das Schlagwort von der „Klima-RAF“ ist für uns zwar zuallererst eine Diskreditierung der RAF, in ihm kommt aber die Angst zum Ausdruck, dass Menschen tatsächlich begreifen, was die Klimakatastrophe bedeutet und Konsequenzen daraus ziehen.

Alle wissen, dass mit der jetzigen Wirtschaftsform die Klimakatastrophe nicht aufzuhalten ist. Die Gesellschaften, wie wir sie kennen, werden nicht mehr lange existieren. Alle wissen, dass der globale CO²-Ausstoß permanent steigt. Alle wissen, dass die Verheerungen durch die Elektro-Mobilität erst noch bevorstehen. Alle wissen, dass ein globales Massensterben im Gange ist. Gleichzeitig wollen alle in den globalen Metropolen, dass es bleibt, wie es ist. Das löst eine gesellschaftliche Hilflosigkeit aus, die nur durch Totschweigen ertragen wird. Wenn die Aktivist_innen der LG dieses Schweigen durchbrechen, müssen sie selbst durch Repression gebrochen werden. Das ist die Logik, Widersprüche nicht zulassen zu können. Stattdessen werden die bekämpft, die diese Widersprüche formulieren. Doch die einzig sinnvolle Schlussforderung wäre, die jetzige Organisation gesellschaftlichen Zusammenlebens radikal in Frage zu stellen. Jeder Funke könnte einen Flächenbrand auslösen – das ist die Angst der Herrschenden, wie der Beherrschten. Deswegen gibt es diese Überreaktionen auf an sich harmlose Aktionen.

Wir werden zunehmend autoritäres Regieren erleben. Die Herrschaft kommt heute im grünen Gewandt daher und will eigentlich vor allem erhalten, was ursächlich für die globale Zerstörung ist: das kapitalistische Wirtschaften, die Ideologie des technologischen Fortschritts, das effektive Ausbeutung von Mensch und Nicht-Mensch. Wir wollen das große Fass nicht zum tausendsten Mal aufmachen. Alle wissen es.

Der Eintritt in diese Phase repressiver Herrschaft kommt nicht unerwartet. In den letzten Jahren haben viele Texte (auch im Autonomen

Blättchen) darauf hingewiesen. An uns ist es, Konsequenzen zu ziehen, um Widerstand entwickeln zu können und um uns nicht einlullen zu lassen, von der Rhetorik der Mächtigen. Wir wissen, dass nur im Akt der widerständigen Handlung eine Wirklichkeit entstehen kann, die sowohl eine gesellschaftliche Gegenerzählung als auch eine Realität der Veränderung herstellt. Deswegen teilen wir nicht die teils polemische Kritik an den Aktionen der LG in Teilen der anarchistischen Bewegung. Aber auch wir halten es für nicht sooo klug, sich immer absichtlich festnehmen zu lassen. Wir respektieren den Mut der Aktivist_innen von LG und ihre Entschlossenheit. Wir wünschen uns, dass mit diesen Attributen ein Widerstand entwickelt wird, der in der Lage ist, herrschende Interessen und Verhältnisse zu erkennen, die ursächlich für die Klimaerwärmung sind und ursächlich dafür, dass ihr nicht entgegengewirkt wird - trotz des Wissens um die globalen Folgen. Wir hoffen, dass dieser Widerstand nicht weiter verharrt im Appell an die Herrschenden, die diese Verhältnisse verteidigen.

Unsere wesentliche Kritik an LG ist nämlich, dass sie die Regierenden auffordert, endlich zu handeln, um das Schlimmste zu verhindern. Das Falsche und Tragische an den Aktionen der LG ist genau dies: Sie erkennen nicht, dass die, an die sie Appellieren, kein Interesse an radikalen Veränderungen haben. Ihr Interesse ist schlicht ein anderes. Die Verzweiflung des moralischen Appells übertüncht diese einfache Wahrheit. Es geht um Interessen. Die, deren Gunst sie erlangen wollen, müssen unserer Ansicht nach entmächtigt werden, gestürzt (es gibt keine globale Rettungsgasse). Wer von denjenigen Gehör erhalten möchte, die die Verhältnisse hier stabil halten wollen, hat schon verloren.

Im schlimmeren Fall, auch das ist möglich, werden die Aktivist_innen der LG zur ideologischen Speerspitze der Versuche, mit der Klimakatastrophe autoritär umzugehen. Denn wer an die Mächtigen appelliert, sie mögen ihre Macht für radikale Veränderungen nutzen, ermächtigt diese, dafür auch alle Mittel heranzuziehen, die nötig erscheinen.

Wir wünschen uns eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der LG und ihren Aktionen, aber keinen Voyeurismus. Wer selber nur ab und zu auf eine Demo latscht, stabilisiert durch das Einhalten des erlaubten Verhaltenskanons viel mehr die Verhältnisse, als es die politische Naivität der LG tut. Der Eingriff in die Infrastruktur durch das Blockieren des Verkehrs zeugt von mehr Einsicht in die nötige Infragestellung des Bestehenden als das Klugscheißen am Küchentisch. Für uns ist das Durchbrechen der repressiven Schweigsamkeit, zu der die Normalität des Bewahrens geworden ist, eine Qualität der LG.

Wie gesagt: Es kann sein, dass ihr Appellieren an die Herrschenden kompatibel ist mit grünem Autoritarismus. Dann würden sie uns zum Gegner werden. Zur Zeit wünschen wir uns jedoch eher mehr Blockaden aller Art. Sei es durch Festkleben oder Sabotage. Was hier nicht mehr läuft (sic!) lindert das Elend anderswo. Das ist die Realität der Klimakatastrophe. Das Bestehende tötet.

Tyre Extinguishers lassen die Luft aus SUV-Reifen

[Es wurden in den letzten Monaten in vielen Städten SUV-Reifen entlüftet.]

Dokumentation:

In der vergangenen Nacht (09.11.22) haben wir, die Tyre Extinguishers die Luft aus den Reifen von 20 SUVs in Essen-Bredeney gelassen. Wir tun dies, weil SUVs eine Katastrophe für das Klima, die öffentliche Sicherheit und unser aller Gesundheit sind. Die Regierung hat darin versagt uns alle vor diesen Fahrzeugen zu schützen und friedlicher Protest hat zu keinerlei Veränderung geführt. Deswegen nehmen wir die Dinge nun selbst in die Hand. Durch das Entleeren der Reifen wollen wir es unbequem machen einen SUV zu besitzen und potenzielle Käufer so davon abschrecken sich ebenfalls einen SUV zuzulegen.

Da SUVs größer und schwerer als andere Autos sind, verbrauchen sie unnötig viel Kraftstoff und emittieren mehr CO₂. Im vergangenen Jahrzehnt waren SUVs die zweitgrößte Ursache für den Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre: Sie haben damit eine größere Auswirkung als die Sektoren Schiffsverkehr, Luftfahrt, Schwerindustrie und LKW-Transport. Außerdem sorgen sie für eine schnellere Abnutzung von Straßen, sodass diese häufiger saniert werden müssen (Siehe „Vier-te-Potenz-Gesetz“).

SUVs verursachen besonders viele lokale Emissionen: Mediziner vermuten Krankheiten wie Herzinfarkte, Schlaganfälle, Krebs, Lungenerkrankungen, Fehlgeburten oder psychische Probleme lassen sich darauf zurückführen.

Durch ihr unnötig hohes Gewicht und die höher liegende Stoßstange sind sie besonders gefährliche Unfallgegner. Vor allem Fußgänger, Radfahrer aber auch Insassen kleinerer Pkw werden bei Zusammenstößen mit SUV eher schwer verletzt. Crashtests des Verbandes der deutschen Versicherungswirtschaft haben gezeigt, dass die Verletzungsgefahr bei einem Unfall zwischen Kleinwagen und SUV für die Insassen des Kleinwagens rund vier Mal höher ist. Insbesondere für Kinder, die zu Fuß unterwegs sind, ist die Gefahr schwerer und tödlicher Verletzungen bei einem Unfall mit einem SUV besonders hoch, da ihr Kopf- und Brustkorb genau auf Höhe des Einschlagpunktes liegen. Erwachsene Menschen werden bei Unfällen nicht an den Beinen angefahren, sondern im Bereich des Beckens, was zu schwereren Verletzungen führt. Geländewagen und SUV sind bei Unfällen mit anderen Fahrzeugen für den Lenker des SUV vielleicht sicherer, allerdings geht diese Sicherheit auf Kosten der Gesundheit aller anderen Verkehrsteilnehmenden.

SUVs sind ein Beispiel für sogenannte Luxus-Emissionen: $\frac{3}{4}$ aller verkauften Fahrzeuge dieser Kategorie fahren in urbanen Räumen, wo es keine Notwendigkeit für SUV gibt. [4] Stattdessen fungieren diese als



reines Statussymbol. Dieser Status wird auf Kosten aller anderen Menschen, des Klimas und der Umwelt erkaufte.

Die Regierung hat darin versagt uns alle vor diesen Fahrzeugen zu schützen und friedlicher Protest hat zu keinerlei Veränderung geführt. Deswegen nehmen wir die Dinge nun selbst in die Hand. Durch das Entleeren der Reifen wollen wir es unbequem machen einen SUV zu besitzen und potenzielle Käufer so davon abschrecken sich ebenfalls einen SUV zuzulegen.

Unser Ziel ist es unbequem zu sein. Wir glauben nicht an Sachbeschädigung oder das Gefährden von Menschen. Aus diesem Grund lassen wir lediglich die Luft aus den Reifen. Wir schneiden diese nicht auf oder zerstechen sie. Wir haben uns von Automechanikern versichern lassen, dass auch längeres stehen auf der Felge zu keiner Beschädigung des Reifens führt. Fahrer von Kraftfahrzeugen sind dazu verpflichtet vor der Abfahrt die Straßentauglichkeit ihres Fahrzeugs sicherzustellen. Trotzdem warnen wir alle betroffenen Fahrer mit einem Flyer und einem Sticker auf der Windschutzscheibe um ein Losfahren mit plattem Reifen zu verhindern.

Wir sind die Tyre Extinguishers. Wir werden weitere Aktionen durchführen, bis es zu einer nachhaltigen Veränderung kommt.

anonym

Aufruf: Tage der internationalen Solidarität mit Deserteuren

Der Krieg in der Ukraine setzt sich mit all seinen negativen Auswirkungen auf große Teile der Welt fort. Nichtsdestotrotz gehen auch die Akte der Desertation und Fahnenflucht weiter, die, wenn sie sich verbreiten, ein Ende des Krieges herbeiführen könnten. Anarchist*innen aus Zentraleuropa veröffentlichen deshalb diesen Aufruf zur Organisation von aktiver Unterstützung von Deserteuren. Wo wir auch leben, lasst uns jeden Tag zu einem Tag der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und des Widerstands gegen den Krieg machen. Lasst uns uns am Arbeitsplatz, in den Schulen und auf den Straßen organisieren, um den Einfluss von Desertationen zu stärken. Lasst uns für würdige Lebensbedingungen aller kämpfen, die sich weigern zu Kanonenfutter im zwischen-imperialistischen Krieg zu werden.

Mindestens 200.000 Menschen fliehen aus Russland, um Putins militärischer Mobilisierung zu entrinnen und zehntausend weitere versuchen, die Mobilisierung in der Ukraine zu vermeiden. Nichtsdestotrotz gibt es einige Stimmen, die behaupten, dass „die Zahl der Deserteure so vernachlässigbar ist dass es seltsam wäre, überhaupt darüber zu reden.“ Diesen zynischen Versuche Menschen „unsichtbar zu machen“, die sich dazu entscheiden, nicht in der Armee zu dienen, sich abzusetzen oder aus politischen Gründen zu emigrieren, muss etwas entgegengesetzt werden. Ihre Stimmen müssen vernommen werden und sie müssen praktisch unterstützt werden.

Anti-Kriegsreden haben bislang nicht die subversive Kraft, die sie brauchen, um den Krieg zu stoppen. Daher ist es nötig Bedingungen zu schaffen, die es anderen Menschen leichter machen, über eine Desertation nachzudenken und diese Reflektion schließlich in die Tat umzusetzen. Es geht nicht darum, sich zwischen die Frontlinien aus Panzern der beiden Armeen zu stellen und zu glauben, dass das dazu führen würde, dass die Soldat*innen ihre Waffen niederlegen würden. Es geht darum, auf einer internationalen Ebene jene Bedingungen zu erreichen, die sicherstellen, dass Deserteure sicher desertieren können und in einem anderen Land leben können, ohne das Risiko von Verfolgung und sozialer Stigmatisierung eingehen zu müssen.

Gegenwärtig können Gegner*innen des Krieges aus Russland und der Ukraine beinahe nirgendwo hin gehen. Sie sind von ihren „eigenen“ Regierungen zwischen den nationalen Grenzen gefangen, während sich benachbarte Länder weigern, sie aufzunehmen und ihnen angemessene materielle Lebensumstände zu ermöglichen. Wenn die Wahl der Menschen darauf beschränkt bleibt, „entweder gezwungen zu werden, in der Armee zu dienen oder verfolgt zu werden“, können wir kaum einen Anstieg hinsichtlich der Deserteure erwarten. Es ist notwendig die Öffnung der Grenzen nicht nur für zivile Flüchtlinge zu erwirken, sondern auch für die Deserteure der Armeen beider Seiten der Frontlinie. Genau das ist es, was die Dynamiken des Krieges entscheidend zu schwächen vermag.

Allerdings wird dies niemals durch Verhandlungen mit den verschiedenen Regierungen erreicht werden, die bloß die lokalen Handlanger*innen des weltweiten kapitalistischen Staates sind und genausowenig

wird dies von einem sozialdemokratischen Aufruf erreicht werden „Zugeständnisse im Bereich der Migrationspolitik zu machen“. Unsere einzigen Waffen als Proletarier*innen im Klassenkampf sind die Mobilisierung auf den Straßen, die Sabotage der Wirtschaft und die direkte Aktion gegen den anhaltenden Krieg . . . Dann, und nur dann, lässt sich die verängstigte herrschende Klasse dazu zwingen, nachzugeben, was für uns niemals ein Ziel des Kampfes ausmachen wird, sondern bloß eine Gelegenheit, aus der neue Angriffe gegen diese ganze Welt des Elends und Krieges gestartet werden müssen . . . Schließlich sind die Proklamationen von Politiker*innen, die die Aggressionen der russischen Armee kritisieren ein Ausdruck der Heuchelei, da sie sich weigern die materiellen Bedingungen und Ressourcen zu schaffen, die die Menschen benötigen, die sich weigern, in der Armee zu dienen. Und ganz nebenbei bemerkt, wie und warum sollten sie als geschätzte Repräsentant*innen der bourgeoisen Ordnung auch anders handeln!? Es ist notwendig, beständig gegen Putins Angriffe zu stehen, ebenso wie gegen die Staatsmänner anderer Länder, die es der Armee durch ihre eigene Politik erlauben, ihr Kriegspotenzial zu wahren. Es sind die Regierungen der Länder in denen wir leben, die es effektiv erschweren zu desertieren und die dadurch zur Fortsetzung des Krieges beitragen.

Diejenigen, denen es darum geht, Leben zu retten, sollten darüber nachdenken, wie sich die Kampffähigkeit der Armeen schwächen lässt, wie sich Soldat*innen von den Frontlinien abziehen lassen, wie sie dazu gebracht/es ihnen ermöglicht werden kann, nicht zu gehorchen, wie sie dazu motiviert werden können, ihre Waffen gegen jene zu richten, die sie zwingen, in den Krieg zu ziehen. Lasst uns darüber nachdenken und direkte Aktionen organisieren, die diese Überlegungen in konkrete Resultate zu verwandeln mögen.

*Einige Anarchist*innen aus Zentraleuropa (November 2022)*



Anarchistischer Antimilitarismus und Mythen über den Krieg in der Ukraine (Teil I)

Wir haben diesen Text von Tridni Valka auf Englisch übersetzt erhalten, wir haben ihn ins Deutsche übersetzt, der ursprünglich auf Tschechisch veröffentlicht worden ist, dieser Text ist auf der Seite Antimilitarismus erschienen. Die Quellen des Textes sind in der Regel tschechische Übersetzungen der Originaltexte, es sei es handelt sich um solche die auf Tschechisch geschrieben wurden. Wenn man die Quellen aufmacht, findet man immer die Links zu den Originaltexten. Die meisten wurden auch ins Deutsche übersetzt, wir haben die Links zu den Texten, die es auf Deutsch gibt, sowie die Links zu den Texten, in Form von Quellen, die nicht vorhanden waren, herausgefunden und angehängt. Zur Erinnerung auf unseren Blogs, gibt es mittlerweile schon eine stetig wachsende Ansammlung von Texten, die sich mit dem Thema Krieg und mit dem Konflikt in der Ukraine auseinandersetzen. Dort finden sich aktuelle wie historische anarchistische und revolutionäre Texte.

Das zum informativen Aspekt des Textes, ansonsten handelt es sich hier um einen sehr ausführlichen anarchistischen Beitrag aus Tschechien, der sich mit dem Thema Krieg und ganz insbesondere mit dem Krieg in der Ukraine auseinandersetzt. Wir finden, dass es sich hier um einen fabelhaften Text handelt, der sehr direkt, umfangreich, einfallreich und klar geschrieben ist. Er wird, wenn es dazu benutzt werden sollte, als Vorlage zu Diskussionen zu dieser Thematik von großer Hilfe sein.

Soligruppe für Gefangene

„Wir Anarchisten und Anarchistinnen, wo auch immer wir leben und welche Sprache wir auch immer sprechen, sind solidarisch mit ausgebeuteten Menschen, wo auch immer sie sind, und mit denen, die unter den schrecklichen Bedingungen des Krieges leben. Wir halten es für unsere Pflicht, zivile Stimmen zu unterstützen und mit ihnen solidarisch zu sein, aber nicht mit politischen Parteien, Regierungen

und Staaten.“ [das Kurdischsprachige Anarchistische Forum – the Kurdish-speaking Anarchist Forum (KAF)]

Dieser Text ist der Versuch einer kritischen Reflexion über die gegenwärtigen militaristischen Tendenzen in der anarchistischen Bewegung. Gleichzeitig stellt er antimilitaristische Perspektiven als eine Möglichkeit vor, dem Krieg nicht nur in Form von Terror zu begegnen, sondern ihn auch praktisch zu sabotieren. Es ist auffällig, wie viele Menschen, die sich mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine auf den Anarchismus berufen, sich die bourgeois-demokratische Propaganda zu eigen gemacht haben und die vom ukrainischen Staat koordinierte Kriegsmobilisierung unterstützen. Wir teilen voll und ganz die Besorgnis der Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh, die in ihrer Erklärung sagten: „Wir haben keine Lust, unter Anarchisten und Anarchistinnen weitere militaristische Aufrufe zur Eskalation inner-imperialistischer Kriege zu hören.“ Wir freuen uns, dass diese empörte Stimme auch aus anderen Teilen der Welt zu hören ist, darunter aus den Regionen Mittel- und Osteuropas. Die Kriegspropagandisten versuchen, diese Stimme unsichtbar zu machen, sie niederzuschreien, sie an den Rand zu drängen, aber sie taucht immer wieder auf, wie dieser Beitrag von uns zeigt.

„Konventioneller Frontkrieg zwischen gegnerischen Armeen ist eine Art des Kampfes, an dem sich Staaten beteiligen, der die Replikation staatlicher Organisationsformen erfordert und deshalb nicht gut genug mit revolutionärem Kampf koexistieren kann“, so die Gruppe Antagonismus in einer ihrer Analysen. Wir stimmen dem zu und wollen unsere Kritik an der Unterstützung einer der Kriegsparteien in diesem Sinne weiterentwickeln, ohne dabei jedoch die vom Krieg betroffenen Menschen aus den Augen zu verlieren.

Unsere Abneigung gegen jegliche Art von Militär und Kriegsführung ist keine passive moralische Haltung. Die Ablehnung ist auch ein aktives Engagement in anderen Kampfformen als der militärischen, das die Probleme aus einer Klassenperspektive und nicht aus einer patriotischen, nationalistischen oder liberaldemokratischen Perspektive betrachtet. Wir erklären nicht unsere Unterstützung für Menschen, die durch den Krieg massakriert, traumatisiert und ihrer Zuhause beraubt werden. Wir teilen einfach nicht die militaristische Propaganda, die Kriegseinsätze als konstruktiven Weg zur Unterstützung dieser Menschen ausgibt. Wir ermutigen die Menschen nicht, sich der imperialistischen Aggression nicht zu widersetzen. Aber wir warnen sie, dass sie im Krieg immer gegen einige Aggressoren kämpfen, während sie anderen im Weg stehen und die Mittel für zukünftige Aggressionen liefern. Aus diesem Grund sehen wir den einzigen Ausweg in der Umwandlung des innerimperialistischen Krieges in einen revolutionären Kampf oder einen Klassenkrieg.

In diesem Text versuchen wir, unsere Argumente zu verdeutlichen, indem wir die Mythen polemisch widerlegen, die wir lesen und hören, wenn sich verschiedene Leute zum Krieg in der Ukraine äußern. Leider werden diese Mythen von einigen derjenigen genährt, die sich als



Anarchisten und Anarchistinnen bezeichnen. Auf der anderen Seite ist es erfreulich zu sehen, dass es auch einige gibt, die unsere antimilitaristischen, internationalistischen und revolutionär-defätistischen Positionen teilen. Wir zitieren einige von ihnen in unserem Papier, um zu unterstreichen, dass der Antimilitarismus auch heute noch Bestand hat und nicht nur eine überholte Ansicht längst verstorbener anarchistischer Theoretiker und Theoretikerinnen ist.

EINIGE ANARCHISTEN UND ANARCHISTINNEN AUS DER MITTELEUROPÄISCHEN REGION (SEPTEMBER 2022)

„Theorie ohne Praxis ist tot, genauso wie Praxis ohne Theorie blind ist.“

Mythos 1: Wir kämpfen nicht für den Staat, sondern zur Verteidigung der Menschen unter dem Feuer der imperialen Armee.

Es ist interessant, wie sich die Argumentation zur Unterstützung der militärischen Mobilisierung allmählich ändert, auch wenn der Inhalt immer noch derselbe ist. Zuerst hieß es, dass die Anarchisten und Anarchistinnen in der ukrainischen Armee nur das Leben der Zivilbevölkerung schützen, aber keinen Staat verteidigen. Nach ein paar Wochen war bereits von einem vorübergehenden taktischen Bündnis mit den staatlichen Kräften die Rede, ohne das es angeblich unmöglich wäre, die Zivilbevölkerung zu schützen. Jetzt sprechen sie wieder offen davon, für die liberale Demokratie zu kämpfen, also für eine bestimmte Staatsform.

All diese Formulierungen beabsichtigen uns davon zu überzeugen, dass es möglich ist, einen von staatlichen Strukturen koordinierten bourgeoisen Krieg zu führen, aber zu vermeiden, dass diese Strukturen gestärkt werden und somit kein Kampf für die Interessen der Bourgeoisie geführt wird. Es ist immer notwendig zu sehen, was tatsächlich passiert, was in manchen Fällen nicht mit dem übereinstimmt, was die direkten Teilnehmenden oder Beobachtenden über das Geschehen behaupten. Die Anarchisten und Anarchistinnen in den ukrainischen Armeeeinheiten kämpfen tatsächlich für den Staat und ihre Behauptung, dass dies nicht der Fall ist, entspricht nicht der Realität. Es wirkt eher wie ein verzweifelter Versuch, mit Widersprüchen umzugehen oder, schlimmer noch, den Eindruck zu erwecken, dass es in Wirklichkeit keine Widersprüche gibt.

„Wir betrachten die Beteiligung von Anarchisten und anarchistischen Frauen an diesem Krieg innerhalb der in der Ukraine operierenden Streitkräfte als einen Bruch mit der Idee und der Sache des Anarchismus. Diese Kräfte sind nicht unabhängig, sie sind der ukrainischen Armee unterstellt und führen Aufgaben aus, die von den Behörden vorgegeben werden. Sie stellen keine sozialen Programme und Forderungen auf. Die Chancen, anarchistische Agitation zu betreiben, sind zweifelhaft. In der Ukraine gibt es keine soziale Revolution die zu verteidigen ist. Mit anderen Worten, diese Leute, die sich Anarchisten und Anarchistinnen nennen, werden einfach geschickt, um „das Vaterland“ und den Staat zu verteidigen, um die Rolle des Futters für das Kapital zu spielen und um nationalistische und militaristische Gefühle in der Bevölkerung zu stärken.“ [Die russische Sektion des Internationalen Arbeiterassoziation (KRAS) beantwortet Fragen zum Krieg in der Ukraine]

„Es ist anzumerken, dass sich verschiedene ukrainische Anarchisten und Anarchistinnen aus unterschiedlichen Gründen der Armee angeschlossen haben. Vielmehr wollte Black Flag (eine „anarchistische“ Gruppe aus der Ukraine) eine anarchistische Agenda in den Reihen der Armee und der breiteren Verteidigungsbewegung fördern. Wir halten ihre Erfahrungen für wertvoll, auch wenn sie nicht erfolgreich waren, und wir haben in einem Interview aus den ersten Tagen des Krieges unsere Vermutungen darüber geäußert. Andere hingegen sind eher dazu geneigt, den ukrainischen Staat vor anarchistischen Angriffen zu schützen – weshalb wir sie, wie den Staat insgesamt, genauso negativ betrachten. Verbal behaupten sie alle, dass sie nicht für den Staat, sondern nur für die ukrainische Bevölkerung sind, aber selbst eine solche jesuitische Rhetorik kann nicht auf revolutionäre Weise eingesetzt werden. Wenn du den Streitkräften helfen willst, von denen viele Soldaten nicht einmal kugelsichere Westen haben, geschweige denn Munition – nun, dann hilf ihnen, knüpfe nützliche Kontakte für die Nachkriegszeit, so wie Malatesta die kubanischen Rebellen gegen Spanien und die libyschen Rebellen gegen Italien unterstützt hat. . . . Aber warum scheuen nicht einmal Zelenskys rechte Gegner davor zurück, jeden Fall solcher Ungerechtigkeit zu nutzen, um das Vertrauen in die ukrainischen Behörden zu untergraben, während sie auf der anderen Seite in anarchistischen Kreisen nur die Interessen des ukrainischen Staates verteidigen? Diejenigen, die keiner Regierung gehorchen wollen, haben keinen Grund, solche Gruppen als ihre wirkliche Alternative zu betrachten, und diejenigen, die den Staat lieben, haben keinen Bedarf an solch schizophrener Exotik – für sie gibt es normale nationalistische Parteien und Bewegungen.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

Mythos 2: Ohne Militäreinsätze wäre es unmöglich, das Leben der ukrainischen Bevölkerung zu schützen und dem Russischen Imperium Widerstand zu leisten.

Es ist völlig legitim, das Leben der Menschen in bombardierten Städten zu schützen. Aber dies in Form von konventioneller Kriegsführung zu tun, bedeutet, die Integrität des einen oder anderen Staates effektiv zu schützen. Außerdem ist es fragwürdig zu behaupten, dass auf diese Weise die meisten Menschenleben gerettet werden können. Eine fortgesetzte Kriegsmobilisierung führt zu einer fortschreitenden Brutalisierung des Krieges und die Zahl der Toten steigt. Gleichzeitig erhöht das Verbleiben am Ort der Bombardierung das Risiko, zu sterben. Außerdem ist es möglich, die Bombardierung auf andere Weise zu stoppen als durch die Entsendung der eigenen Truppen an die Front.

Die ukrainische Armee hat sich für eine frontale militärische Auseinandersetzung entschieden, die naturgemäß nicht stattfinden kann, ohne dass Menschen in großer Zahl ums Leben kommen. Sich nicht auf eine kriegerische Form des Kampfes einzulassen, bedeutet jedoch nicht, die bombardierte Bevölkerung zu opfern, denn es geht nicht nur darum, sich dem Kampf zu verweigern, sondern auch darum, nicht-kriegerische Formen des Schutzes von bedrohten Leben zu organisieren. Einige organisieren die Überführung der am meisten gefährdeten Menschen an sichere Orte. Andere greifen die ökonomische, politische und militärische Macht des russischen Imperiums an, oft von verschiedenen Orten auf der Welt aus.

Die Auswirkungen der militaristischen Propaganda sind verheerend. Manche Menschen sind wirklich zu der Überzeugung gelangt, dass ein staatlich geführter Krieg der beste Weg ist, um Leben zu retten, und in ihren Augen sogar der einzige Weg.

„Wir weigern uns, in diese tödliche Logik zurückzufallen und stehen an der Seite all der mutigen Gegner, die sich trotz brutalster polizeilicher Repression gegen diesen wahnsinnigen Krieg in Russland und Belarus stellen. Wir unterstützen jede Fahnenflucht und fordern Europa auf, seine Grenzen für alle zu öffnen, die fliehen oder sich weigern, an diesem Krieg teilzunehmen.“ [die Confédération Nationale du Travail – CNT, Mitgliedssektion der Internationalen Arbeiterassoziation]

„Die umfassende Berichterstattung über den Anti-Kriegs-Boykott, über die Sabotage und andere direkte Aktionen ist seit den ersten Tagen der Invasion der Hauptfokus unserer englischen internationalen Sektion! Außerdem sollten wir verstehen, dass die nationale Einheit der Ukrainer um Zelenskys Macht nur auf der Angst vor einer äußeren Bedrohung beruht. Deshalb sind die subversiven Anti-Kriegs-Aktionen in Russland indirekt auch eine Bedrohung für die ukrainische herrschende Klasse, und deshalb betrachten wir ihre Unterstützung in Form der Verbreitung an Informationen als internationalistischen Akt.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

Mythos 3: Das Russische Imperium kann nur mit militärischer Gewalt besiegt werden.

Die Stabilität eines Imperiums wird nicht nur durch militärische Überlegenheit garantiert, sondern vor allem durch die ökonomische Basis, von der die Militärmaschinerie abhängt. Die anderen Säulen sind die politischen Strukturen und die vorherrschende Ideologie der herrschenden Klasse.

Das Russische Imperium strebt nach den günstigsten Bedingungen im internationalen Handel und nach geopolitischem Einfluss. In dieser Hinsicht erstreckt sich seine Macht auf die ganze Welt, nicht nur auf die Regionen der Russischen Föderation. Die Menschen müssen nicht an der Kriegsfront sein, um die Basis des Imperiums zu untergraben. Die Bomber des russischen Militärs können zum Beispiel gestoppt werden, indem man sie von den Ressourcen abschneidet, die sie für ihre Einsätze benötigen. Ressourcen können enteignet, zerstört, ausgeschaltet oder an ihrer Bewegung gehindert werden. Die Möglichkeiten sind vielfältig.

„Nationalismus und Rüstung sind niemals emanzipatorische soziale Antworten, schon gar nicht unter diesen Umständen. Sie bieten keine Perspektive jenseits des Elends; im Gegenteil, sie halten es aufrecht und vertiefen es. Wir lehnen die Militarisierung des öffentlichen Diskurses und die Wiederaufrüstung ab. Wir hoffen nicht auf mehr Rüstung, die nur den kapitalistischen Wettbewerb, das globale Wettrüsten und regionale Konflikte fördert. Unsere Perspektive ist die Fahnenflucht und die Zerlegung des gesamten Kriegsgeräts.“ [Solidarität mit Deserteuren und Emanzipationsprotestbewegungen!]

„Der Punkt ist nicht, wie eine chaotische und rebellische Zivilbevölkerung die gut organisierten, disziplinierten Armeen der kapitalistischen Staaten in einem erbitterten Kampf mit Waffengewalt besiegen

könnte, sondern wie eine Massenbewegung die Fähigkeit des Militärs, effektiv zu kämpfen, von innen heraus lähmen und den Zusammenbruch und die Auflösung der Streitkräfte des Staates bewirken könnte.“ [khaki rebels: Die Subversion der amerikanischen Streitkräfte während des Vietnamkriegs]

„(. . .) nachdem die russischen Truppen ihr Offensivpotenzial größtenteils verloren hatten, begann sich in der Ukraine eine Welle der sozialen Unzufriedenheit zu manifestieren (. . .)“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Die wichtigere Frage für uns als Revolutionäre und Internationalisten ist, wie wir als Arbeiterklasse den Widerstand gegen diesen Krieg verbreiten und uns mit denjenigen unserer Klasse solidarisieren, die unter Beschuss stehen, um für die Interessen des Kapitals zu sterben? Defätismus ist kein Pazifismus, das kann er sich nicht leisten – er ist eine aktive Verteidigung der Gemeinschaft und Widerstand gegen die Idee des kapitalistischen Sieges oder des kapitalistischen Friedens.

Der Frieden, den sie sich vorstellen, wenn die Waffenindustrie und das Kapital ihn jemals zulassen, ist bereits als eingefrorener oder andauernder militärischer Konflikt vordefiniert. Eine unerbittliche Profitmühle, die die Körper der Arbeiter und Arbeiterinnen zermahlt, um die Macht des vom Westen unterstützten Millionärs Zelensky und des kleptokratischen Diktators Putin zu stärken.“ [Kein Krieg! Kein Frieden!]

Mythos 4: Die ukrainische Bevölkerung wird von einer gut bewaffneten russischen Armee unter Beschuss genommen, so dass eine Verteidigung ohne Waffenunterstützung durch die Regierungen der NATO und der Europäischen Union nicht möglich sein wird.

Die militärische Invasion von Putins Imperialismus kann und muss mit anderen Mitteln als Krieg bekämpft werden. Das Problem mit dem Pro-Kriegs-Argument ist, dass es die Verteidigung gegen eine imperiale Aggression auf nur eine Option reduziert, und zwar die riskanteste: eine frontale militärische Auseinandersetzung. Es berücksichtigt in keiner Weise die Möglichkeit der Zersetzung der Streitkräfte von innen heraus, direkt durch diejenigen, die für die Zwecke des Krieges rekrutiert werden. In allen Kriegen gibt es früher oder später nicht nur Tendenzen zur Desertation/Fahnenflucht, sondern auch verschiedene Arten von Sabotage durch einfache Soldaten, die einfach nicht mehr daran glauben, dass es einen legitimen Grund für ihren Einsatz gibt. Die Sabotage, die auftritt, erfordert keine teuren Ressourcen oder schweren Waffen. Doch ihre zerstörerische Wirkung kann monströse Militärmaschinen außer Gefecht setzen oder das Vorrücken von Armeeeinheiten erheblich verzögern. Diese Sabotageakte sind gerade deshalb so einfach durchzuführen, weil sie direkt von Mitgliedern militärischer Einheiten ausgeführt werden, die in der Regel relativ leicht Zugang zu verwundbaren Stellen in Kriegsgerät und Infrastruktur haben. Manchmal reicht es aus, eine einzige Nuss in den Antriebsstrang zu werfen.

Das Problem bleibt, dass zu viel Aufwand in die Kriegspropaganda gesteckt wird, die alle russischen Soldaten als fanatische Anhänger des Putin-Regimes darstellt. Obwohl immer wieder Informationen über russische Soldaten durchsickern, die nicht mehr in den Krieg ziehen wollen,

werden nur sehr wenige Ressourcen in die Agitation und Vernetzung gesteckt, um sie zur Fahnenflucht zu bewegen und die Kriegsanstrengungen zu sabotieren. Wenn es unzählige Initiativen zur Unterstützung ziviler Flüchtlinge gibt, sollte es auch genug geben, um Deserteure und Saboteure zu schützen. Solange der Geist der Kriegspropaganda alle Soldaten als loyale Fußsoldaten des Staates ansieht, wird es für die einfachen Soldaten kaum einen Anreiz zur Sabotage geben.

Wir können uns ein Beispiel an den Makhnovisten nehmen, die in den Reihen der gegnerischen Armeen (sowohl der weißen als auch der roten) Unruhe stifteten und so die Häufigkeit von Fahnenflucht, Überläufen, Verbrüderung, Sabotage oder dem Aufhetzen der eigenen Reihen gegen die Offiziere erhöhten. Wie einfach und effektiv interne Sabotagetaktiken sind, zeigt das Beispiel der Sabotage im US-Militär während des Vietnamkriegs.

Um aus dem Text *Khaki Rebels* zu zitieren: *Die Subversion der amerikanischen Streitkräfte während des Vietnamkriegs*:

„Eine äußerst nützliche Taktik war Sabotage. Am 26. Mai 1970 bereitete sich die USS Anderson darauf vor, von San Diego nach Vietnam auszulaufen. Doch jemand hatte Muttern, Bolzen und Spannglieder in das Hauptgetriebe geworfen. Dadurch kam es zu einer größeren Fehlfunktion, die einen Schaden von Tausenden von Dollar verursachte, und die Abfahrt wurde um mehrere Wochen verzögert. Mehrere Matrosen wurden zwar angeklagt, aber aus Mangel an Beweisen wurde der ganze Fall vom Tisch gefegt. Als die Beteiligung der Marine am Krieg eskalierte, stieg auch die Zahl der Sabotageakte. Im Juli 1972 machten Sabotageakte zwei Flugzeugträger der Navy innerhalb von drei Wochen funktionsunfähig. Am 10. Juli brach in den Admiralsquartieren und der Radarstation der USS Forrestal ein großes Feuer aus, das einen Schaden von mehr als 7 Millionen Dollar verursachte. Dadurch verzögerte sich der Einsatz des Schiffes um zwei Monate und ein paar Tage. Ende Juli dockte die USS Ranger in Alameda, Kalifornien, an. Wenige Tage bevor das Schiff nach Vietnam auslaufen sollte, wurden ein Farbabstreifer und zwei 12-Zoll-Bolzen im Untersetzungsgetriebe des vierten Motors gefunden, die einen Schaden von fast 1 Million Dollar verursachten und den Einsatz wegen umfangreicher Reparaturen um dreieinhalb Monate verzögerten. Der angeklagte Seemann wurde freigesprochen. In anderen Fällen warfen Seeleute wieder alle möglichen Geräte auf See über Bord.“

„Der NATO geht es nicht um mehr oder weniger Freiheit für die Bevölkerung der Ukraine, sondern um geopolitische Verteidigungslinien, Märkte und Einflussphären, für die sie bereit ist, Milliarden von Euro und Rüstungsgüter zu investieren.“ [Gegen Krieg und militärische Mobilmachung: Vorbemerkungen zum Einmarsch in die Ukraine]

Mythos 5: Anarchisten und Anarchistinnen in der Ukraine können nur kämpfen, indem sie sich der Armee anschließen, weil es keine Massenbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die die Mittel und Kapazitäten für anarchistische Organisationsformen hat.

Nach dieser Logik könnten wir argumentieren, dass Arbeiterinnen und Arbeiter überall zu den Wahlen gehen, parlamentarischen Parteien

beitreten und die Polizei und die Gerichte bitten sollten, Streitigkeiten mit den Arbeitgebern zu schlichten, bis sie die Fähigkeit haben, dem gesamten bourgeoisen demokratischen System ihre eigenen Formen der Massenorganisation entgegenzusetzen. Das ist Blödsinn. Es ist so, als würde man uns sagen, dass wir uns heute in der Ukraine mit dem Staat verbünden müssen, um ihn irgendwann später zu bekämpfen.

Tatsächlich besteht das Machtungleichgewicht zwischen dem Staat und den Arbeitern und Arbeiterinnen auch in Ländern, in denen es Massenbewegungen der Arbeiterklasse gibt. Anarchisten und Anarchistinnen können nicht darauf warten, dass sich das Machtgleichgewicht zu ihren Gunsten verschiebt. Gerade indem sie jeden Tag außerhalb der staatlichen Strukturen und trotz dieser kämpfen, können sie das Kräftegleichgewicht verändern. Sich auf Bündnisse mit dem Staat zu verlassen, hilft dagegen, die Position des Staates zu festigen. Außerdem geschieht dies mit Hilfe derer, die sich vielleicht sogar gegen ihn definieren, aber nur rhetorisch, nicht praktisch.

Anarchisten und Anarchistinnen haben schon immer argumentiert, dass die Mittel dem Zweck entsprechen müssen. Nicht-staatsbildende Ziele können nicht durch staatsbildende Strukturen erreicht werden. Eine Massenbewegung kann nicht aufgebaut werden, indem man die Arbeiterinnen und Arbeiter dazu auffordert, sich mit den Organen des Staates zu verbünden, denn dadurch werden sie lernen, diese Organe zu akzeptieren und zu unterstützen, anstatt sich gegen sie zu definieren und sie zu untergraben. Mit jedem Bündnis mit dem Staat lähmen die Arbeiterinnen und Arbeiter allmählich die Tendenz, sich auf ihre eigene Kraft und ihre Ressourcen zu verlassen. Sie verlieren den Glauben daran, dass sie durch Selbstorganisation etwas erreichen können und nähren damit den Glauben, dass sie ohne die Hilfe des Staates machtlos sind.

Das nächste Kapitel könnte dann eine Auflistung all der Zugeständnisse sein, die wir machen müssten, damit ein solches Bündnis zustande kommt, während der Staat nur ein geringes Zugeständnis im Sinne von „Ich dulde dich vorübergehend“ macht. Aber er gibt keine Garantie dafür, dass sich dieses Zugeständnis nicht in eine Tendenz des „Ich brauche euch nicht mehr“ verwandelt, wenn er mit Hilfe der Anarchisten und Anarchistinnen seine Ziele erreicht. „Also kann und will ich euch als potenzielle Gegner jetzt ausschalten.“

„Putin versucht, seine autokratische Herrschaft auszuweiten und jeden Widerstand oder jede Rebellion sowohl innerhalb als auch außerhalb der russischen Grenzen zu zerschlagen. Nur wenn jetzt alle westlichen Demokraten im Chor von der Verteidigung der Freiheit und des Friedens singen, ist das organisierte Heuchelei: Es sind dieselben Demokraten, deren „Friedenseinsätze“ oder Angriffskriege, Drohnen, Bomben und Besetzung koloniale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse durchsetzen, Diktatoren und Folterknechten Waffen liefern und direkt oder indirekt für die Massaker an Flüchtlingen und Rebellen verantwortlich sind.“ [Gegen Krieg und militärische Mobilisierung: Vorbemerkungen zum Einmarsch in die Ukraine]

„Beispiele für praktische Maßnahmen, die Anarchisten und Anarchistinnen gegen den Krieg ergreifen können, sind der Kampf gegen kriegsbefürwortende Propaganda, Arbeitskämpfe, Sabotage, die Unterstützung von Flüchtlingen, gegenseitige Hilfe und der Kampf gegen

das System der Einwanderungskontrolle, das Menschen daran hindert, die Kriegsgebiete zu verlassen und sich niederzulassen, wo immer sie wollen, und sie im Gegenzug dazu zwingt, sich auf Menschenhändler zu verlassen.“ [Anarchismus, Nationalismus, Krieg und Frieden]

Mythos 6: Indem sie sich nicht am Krieg beteiligt, gibt die Arbeiterklasse die Waffen auf, mit denen sie sich selbst verteidigen kann.

Die Weigerung, den bourgeoisen Krieg zu unterstützen, bedeutet nicht, die Waffen aufzugeben. Aber es ist wichtig, die strategische Frage zu beantworten, gegen wen und wie die Waffen eingesetzt werden sollen. In diesem Krieg werden sie gegen einen derzeit aggressiveren imperialen Block zur Verteidigung eines anderen imperialen Blocks eingesetzt. Die Arbeiterklasse wird in den Krieg hineingezogen und erleidet dabei die größten Verluste. Ein solcher Einsatz von Waffen ist kontraproduktiv.

Aber wenn sich die Waffen gegen die Bourgeoisie, die Armeemoffiziere oder die Strukturen der Staatsmacht (sowohl in Russland als auch in der Ukraine) richten, haben wir kein Problem damit. Glücklicherweise gibt es auch solche Fälle auf beiden Seiten der Kriegslinie. Wenn die Arbeiterklasse Blut vergießt, dann nur für ihre eigenen Interessen, was nicht dasselbe ist wie das Bluten für das Vaterland, die Nation, die Demokratie oder den bourgeoisen Reichtum.

Der ukrainische Staat sorgt dafür, dass die Streitkräfte unter dem zentralen Kommando seiner Behörden und seiner Armee stehen, dem sich selbst jene „Anarchisten und Anarchistinnen“ unterwerfen, die kopfüber in militaristische Tendenzen verfallen sind. Es ist davon auszugehen, dass der ukrainische Staat selbst dann, wenn die russische Armee militärisch besiegt wird, versuchen wird, die Bevölkerung zu entwaffnen, die sich jetzt unter dem wachsamen Auge der staatlichen Behörden bewaffnet. Wenn ein Staat in der Vergangenheit Anarchisten und Anarchistinnen erlaubt hat, sich in größerem Umfang zu bewaffnen, hat er später alles getan, um sie zu entwaffnen. Anarchisten und Anarchistinnen haben mehr als einmal die Rolle von nützlichen Idioten gespielt, die zunächst für die Interessen des Staates und der Bourgeoisie kämpften, die sie fälschlicherweise als die Interessen der Arbeiterklasse definierten, um dann, nachdem sie ihre Kämpfe ausgefochten hatten, in Gefängnissen und Folterkammern, vor den Gerichten und auf den Hinrichtungsplätzen eben jener Institutionen zu landen, die sie mit Waffen versorgt hatten.

Angesichts der Schrecken des Krieges kann man leicht den Fehler machen, hilflos nach Frieden zu rufen. Aber kapitalistischer Frieden ist kein Frieden. Ein solcher „Frieden“ ist in Wirklichkeit ein anders angekündigter Krieg gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter. In dieser Situation bedeutet eine konsequente antimilitaristische Position, direkte Anstrengungen zu unternehmen, um den kapitalistischen Krieg zu beenden (...)

Da es die Aufgabe aller Revolutionäre ist, gegen ihre herrschende Klasse und deren militaristische Verbrechen während der kapitalistischen Kriege zu kämpfen, wird sich die Anarcho-Syndikalistische Initiative in diesem Zusammenhang weiterhin auf den Widerstand gegen alle imperialistischen und kapitalistischen Kräfte in Serbien konzentrieren, von denen die NATO derzeit den stärksten Einfluss hat. Wir werden

auch gegen alle Versuche kämpfen, die Neutralität nicht zu wahren und in allen Kriegen, die gegen die Menschen auf der Welt geführt werden, Partei zu ergreifen.

Gleichzeitig rufen wir die Soldatinnen und Soldaten aller Kriegführenden auf, die Befehle ihrer Offiziere zu verweigern und die Kontrolle aller kapitalistischen Armeen unmöglich zu machen. Wir rufen die Menschen in den kriegführenden Ländern auf, sich dem Krieg zu widersetzen und die Kriegsanstrengungen „ihrer“ Länder so weit wie möglich zu sabotieren.“ [Anarchosyndikalistische Initiative, Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation (Anarchosyndicalist Initiative – International Workers’ Association)]

„Wenn ukrainische Anarchisten und Anarchistinnen sich jetzt entscheiden, sich mit Waffen zu verteidigen – um sich selbst und ihre Angehörigen zu verteidigen, nicht den ukrainischen Staat – dann stehen wir solidarisch hinter ihnen. Aber eine anarchistische Haltung gegen den Krieg, selbst gegen den imperialistischen Angriffskrieg, darf nicht zu einer Verteidigung des Staates und seiner Demokratie ausarten oder dazu führen, dass wir zu seinen Handlangern werden. Wir wählen nicht die Seite des geringeren Übels oder die der demokratischeren Herrscher, denn auch diese Demokratien sind nur an der Ausweitung ihrer Macht interessiert und bauen ebenfalls auf Unterdrückung und Imperialismus auf.“ [Gegen Krieg und militärische Mobilisierung: Vorbemerkungen zum Einmarsch in die Ukraine]

„Die Anarchisten und Anarchistinnen sind nicht gegen den Militarismus, weil sie alle Pazifisten sind. Sie haben nichts gegen das Symbol der Waffe, und ebenso wenig können sie eine Verurteilung des bewaffneten Kampfes im Allgemeinen akzeptieren, um hier diesen streng technischen Begriff zu gebrauchen, der eine ausgedehnte Betrachtung verdienen würde. Sie sind hingegen völlig einverstanden mit einem bestimmten Gebrauch der Waffen“ [Alfredo M. Bonanno in „Wie ein Dieb in der Nacht“.]

„Indem wir die Analyse unserer effektiven Kriegsführungsoptionen auf die Spitze treiben, geben wir das antimilitaristische Engagement und das Problem des Krieges nicht auf; im Gegenteil, wir sind in der Lage, eine viel präzisere und aussagekräftigere Antwort, einen Hinweis und ein viel detaillierteres Projekt der Intervention zu geben, als es derzeit der Fall ist, wenn wir lediglich die theoretischen Übertreibungen der herrschenden Klasse und billige Schwätzer eines humanistischen Maximalismus propagieren, den jeder teilen kann(...).“ [Krieg und seine Kehrseite – Alfredo Maria Bonanno]

Mythos 7: Die Beteiligung der ukrainischen Bevölkerung am Krieg wurde durch den Einmarsch der russischen Truppen erzwungen.

Die ukrainische Bevölkerung hatte die Wahl, aber einige entschieden sich dafür, in den Krieg einzutreten, indem sie sich verschanzten und ihr Gebiet verteidigten. Niemand hat diese Entscheidung für diese Menschen getroffen. Die Entscheidung hängt mit der starken patriotischen und nationalistischen Tendenz der ukrainischen Bevölkerung zusammen und nicht damit, dass sie durch die Umstände gezwungen wurde und es keine andere Möglichkeit gab. Kurz gesagt, die ukrainischen Nationalis-

ten ziehen es vor, das patriotische Sterben an der Kriegsfront zu wählen, anstatt einen weniger riskanten, aber effektiven Kampf von Positionen außerhalb des „Heimatlandes“ oder innerhalb des Landes zu führen, aber anders als durch eine frontale militärische Auseinandersetzung.

Anstelle einer militärischen Niederlage, die zu viele Opfer erfordert, kann ein anderer Widerstand gegen das Imperium mit weniger Opfern organisiert werden. Wir können Widerstand leisten, ohne unnötig an der Kriegsfront zu sterben.

Wir lesen Berichte darüber, wie viel Geld die Anarchisten und Anarchistinnen gesammelt haben, um militärische Ausrüstung für ukrainische Soldaten zu kaufen. Wir fragen uns, wie viele erfolgreiche direkte Aktionen gegen den Krieg hätten durchgeführt werden können, wenn diese Gelder nicht von der Kriegsmaschinerie verschluckt worden wären? Selbst von Orten, die so weit von der Front entfernt sind wie zum Beispiel Dresden, ist es möglich, der russischen Armee, der Ökonomie und der Bürokratie Schläge zu versetzen. Es ist frustrierend zu sehen, wie Anarchisten und Anarchistinnen ihre Ressourcen in das Militär stecken, statt in Aktivitäten, die den Krieg sabotieren, blockieren und untergraben.

„Die Größe der ukrainischen Armee UMFASST fast eine Million Menschen, und ein paar Dutzend Kämpfer der Black Flag sind ein Tropfen auf den heißen Stein, die nichts anderes als ihre eigene Vergeblichkeit und Hilflosigkeit demonstrieren können.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Russlands Einmarsch in die Ukraine ist ein Angriffskrieg, der die autoritäre Innenpolitik Russlands fortsetzt und auf eine Machtergreifung abzielt, die ideologisch an die vor-sowjetische, zaristische Zeit anknüpft. Der Krieg ist auch Teil des kapitalistischen Wettbewerbs um Hegemonie, Marktanteile und Einflusssphären zwischen den globalen Machtblöcken Russland, China, den USA und der EU. Auch die geostrategischen Ziele der NATO werden von dieser Wettbewerbslogik geleitet. Es handelt sich um ein internationales Militärbündnis, das seine eigenen Interessen vertritt. Letztlich handelt es sich um ein Militärbündnis von Staaten und nicht um eine demokratische Institution der „Freiheit“, wie sie derzeit erklärt wird. Es gab und gibt keine „humanitären“ Kriege. Es gibt nur Kriege. Und auf dieser Ebene des Konflikts können soziale Bewegungen nur verlieren. Der Hauptfeind steht daher immer im eigenen Land.“ [Solidarität mit Deserteuren und emanzipatorischen Protestbewegungen!]

„Das aus der Ferne projizierte Grauen des Krieges löst unweigerlich Wellen der Wut, des Mitleids, des Bedauerns und des Gefühls der Ohnmacht aus, die unsere Bosse und ihre Staaten selbst ausnutzen, um jeden erwachenden Widerstand in eine Sackgasse der Nächstenliebe zu lenken. Sie manipulieren uns zu falschen parteiischen Entscheidungen zugunsten der einen oder anderen Kriegspartei. Das ist der wahre Nebel des Krieges, der versucht, uns für das zu blenden, was offensichtlich sein sollte – die Bosse auf beiden Seiten sind unsere Feinde, weil die Arbeiterinnen und Arbeiter beider Seiten in Erwartung unserer Klassensolidarität in Aktion leiden und sterben.“ [Revolutionärer Defätismus]

Mythos 8: Indem man sich auf ukrainischer Seite in den Krieg einmisch, verteidigt man die Interessen der Arbeiterklasse in der ukrainischen Region.

Fragen wir uns, was militärische Operationen tatsächlich retten. Wir haben bereits erwähnt, wie problematisch die Behauptung ist, dass es sich um Menschenleben handelt. Als nächstes könnten wir uns mit den materiellen Einrichtungen befassen, die durch Beschuss und Bombardierung zerstört werden. Für diejenigen, die in der Ukraine arbeiten, sind das vor allem Häuser, Wohnungen, Kulturzentren, Geschäfte, die Infrastruktur des städtischen Verkehrs und andere Dienstleistungen. All das ist meist im Besitz der Bourgeoisie oder des Staates und dient der Anhäufung von Profiten, die aus den Arbeitern und Arbeiterinnen, die es nutzen, herausgepresst werden. Selbst wenn sie zum Teil dazu dienen, die Bedürfnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen zu befriedigen, geschieht dies auf der Grundlage ausbeuterischer Prinzipien.

Wir haben Verständnis für Situationen, in denen Milizionäre im spanischen Bürgerkrieg für die Rettung von Gebäuden und Infrastruktur unter der Kontrolle der Arbeiter und Arbeiterinnen gekämpft haben. Aber warum sollten Arbeiter und Arbeiterinnen in der Ukraine sterben, um bourgeoises Eigentum und vom Staat verwaltete Gebiete zu retten? Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Ukraine besitzen und verwalten nur einen winzigen Prozentsatz des lokalen Reichtums. Wir glauben, dass die internationale Solidarität einen angemessenen Ausgleich für die Einrichtungen bieten kann, die den Arbeitern und Arbeiterinnen durch den Krieg genommen wurden. Wir verstehen, wie schwer es ist, das aufzugeben, was wir als Zuhause und Lieblingsplätze betrachten. Aber unser Leben für die Verteidigung solcher Orte aufs Spiel zu setzen, scheint uns ein unangemessenes Opfer zu sein, vor allem wenn wir wissen, dass es sich dabei hauptsächlich um die Verteidigung des Eigentums der Kapitalisten handelt, an dessen Verwaltung die Arbeiter und Arbeiterinnen nur einen geringen Anteil haben.

Andere Objekte, die verteidigt werden, sind Industrie-, Produktions- und Lagergebäude sowie landwirtschaftliche Felder, Bergbau- und Bauunternehmen. Diese Orte werden in der Regel von Arbeitern und Arbeiterinnen besetzt, und schon lange vor dem Krieg sind viele ukrainische Arbeiter und Arbeiterinnen von dort auf der Suche nach einem besseren Leben in andere Länder geflohen. Welches Interesse haben die Arbeiter und Arbeiterinnen daran, diese Orte zu verteidigen, die direkt mit ihrem Elend verbunden sind, Orte, an denen sie ausgebeutet, gedemütigt und fertiggemacht werden?

Der Krieg zielt auch darauf ab, das bestehende politische und ökonomische Establishment zu verteidigen, d. h. die besondere kapitalistische Form, die von der Ausbeutung der Arbeiter, Arbeiterinnen und der Herrschaft des Staates über die Bevölkerung abhängt. Dieser Krieg zielt auf nichts anderes ab als auf das Funktionieren des Kapitalismus, und es liegt nicht im Interesse der Arbeiter und der Arbeiterinnen, ihr eigenes Blut zur Verteidigung einer solchen Einrichtung zu vergießen.

Wir sagen nicht, dass die ukrainischen Arbeiter und Arbeiterinnen durch einen Krieg nichts retten können, was für sie von Bedeutung ist. Wir sehen nur, dass der Krieg viel mehr darauf ausgerichtet ist, bourgeoises Eigentum und Privilegien sowie die Infrastruktur der Staatsmacht zu

schützen. Und das ist nicht wirklich im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wir sagen ja zur Verteidigung des Lebens und des persönlichen Hintergrunds der Arbeiterklasse. Wir sagen Nein zum Sterben und Verstümmeln bei der Verteidigung von bourgeoisiertem Eigentum und Privilegien. Im Fall des Krieges in der Ukraine wird vor allem Letzteres verteidigt.

„Glücklicherweise oder unglücklicherweise sind wir das einzige anarchistische Kollektiv in der Ukraine, dessen Stimme in diesen sechs schrecklichen Monaten deutlich gewachsen ist. Wahrscheinlich, weil wir den Arbeitern und Arbeiterinnen in ihrer täglichen Konfrontation mit Bossen oder Beamten nützliche Informationen zur Verfügung stellen sowie unsere Position in der Verurteilung der beiden kriegsführenden Staaten. Der Aggressor begeht einen offenen Genozid an allen Ukrainern und das „kleine leidende demokratische Opfer“ hält die Mehrheit der Bevölkerung als Geisel, um im Ausland noch mehr blutige Bilder zu zeigen und mehr Geld zu verlangen. Es beraubt seine Untertanen mit allen Mitteln, während noch keine einzige russische Rakete in das Regierungsviertel eingeschlagen ist. Wir sind ganz auf der Seite derer, die in diesem trostlosen Loch ohne klare Zukunft nichts zu verteidigen haben.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Wir sind keine Experten in Geopolitik, nicht einmal Amateure; wir sind keine Experten für Energiereserven, Industrie oder Landwirtschaft. In Wirklichkeit sind wir Experten in so gut wie nichts, nur in unserem Handwerk und unserer Arbeit als die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wir sind. Und genau DAS gibt uns die Legitimation, den Krieg gegen uns in der Realität der Arbeiterklasse zu verunglimpfen. Denn dabei geht es, auch wenn sie uns etwas anderes erzählen, nicht um die Heimat oder gar um historische Gebiete, sondern um den Kapitalismus und den verschärften Hass dieses Systems gegen die Menschen, einen Hass, der aus dem Wunsch entsteht, immer mehr Geld zu verdienen und immer mehr Macht zu erlangen. Sie können uns erzählen, dass der eine oder andere der Bösewicht ist, aber die Realität ist viel einfacher: Die Realität ist wieder das, worunter die Arbeiterklasse leidet, unabhängig von ihrer Nationalität: Tod, Leid, Emigration...“ [Confederación Nacional del Trabajo / CNT-AIT]

„Putin ist nicht zum Wohle der russischen Arbeiter und Arbeiterinnen in die Ukraine einmarschiert. Weder die USA, noch Europa, noch die NATO haben Truppen vor der Nase Russlands im Interesse der ukrainischen Arbeiter und Arbeiterinnen oder im Interesse der europäischen und amerikanischen Arbeiter und Arbeiterinnen stationiert. Die Ausweitung der NATO auf die Ukraine oder irgendwo anders ist kapitalistischer Militarismus und feindlich gegenüber den Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Genauso wie die russische Militäroffensive kapitalistischer Militarismus ist und sich gegen alle Arbeiter und Arbeiterinnen richtet. Die NATO-Präsenz in der Ukraine oder die russische Invasion in der Ukraine sind Pläne, die zu Gunsten der Kapitalisten der Welt enden. Das Blut und die Leben der einfachen Menschen gehen dabei verloren. Unsere Häuser werden ruiniert, aber sie machen ihre Profite.“ [Antimilitaristische Erklärung von Arbeitern aus Haft Tappeh (Iran)]

„Wenn wir den von der Regierung kontrollierten Teil der Ukraine mit den EU-Ländern vergleichen... Ob ihr es glaubt oder nicht, selbst das

historische Zentrum einer typischen ukrainischen Stadt, einschließlich unserer, kann viel weniger bevölkert sein als die westlichen Slums. Wir haben hier nichts zu verteidigen, außer die Throne der Behörden und die Gebiete der Konzerne. Deshalb haben unsere Beamten so viel Angst davor, dass die Menschen freiwillig gehen: In der Armee zu dienen, um die Plantagen der Oligarchie zu verteidigen, ist für viele Soldaten nicht die erstrebenswerteste Option, aber das einzige verfügbare Einkommen unter diesen Bedingungen.“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

Mythos 9: Eine offene Diktatur ist ein weniger günstiges Terrain für Selbstorganisation als die liberale Demokratie, für die die Ukraine kämpft.

Diese Behauptung ist rein spekulativ. Es lässt sich nicht nachweisen, dass sich die Arbeiterklasse auf demokratischem Terrain mehr und besser organisieren wird als auf nicht-demokratischem Terrain. Wenn eine solche spekulative Argumentation im Rahmen einer Diskussion akzeptabel ist, kann sie nicht als Rechtfertigung für die Selbstaufopferung der Arbeiterklasse für den Krieg akzeptiert werden. Wie das Projekt Proletarchiv treffend bemerkt hat: „Das Proletariat in der Tschechischen Republik war in den letzten 30 Jahren nicht in der Lage, das Terrain der Demokratie zu nutzen, und in der Ukraine sollte das Proletariat für das vermeintliche demokratische Terrain (eine rein ideologische Idee) sterben.“

In der Welt können wir verschiedene mehr oder weniger demokratische oder autoritäre Terrains sehen. An manchen Orten ist der Klassenkampf rückläufig oder stagniert, an anderen entwickelt er sich qualitativ und quantitativ. Daraus zu schließen, dass es in Diktaturen automatisch zu einem Niedergang und in Demokratien zu einem Aufstieg kommt, ist sehr ungenau. In der Debatte ist eine solche Position lediglich das Ergebnis einer fehlerhaften Analyse. In der Praxis bedeutet sie jedoch das vergießen des Blutes von Tausenden von Menschen, die durch eben diese fehlerhafte Analyse gerechtfertigt sind.

Für die liberale Demokratie mit der Begründung zu kämpfen, dass wir ein besseres Terrain haben werden, ist so, als würde man sein Leben bei einer Lotteriewette riskieren, bei der es zwar die Möglichkeit eines großen Gewinns gibt, aber nichts das hohe Risiko eines tragischen Verlusts wie den Tod ausschließt.

„Was nützt den toten Proletariern das demokratische Terrain?“, stellt das Projekt Proletarchiv treffend fest.

„Um zu verstehen, warum manche den Militarismus als gerechtfertigt ansehen, um die ukrainische ‚Demokratie‘ zu verteidigen, müssen wir die Tendenz unter Anarchisten, Anarchistinnen und Linken untersuchen, die implizit oder explizit gegen die westliche liberale Demokratie eingestellt sind. Diese Tendenz beruht auf der Überzeugung, dass die Bedingungen der kapitalistischen Klassenherrschaft, die die liberale Demokratie bietet, für den Befreiungskampf günstiger sind. Dies impliziert jedoch eine progressivistische Sicht der Geschichte, die die Möglichkeit der Anarchie ausschließt. Anarchie ist die Untrennbarkeit von Mitteln und Zielen. Wie die Gefährten in At Daggers Drawn7 geschrieben, bedeutet die Auflösung der Lügen der Übergangszeit (Diktatur vor Kommunismus, Macht vor Freiheit, Löhne vor Übernah-

me, Ergebnissicherheit vor Aktion, Forderungen nach Finanzierung vor Enteignung, „ethische Banken“ vor Anarchie usw.), dass die Revolte selbst eine andere Art ist, die Verhältnisse zu begreifen. Es gibt keinen Weg „von der Demokratie zur Freiheit“. Echte kollektive Befreiung steht nur antagonistisch zur liberalen Demokratie.“ [Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh]

„Der ukrainische Staat seinerseits ist nicht „besser“, „weniger schlecht“, weder mehr noch weniger „faschistisch“ oder demokratisch als der russische Staat, da er sich nicht qualitativ, sondern nur quantitativ von letzterem unterscheidet, da er kleiner ist und über weniger imperialistische Macht verfügt, aber genauso bourgeois und antiproletarisch ist.“ [Proletarios Revolucionarios über den revolutionären Defätismus und den proletarischen Internationalismus im aktuellen Russland-Ukraine/NATO-Krieg]

„Was die Kollektive angeht, die ihr erwähnt, ist ihr Gejammer über „eine freie Ukraine, die die gesamte zivilisierte Welt verteidigt“ zu langweilig, um Zeit mit der Analyse zu verschwenden. Denjenigen, die sich aus dem Ausland große Sorgen um die ukrainische Demokratie machen, können wir nur raten, auf ihre europäische/amerikanische Staatsbürgerschaft zu verzichten, eine ukrainische Aufenthaltskarte zu beantragen und schnell hierher zu ziehen, um das Leben zu genießen!“ [Interview mit der ukrainischen anarchistischen Gruppe Assembly]

„Als sozialrevolutionäre Proletarier, Kommunisten, Anarchisten. . . haben wir absolut kein materielles Interesse daran, uns in irgendeiner Weise auf die Seite des kapitalistischen Staates und seiner Demokratie zu stellen, was auch immer das sein mag, auf die Seite unserer Klassenfeinde, auf die Seite unserer Ausbeuter, auf die Seite derer, die uns immer nur „Kugeln, Maschinengewehre und Gefängnis“ zurückgeben, wenn wir kämpfen und auf die Straße gehen, um unsere Menschlichkeit zu fordern.“ [Internationalistisches Manifest gegen den kapitalistischen Krieg und Frieden in der Ukraine. . .]

Mythos 10: Die Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung wird oft mit dem Hinweis auf die Präsenz rechtsextremer Kräfte bestritten, die in dem Land gar nicht so stark sind.

Die bloße Präsenz von Neonazis und Neofaschisten in der Ukraine sollte kein Grund sein, sich nicht auf ukrainischer Seite in den Krieg einzumischen. Wir sind in erster Linie aus ganz anderen Gründen motiviert, den Krieg nicht zu unterstützen. Gleichzeitig fällt uns aber auf, wie dieselben Leute, die den Krieg als Kampf für Demokratie gegen Diktatur darstellen, auch die ukrainische extreme Rechte herabsetzen. Schon vor dem Krieg hatte diese einen starken Einfluss auf die politische Ausrichtung des Landes in Richtung totalitärer Formen. Warum sollten wir glauben, dass diese Kraft und Tendenz nach dem Krieg verschwindet und durch eine freie Alternative ersetzt wird?

Es ist nicht gut, das Problem der extremen Rechten in der Ukraine mit Zahlen herunterzuspielen oder auf ihre schwache Vertretung im Parlament hinzuweisen, denn es ist klar, dass neofaschistische und neonazistische Kräfte hier die Oberhand haben, vor allem auf der Straße.

Dies wird von den parlamentarischen Kräften genutzt, um den Kurs der Regierungspolitik in Richtung autoritärer Formen zu lenken.

„Für diejenigen von uns, die mit den „amerikanischen“ Neonazis, die zur Ausbildung in die Ukraine kamen, in Konflikte auf Leben und Tod gerieten, machte es uns wütend zu sehen, zu welchen Krämpfen sich einige Anarchisten und Anarchistinnen hinreißen ließen, um die Dominanz der Faschisten und Neonazis dort herunterzuspielen. Die ukrainische rechtsextreme Bewegung hat sich innerhalb der ukrainischen Regierung institutionalisiert. Neonazi-Bataillone wurden vollständig in die Streitkräfte des Landes integriert. Faschistische Milizen haben in der Hauptstadt und anderen Großstädten Straßenpatrouillen gebildet, die von den Stadtverwaltungen angeheuert wurden. Ehemalige Anführer und Mitglieder von Neonazi-Milizen und paramilitärischen Gruppen haben sich als „Staatsbürgeraktivisten“ etabliert und die liberale Besessenheit vom abstrakten Diskurs der „Menschenrechte“ genutzt, um den ukrainischen „dritten Sektor“ als legitime Interessengruppe zu unterwandern. Mit dem Zugang zu Waffen, einer über viele Jahre aufgebauten Infrastruktur und verschiedenen privaten, staatlichen und kommunalen Finanzierungsquellen verschafft die formale (aber nicht vollständige) Eingliederung in den Staat der ukrainischen extremen Rechten eine Macht und einen Einfluss, die im Kontext der globalen extremen Rechten beispiellos sind.

Die Behauptung, die ukrainische extreme Rechte sei im Parlament kaum vertreten, täuscht über die wachsende Präsenz und Macht dieser Bewegung nicht nur in staatlichen Gremien, sondern auch auf der Straße hinweg. Volodymyr Ishchenko, ein Soziologe am Polytechnischen Institut in Kiew, sagte: „Bei den Wahlen sind sie schwach, aber außerparlamentarisch sind sie eine der stärksten Gruppen in der Zivilgesellschaft. Die extreme Rechte dominiert die Straße. Sie haben die stärkste Straßenbewegung in Europa.“

Die Bedeutung dieser Vorherrschaft auf der Straße sollte Anarchisten und Anarchistinnen klar sein.

(. . .) Wir behaupten nicht, dass „die Ukraine ein faschistischer Staat ist“. Wir argumentieren für die wachsende Macht der ukrainischen rechtsextremen Bewegung (voller Faschisten und Neonazis), weil der ukrainische Staat entweder unfähig oder nicht willens zu sein scheint, mehr zu tun, als die Macht mit ihr zu teilen. Diese Teilung der Macht zeigt sich nicht nur in der Präsenz der extremen Rechten im Staat und auf den Straßen, sondern auch in dem Versuch des Staates, die Geschichte durch die im Frühjahr 2015 verabschiedeten „Entkommunisierungsgesetze zu legitimieren.“ [Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh]

Mythos 11: Anarchisten und Anarchistinnen sind gegen Kriege, aber dieser hier ist anders als die anderen, also müssen wir uns einmischen.

Das Interessante an diesem Ansatz ist, dass er in vielen Kriegskonflikten zu finden ist, obwohl seine Vertreter und Vertreterinnen so tun, als sei er etwas Einzigartiges. Der Erste und der Zweite Weltkrieg, die verschiedenen nationalen Befreiungskriege und in jüngster Zeit der Rojava-Krieg. In all diesen Kriegen kommen einige Anarchisten und Anarchistinnen

mit dem gleichen Argument: Wir weigern uns, die anderen Kriege zu unterstützen, aber dieser ist anders und wir müssen uns auf die Seite einer der Kriegsparteien stellen. Jedes Mal erwähnen sie, dass diese Unterstützung kritisch ist, doch je länger die Unterstützung andauert, desto mehr schwindet die Kritikfähigkeit, bis wir schließlich nur noch reine Kriegspropaganda sehen, die bestimmte Aspekte beschönigt, aber andere sehr wichtige auch beschönigt, ignoriert oder herunterspielt.

Ist der Krieg in der Ukraine also anders als andere? Ja und nein. Jeder Krieg unterscheidet sich in mancher Hinsicht von anderen. Andere Akteure, andere Orte, andere Waffen, andere ideologische Begründungen. Gleichzeitig sind alle Kriege außer dem Klassenkrieg in ihrem Grundgerüst gleich. Es handelt sich immer um einen Wettstreit zwischen verschiedenen Machtblöcken, in dem die Arbeiterklasse von verschiedenen Ideologien geballt wird, dass es in ihrem Interesse ist, auf der einen oder anderen Seite der Kriegslinie zu kämpfen. Alle Kriege – und der in der Ukraine ist keine Ausnahme – sind insofern gleich, als dass die Arbeiterklasse ihr Leben für die Interessen dieser oder jener Fraktion der Bourgeoisie opfert, aber oft in dem naiven Glauben, dass sie dies zum Wohle ihres eigenen Lebens tut.

„Angenommen, die Ukraine „gewinnt“ den Krieg, was werden die Menschen dort gewonnen haben? Die „Ehre der Nation“? Die Freiheit? Nach dem Ende des Krieges werden Zelensky und die ukrainischen „Oligarchen“ immer noch wohlhabend sein, aber auf die „normalen“ Ukrainer wartet nur tiefes Elend. (. . .) Die große Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung war bereits arm und wird nach dem Krieg noch viel ärmer sein. Ihre Interessen und die der herrschenden Klasse sind nicht die gleichen. Genau wie in Russland. In der Ukraine töten sich russische und ukrainische Soldaten gegenseitig für Interessen, die antagonistisch zu ihren eigenen sind.“ [Kämpfe nicht für „dein“ Land]

„Die Kapitulation vieler Sozialisten, Anarchisten und Anarchistinnen vor dem staatlichen Nationalismus während des Ersten Weltkriegs und der anschließende Schaden für den weltweiten Klassenkampf bleibt eine der tragischsten mahnenden Erzählungen der modernen Geschichte. Der Krieg spaltete die radikale Linke, Sozialisten, Anarchisten und Anarchistinnen aller Couleur. Keine Strömung war gegen den Krieg geeint. Vielmehr waren alle Gegner von Imperialismus und staatlichem Nationalismus gezwungen, kriegsbefürwortende Elemente in ihren eigenen Reihen anzugreifen. Mit der Bedrohung durch einen weiteren Weltkrieg befinden wir uns leider in einer Situation, in der wir gezwungen sind, bei vielen Anarchisten und Anarchistinnen von heute ähnlich zu handeln.“ [Anarchisten und Anarchistinnen in Oakland, San Francisco, New York und Pittsburgh]

„Diejenigen, die sich auf den Krieg vorbereiten, sind immer die eifrigsten Befürworter des Friedens. Mehr noch, sie stützen ihre Friedenspropaganda auf die Notwendigkeit, um jeden Preis alles zu tun, um die Werte der Zivilisation zu retten, die durch das, was im feindlichen Lager geschieht, systematisch bedroht sind (der Feind verhält sich und handelt genauso). Es muss alles getan werden, um einen Krieg zu verhindern, und die Menschen sind oft davon überzeugt, dass sie, wenn sie alles tun müssen, in den Krieg ziehen können, um eine große Katastrophe zu verhindern. Nach dem Ausbruch des ersten so genannten Weltkriegs kamen Kropotkin, Grave, Malato und andere prominente

Anarchisten zu dem Schluss, dass es notwendig sei, in den Krieg zu ziehen, um die Demokratien (insbesondere Frankreich) zu verteidigen, die von den Mittelmächten (insbesondere Deutschland) angegriffen wurden. Dieser tragische Irrtum war möglich und wird immer möglich sein, weil damals wie heute dieselbe Argumentation verwendet wurde: Es wurde keine anarchistische Analyse erstellt, sondern man verließ sich auf anarchistische Überarbeitungen der Analysen, die von den Gelehrten und Verbreitern (Popularisierern) im Dienste der Bosse geliefert wurden. So kam man zu dem Schluss, dass der Krieg zwar immer noch eine große und schreckliche Tragödie war, aber besser als der größere Schaden, der durch den Sieg des teutonischen Militarismus entstanden wäre. Natürlich waren nicht alle Anarchisten blind für die schwerwiegenden Abweichungen von Kropotkin und seinen Mitstreitern; Malatesta reagierte scharf auf sie und schrieb aus London, aber das Übel war begangen worden und hatte ungeahnte Folgen für die gesamte anarchistische Bewegung in der ganzen Welt. In gleicher Weise bleiben viele anarchistische Zeitgenossen heute nicht bei den Oberflächlichkeiten stehen, die wir in einigen unserer Zeitungen und Zeitschriften lesen können, sondern gehen dem Problem auf den Grund.“ [Krieg und seine Kehrseite – Alfredo M. Bonanno]

Mythos 12: Der Krieg hat den ukrainischen Staat destabilisiert und den Arbeitern und Arbeiterinnen neue Möglichkeiten eröffnet, ihre Bedürfnisse und Interessen zu verteidigen.

Interessanterweise wird dies oft von denselben Leuten behauptet, die als Antwort auf unsere Kritik an Anarchisten und Anarchistinnen in der staatlichen Armee behaupten, dass sich Anarchisten und Anarchistinnen in der ukrainischen Region nicht in autonomen, nicht-hierarchischen Einheiten organisieren können, weil der ukrainische Staat dies nicht zulässt und nicht bereit ist, ihnen Ressourcen zu überlassen.

Wenn der Staat wirklich destabilisiert wäre, würde nichts die Menschen daran hindern, autonome Initiativen zu ergreifen. Stattdessen versucht der Staat, die Aktivitäten im Land zentral zu kontrollieren und Ausdrucksformen der Autonomie zu unterdrücken. Das Gerede von der Destabilisierung des ukrainischen Staates spiegelt eher einen Wunsch als die Realität wider. Die Bewaffnung der ukrainischen Bevölkerung unterliegt der Kontrolle des Staates, der damit sicherstellt, dass die Waffen nicht gegen ihn selbst eingesetzt werden. Das bringt uns wieder darauf zurück, warum der Abwehrkampf der ukrainischen Truppen als Verteidigung und Stärkung der Rolle des Staates und nicht als bloßer Schutz der bombardierten Bevölkerung gesehen werden muss.

„Die Anarchisten sind gegen den Militarismus. Daran besteht kein Zweifel. Sie sind gegen den Militarismus, und dies nicht im Namen von einer einstimmigen pazifistischen Auffassung. Sie sind vor allem gegen den Militarismus, weil sie eine andere Auffassung des Kampfes haben. Das heißt, sie haben nichts gegen Waffen, sie haben nichts gegen das Konzept der Verteidigung vor der Unterdrückung. Aber sie haben hingegen viel gegen einen bestimmten, vom Staat gewollten und befehligten, und von den repressiven Strukturen organisierten Gebrauch der Waffen.“ [Alfredo M. Bonanno. „Wie ein Dieb in der Nacht.“]

„Die Behörden versuchen, diejenigen strafrechtlich zu verfolgen, die sich der Mobilisierung entziehen. Nach offiziellen Angaben wurden bis zum 31. August bereits 66 Verurteilungen in Fällen von Dienstverweigerung ausgesprochen. Die meisten davon befinden sich in der Region Transkarpatien, 31. In den meisten Fällen verhängen die Gerichte Haftstrafen von 3 Jahren mit einer Bewährungszeit von 1 Jahr. Das bedeutet, dass die Verurteilten wieder verpflichtet werden können!“ [die Zahl der Jungfrauen für die Uhlen wurde erhöht. UNTERWERFUNG – the number of virgins for the uhlen was increased. SUBMISSIONS]

Mythos 13: Den Kampf der ukrainischen Truppen zu bekämpfen, weil er den westlichen Eliten nützt, ist so, als würde man Industriestreiks bekämpfen, weil sie der kapitalistischen Konkurrenz nützen.

Stellen wir uns folgende hypothetische Situation vor:

Auf dem globalen Markt konkurrieren viele Unternehmen, die alle versuchen, den nächsten Konkurrenten zu schlucken, um sich einen Vorteil gegenüber allen anderen Wettbewerbern zu verschaffen. Irgendwann greift ein Unternehmen ein anderes so aggressiv an, dass sogar dessen Angestellte zu sterben beginnen. Die umliegenden Firmen versorgen die Beschäftigten mit Waffen, um den Arbeitsplatz gegen die Angreifer zu verteidigen, aber nicht in erster Linie, um ihr nacktes Leben zu retten, sondern um die teilweise Kontrolle über die Ressourcen des Arbeitsplatzes und die überlebenden Beschäftigten zu erlangen, die ihn so heftig mit ihrem Leben verteidigen, indem sie den aggressiveren Konkurrenten besiegen.

Wer, außer den konkurrierenden Unternehmen, hätte in einem solchen Fall ein Interesse daran, dem angegriffenen Unternehmen Waffen zu liefern? Schließlich liegt es nicht im Interesse der Arbeiter und Arbeiterinnen, das Unternehmen ihres Arbeitgebers zu verteidigen, um einen Teil der Ressourcen des Unternehmens an einen anderen Kapitalisten zu übertragen.

Das Beispiel des Arbeitskampfes ist irrelevant. Denn wir haben noch keinen kapitalistischen Konkurrenten gesehen, der eine Streikpatrouille von Arbeitern und Arbeiterinnen mit Waffen versorgt, um sich gegen das Sicherheitspersonal des Arbeitgebers zu verteidigen, der einen Streikfonds bereitstellt, um den Streik fortzusetzen, und der diese Unterstützung davon abhängig macht, dass das Unternehmen, in dem der Streik stattfindet, seine Produkte und Ressourcen dem Konkurrenten zur Verfügung stellt, wenn der Streik den bisherigen Eigentümer in die Enge treibt. Wenn diese Art von Streik irgendwo stattfinden würde, glauben wir, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen sich weigern würden, das Spiel der kapitalistischen Konkurrenten mitzuspielen und für ihre Interessen zu kämpfen. Genauso wie es im Falle des Krieges in der Ukraine eine gute Sache wäre.

Dass Streiks in gewisser Weise von den kapitalistischen Konkurrenten ausgenutzt werden, ist ein Nebeneffekt und nicht der Hauptinhalt des Streikkampfes. Im Fall des Krieges in der Ukraine geht es in erster Linie darum, Ressourcen für den einen oder anderen bourgeoisen Konkurrenten zu gewinnen, wobei hauptsächlich proletarische Leben geopfert werden. Um dieses Opfer zu erreichen, werden die Proletarier durch

nationalistische Ideologie für den Kampf mobilisiert. Wenn der Kampf, den sie dabei führen, dazu führt, dass einige Menschenleben gerettet werden, ist das ein Nebeneffekt des Hauptziels des Krieges, nämlich der Umverteilung des Territoriums und der Ressourcen der Ukraine zwischen den kapitalistischen Konkurrenten.

Fassen wir noch einmal zusammen. Ein bourgeoiser Krieg und ein Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen sind zwei inhaltlich völlig verschiedene Arten von Konflikten. Der Krieg verfolgt in erster Linie bourgeoise Interessen, für die er die Arbeiter und Arbeiterinnen mobilisiert. Ein Streik verfolgt in erster Linie die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen, auch wenn kapitalistische Konkurrenten versuchen, ihnen etwas abzuringen. In einem Krieg werden die Mittel für den Konflikt von rivalisierenden bourgeoisen Fraktionen bereitgestellt; in einem Streik verlassen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen in erster Linie auf ihre eigenen Mittel, weil sie keinen Grund haben, sie von der Bourgeoisie zu erwarten, und die Bourgeoisie hat keinen Grund, sie zu liefern, weil sie riskieren würde, dass sie gegen sie selbst gerichtet werden.

„Einige sagen, Putin sei unschuldig, weil die NATO die Grenzen Russlands infiltriert habe; andere sagen, die ukrainischen, europäischen oder amerikanischen Präsidenten seien unschuldig, weil sie etwas gegen Putins Vorgehen unternähmen. (. . .) Dieser Krieg ist kein Krieg für die Interessen der russischen Arbeiter und Arbeiterinnen oder zur Verteidigung der Interessen der ukrainischen Arbeiter und Arbeiterinnen. Dieser Krieg ist kein Krieg für die Interessen irgendeines Arbeiters oder irgendeiner Arbeiterin. Er ist ein Krieg gegen unsere Interessen. Der gegenwärtige Krieg zwischen Russland und den anderen Mächten auf ukrainischem Boden ist ein reaktionärer und arbeiterfeindlicher Krieg. Wir müssen alle gegen diesen Krieg sein. Wir dürfen nicht nur gegen Putin sein, nicht nur gegen Biden und die europäischen Präsidenten, nicht nur gegen den ukrainischen Präsidenten. Wir Arbeiter, Arbeiterinnen, Lohnabhängige und Werktätige müssen uns gegen den Krieg vereinen. Wir sind gegen euch Kapitalisten und Kriegstreiber. Dies ist nicht unser Krieg. Es ist ein Krieg gegen uns alle, die Arbeiter und Arbeiterinnen.“ [Antimilitaristische Erklärung von Arbeitern aus Haft Tappeh (Iran)]

„Die Behauptung, dass ‚die Wahrheit das erste Opfer des Krieges ist‘, ist die erste von vielen Lügen, die den Mord an unserer Klasse begleiten. Damit der Krieg stattfinden kann, muss die Wahrheit lange im Voraus gut begraben werden. Die größte Lüge, aus der alle anderen entspringen, ist, dass wir, die Arbeiterklasse, die Nahrung der Lohnarbeit und des Krieges, einige gemeinsame Interessen mit denen haben, die uns befehlen zu kämpfen.“ [Campaign for Real War – Kampagne für Realen Krieg]

BUS & BAHN FÜR ALLE

Sabotage gegen die Deutsche Bahn

Dokumentation:

Wir haben in der Nacht vom 3. November an vielen Bahnhöfen in Köln und Aachen die Fahrscheinautomaten kaputt gemacht, um damit der Forderung nach einer dauerhaften Einführung des 9-Euro-Tickets Nachdruck zu verleihen.

Liebe Bahn,
Keine Sorge, wir bleiben dabei.
Mit Mut und vereinter Kraft
Machen wir Schluss mit eurer Klassengesellschaft
Macker, Autos, Tagebau
Machen uns die Welt zu grau
Ab heute dürfen Bus und Bahn
Wirklich endlich alle fahren
In Solidarität mit all denen,
Die Kämpfen für ein gutes Leben
Im Iran oder sonst wo auf der Welt
Bis das Patriarchat in sich zerfällt!
Bildet Banden, seid bereit
Für eine neue lila Zeit

Mobilität ist ein Menschenrecht und kein Luxusgut. Politiker sprechen von "Gratismentalität", aber tatsächlich sind von der aktuellen Krise vor allem diejenigen getroffen, die bereits wenig haben. Uns vor diesem Hintergrund ein monatliches 49-Euro-Ticket als Lösung zu verkaufen, ist dreist und missachtet die Lebensrealität einer Vielzahl von Menschen.

In Zeiten der Klimakatastrophe und des sozialen Notstands macht die Ampel Politik für Reiche und Autolobby. Sie reißen Lützerrath ab, um weiter Kohle zu verbrennen. Und wollen uns weiß machen, dass Menschen in der Ukraine zu unterstützen und Klimagerechtigkeit nicht vereinbar sind. Aber Krisen und Kriege sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern die Regel.

Die Deutsche Bahn gibt sich gerne als ein umweltfreundlicher Konzern. Gar nicht zu diesem Image passt allerdings die Beteiligung am neokolonialen Megaprojekt 'Tren Maya' in Mexiko. Für den Bau von Zugstrecken und Autobahnen wird eine unvorstellbare Menge Urwald abgeholzt, Ökosysteme zerstört, indigene Menschen von ihrem Land vertrieben. (Mehr Infos dazu hier:

<https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany/>)

Im Kapitalismus steht der Profit immer über dem Wohl von Menschen und Umwelt. Wir brauchen eine radikale Umverteilung und neue Formen des Wirtschaftens. Wir müssen lernen achtsam umzugehen, miteinander und mit der Welt.

Wir schließen uns den Forderung des 9-Euro-Fonds an:

- Fahren ohne Fahrschein entkriminalisieren! Durchschnittlich jede vierte Gefangene in Berlin sitzt wegen Fahren ohne Ticket.
- ÖPNV ausbauen: mehr Strecken, eng getaktet und barrierearm
- Mehr Personal und faire Löhne
- Geld umlenken aus klimaschädlichen Subventionen, Straßenbauprojekten, dem Diesel- und Dienstwagenprivileg



Die 9-Euro-Fonds halten wir für eine gute Übergangslösung, um die Verantwortlichen zum Handeln zu bewegen. Dabei geht es darum, sich kollektiv zu weigern die teuren Tickets zu kaufen und die Kosten für Bußgelder solidarisch zu tragen. (Mehr Infos dazu findet ihr hier: <https://9eurofonds.de/>) Außerdem wollen wir alle Menschen ermutigen, sich auch Bauschaum oder Sticker zu besorgen und die Fahrscheinautomaten funktionsunfähig zu machen!

Sticker auf deutsch und englisch zum Drucken findet ihr hier:

<https://upload.disroot.org/r/HMJ92sxY#at9q4T3w0JlktQ0MdF7/N7uv517U6KaJUp...>
<https://upload.disroot.org/r/r9QgmQuk#i8MjM1R3o1F50CUMzGhVHOBBSRbvahajCo...>

Schließt euch zusammen, Bildet Banden, Passt auf euch auf!

QueerResistance

‘geschichtsbewusste’ K



Gegen die grüne Militarisierung!

Außenminister Fischer von den Grünen erwischte es wegen seines Kriegseinsatzes gegen Serbien. Was er damals perverser Weise noch mit Auschwitz begründete, braucht heute nur noch „das Böse“ als Gegenüber, um alles dem Militärischen unterzuordnen. Wer vom „Bösen“ spricht, will aber in Wirklichkeit nur seine Interessen verschleiern. Tatsächlich nutzt „der Westen“ den russischen Angriffskrieg als „geopolitische Geburtsstunde Europas“ (EU-Außenminister Borell). Es geht um den europäischen Frontabschnitt in der globalen Auseinandersetzung mit China, um die kapitalistische Neuordnung der Welt und der sozialen Verhältnisse. Es müsste alles daran gesetzt werden, den Krieg zu beenden. Stattdessen setzt die transatlantische Politik mit Außenministerin Baerbock vor allem auf eine dauerhafte Schwächung Russlands. Wenn der Krieg dafür noch Jahre dauern müsste, würde „der Westen“, mitsamt seinen Grünen, ihn am Laufen halten. Da machen wir uns keine Illusionen. Keine Frage: Die Herrschenden in Russland müssen gestürzt werden. Wir stehen auf der Seite der Kriegsgegner:innen, sowie aller Deserteure und Militärdienstverweigerer. Wir schwenken keine Fahnen. *(autonome Antimilitarist:innen)*

Krieger:innen angreifen



Neueste Entwicklungen und Hintergründe rund um das 129er Verfahren in München

Die Verfolgung von Anarchist*innen und Kippenstummeln im bajuwarisch-christlichen Königreich

Der folgende Text soll einige Hintergründe zu dem laufenden 129er Verfahren in München geben und über neueste Entwicklungen informieren als auch eine generelle Einschätzung zu dem ganzen Komplex liefern. Das Verfahren wurde am 26.04.22 bekannt, als koordinierte Hausdurchsuchungen in vier Wohnungen, der anarchistischen Bibliothek Frevel und einer Druckerei stattfanden. Mehr dazu hier: <https://de.indymedia.org/node/188585>

Bevor wir chronologisch den uns bekannten Ablauf der stattgefundenen Ermittlungen erläutern, erklären wir hier nochmal die Tatvorwürfe: Das 129er Verfahren wegen krimineller Vereinigung einschließlich dem Vorwurf 15 Straftaten begangen zu haben, die entweder Aufruf zu Straftaten, Billigung von Straftaten oder Bedrohung oder beides lauten, bezieht sich auf den Vorwurf die von Mai 2019 bis September 2021 erschienene anarchistische Zeitung Zündlumpen herausgegeben, verfasst, gedruckt und verbreitet zu haben. Kurz: Die Beschuldigten sollen angeblich die Zündlumpen-Redaktion sein, welche wiederum eine Kriminelle Vereinigung sein soll.

Wie fing alles an?

Dem Zündlumpen wurde die unermessliche Ehre zu Teil, seine erste Anzeige vom bajuwarisch-christlichen Vizekönig zugeteilt zu bekommen und zwar von Dr. Joachim Hermann persönlich. Zur Erläuterung: Seit Anbeginn der Zeitrechnung ist der stramme CSU-Mann Joachim Oberbefehlshaber seiner noch strammeren Exekutive, denn Joachim ist bayrischer Innenminister. Joachim wacht über die nicht für ihre Milde bekannte bayrische Polizei, über die bayrischen Grenzen und den bayrischen Verfassungsschutz. Bei Joachim ist klar, wenn es um Grenzen geht, dann will er sie dicht, wenn es um Flüchtlinge geht, dann will er sie nicht, wenn es um Polizisten geht, dann will er Zehntausende neue, wenn es um „Sicherheit“ geht, dann will Joachim Milliarden Euros investieren, wenn Joachim über einen Schwarzen redet, dann nennt er ihn „einen wunderbaren Neger“ und wenn es um Linksextremismus geht, dann sieht Joachim Jahr für Jahr bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes eine „wachsende Gefahr“. Joachim selbst war es also, die majestätische Hoheit der grünen Armada, der sich plötzlich vom Zündlumpen bedroht fühlte. Als der Zündlumpen mit Bezug auf einige von Joachim über den gefährlichen Zündlumpen getätigten Aussagen grob umrissen meinte, dass man ja historisch und rein theoretisch auf Seite der Königsmörder etc. stehe würde, stellte Joachim Hermann, angeblich wohnhaft im Innenministerium, höchstpersönlich eine Anzeige wegen Bedrohung.

Dass die Repressionsbehörden in Bayern nerven und Anhänger der alten Schule sind, weiß jeder, selbst Dr. Joachims rappender Sohn Jakob alias Jaggy Jackpot: „Viele Jobs, viele Cops, das ist Bayern, Diggah. / Das heißt, ich halt das Ott an meinen Eiern, Diggah.“ Der Zündlumpen hat sich also der Majestätsbeleidigung schuldig gemacht, diesmal in Form von Bedro-

hung – der Beginn einer groß angelegten Ermittlung, deren politische Motivation mit diesem Auftakt nicht deutlicher und symbolischer sein könnte.

Erste Ermittlungen

Nach dieser ersten Anzeige sammelte der Zündlumpen aber weiterhin fleißig Anzeigen: Spätestens nachdem sich ab März 2020 alles nur noch um Corona drehte und der Zündlumpen empfahl, doch am besten im Falle einer Coronainfektion Polizisten anzuspucken, ging ein Beben durch die Socialmedia-Netzwerke der Cops. In Erfurt, Lüneburg und Köln wurden Anzeigen wegen Aufforderung zu Straftaten gestellt und die jeweiligen Staatsanwaltschaften leiteten diese nach München weiter. Etwa zur gleichen Zeit tauchten in München auch Plakate auf, deren Vorlagen im Zündlumpen erschienen waren und dass diese geklebt wurden, entging der Polizei ebenfalls nicht. Einigen hörigen Bürger*innen geriet auch hin und wieder ein Zündlumpen in die Hand oder in den Briefkasten, was diese derart provozierte, dass sie unverzüglich die 110 wählten. Mit der Zeit stapelten sich also die Anzeigen bezüglich des Zündlumpens auf dem Tisch der zuständigen Kriminalpolizisten für Linksextremismus (Staatsschutz).

Erste Schritte der Ermittlungen waren folgende: Die Urheber der Internetadresse des Zündlumpen-Blogs auf noblogs versuchen zu identifizieren. Keine Ergebnisse. Dann versuchte das LKA das Druckbild der erbeuteten Zündlumpen-Ausgaben zu analysieren: Diese wurden anscheinend mit einem Tintenstrahldrucker gedruckt. Dann wurden die gefundenen Zündlumpen-Ausgaben auf DNA hin untersucht, was wiederum keine Ergebnisse brachte.

Ein weiterer Schritt war es dann eine Anzeige gegen den Zündlumpen wegen Anleitung zu Straftaten zu stellen, da dieser in einer folgenden Ausgabe (während der damaligen Ausgangssperre) erklärte, wie man Straßenlaternen ausknipst. Diese Erklärung brachte der Münchner Staatsschutz dann in Zusammenhang mit einigen durchgeknapsten Kabeln an Internet- und Telefonkästen in München. Da Stromkabel durchgeschnitten wurden, welche danach offen lagen, wurde wegen einer staatsgefährdenden Sabotage ermittelt. Zu eben diesen am 31.12.2021 in der Folge unterbrochenen Internet- und Telefonleitungen ermittelte die Polizei ein bisschen herum und kamen zu keinen Ergebnissen. Anscheinend konnten die Cops keinerlei Spuren von den Telefonkästen nehmen, da angesichts der offenen Leitungen immer zuerst ein*e Telekom-Mitarbeiter*in kommen musste, um den Kasten zu reparieren. Die angewandten Ermittlungsstrategien der Cops wie beispielsweise Abfragen bei überregionalen Polizeistellen, ob ähnliches schon mal vorgefallen war, sowie das Aushängen von Zeugenaufrufen oder das Analysieren von möglichen Bewegungsrouten der Täter*innen lieferten keinerlei Indizien. Der Staatsschutz befand sich bezüglich dieser Sache im regen Kontakt mit der Telecom-Security und wollte diesbezüglich

dazu anregen, ob es nicht möglich wäre ein Alarmsystem bei Störungen einzuführen, welches unverzüglich die Polizei informieren würde, was die Telecom-Security allerdings ablehnte, da es laut diesen zu allzu vielen Störungen kommen würde.

Zu diesem Zeitpunkt wurden also bereits mehrere Anzeigen und Ermittlungen gegen den Zündlumpen geführt, welche alle zu keinerlei Ergebnis führten. Es wurde die Einstellung der Ermittlungen erwogen... doch dann funkte der Verfassungsschutz dazwischen...

Tada!

... und dann liefen die Ermittlungen „plötzlich“ gegen drei Beschuldigte, die die Polizei nach einem Intermezzo mit dem Verfassungsschutz aus dem Hut zauberte. Dass diese Weitergabe von Informationen offensichtlich sehr „ungeregelt“ und „intransparent“ abgelaufen sein dürfte, ist nicht verwunderlich (dass gerade der bayrische VS relativ „intransparent“ arbeitet, ist spätestens seit dem NSU-Komplex kein Geheimnis mehr). Drei Personen sind übrigens die Mindestanzahl um rechtlich eine kriminelle Vereinigung darstellen zu können. Während der Verfassungsschutz einige Analysen von Ideologie (aufständischer Anarchismus), Radikalität und Gewaltnähe sowie Sprache (das Wort Bulle wir so und so oft benutzt) des Zündlumpens nachlieferte, ermittelte der Staatsschutz nun gegen drei Personen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Der Verfassungsschutz lieferte einige Hintergrundinfos zu den drei Beschuldigten und stellte die Thesen auf, dass diese alle Anarchist*innen seien und dass sie alle Verbindungen zu der Bibliothek Frevel haben sollen (die ohnehin ein ganz gefährlicher und verbrecherischer Ort sei). Zudem wird ersichtlich, dass der VS ein festes Umfeld der Bibliothek Frevel konstruiert, welches ebenso im Fokus von Überwachungsmaßnahmen stand. In diesem Kontext erwähnt der VS ebenso eine Reihe von in München verübten unaufgeklärten Straftaten und Brandstiftungen.

Doch was werfen die Polizisten den jeweiligen Beschuldigten vor bzw. wie sind sie ins Visier der Cops geraten?

„Person 1“ der Ermittlungen wird vorgeworfen, dass er einen Raum angemietet haben soll, in dem angeblich der Zündlumpen produziert worden sein soll (eine sogenannte Ermittlungshypothese, d.h.: eine bloße Vermutung ohne Indizien). Außerdem soll Person 1 polizeibekannt und ein Anarchist sein und zudem andere Anarchist:innen kennen. Von der Existenz dieser Druckerei soll die Polizei durch einen zufälligen Anruf erfahren haben, in Folge dessen Streifenpolizisten wegen Lärmbeschwerde in der Örtlichkeit vorbei fuhren... und andere Polizisten durch eine ein paar Tage später stattgefundenen Personenkontrolle herausgefunden haben sollen, dass dort anarchistische Sachen gedruckt werden. Zudem soll ein anderer Polizist Person 1 einmal zufällig im Kontext einer anderen Herumschnüffelei in dem betreffenden Haus gesehen haben, ihn erkannt haben und sich dann beim Vermieter über das Mietverhältnis erkundigt haben.

„Person 2“ wird vorgeworfen, dass er Informatik studiert haben soll, was ein Indiz darauf sein soll, dass er die fachlichen Fähigkeiten besitzen soll, einen Noblogs-Blog zu betreiben, welcher die Informatiker des LKAs vor unüberwindliche Hürden der Entanonymisierung stellte. Zudem soll Person 2 zwei mal Plakate geklebt haben, welche inhaltlich ähnliche

Sachen thematisiert haben sollen, wie der Zündlumpen (bspw. IAA). Darüberhinaus schreibt Person 2 in ihren „Betreffs“ von Bankkonto-Überweisungen gelegentlich dumme Sprüche und Ausrufe gegen Polizisten, was der Zündlumpen auch tut. Außerdem sei er ein Anarchist und polizeibekannt.

„Person 3“ wird vorgeworfen, dass sie Französisch spreche. Was nahelegen soll, dass sie Übersetzungen aus dem Französischen für den Zündlumpen angefertigt haben soll. Außerdem soll Person 3 einmal innerhalb einer Kirche von einer Überwachungskamera gefilmt worden sein, wie sie eine einzelne Ausgabe eines Zündlumpens in betreffender Kirche hinterlassen haben soll. Außerdem soll sie von ihrem Konto Dinge bestellt haben, die unter anderem für das Drucken von Sachen benutzt werden könnten.

Dieses Konstrukt diene Polizei, Staatsanwaltschaft und Richtern schließlich dazu Observationen und andere Überwachungsmaßnahmen einzuleiten als auch die bereits zwei Monate im Vorhinein geplanten Hausdurchsuchungen im April 2022 in Gang zu bringen. Auch der Verfassungsschutz erhielt über betreffenden Zeitraum und darüberhinaus die Generalbefugnis für umfassende Überwachungsmaßnahmen. Bei den folgenden Hausdurchsuchungen wurden stets alle Zimmer durchsucht, da behauptet wurde, dass überall Anarchist:innen wohnen würden, die einerseits zu Gewalt bereit seien und andererseits Eigentum untereinander teilen würden. Dass einige Leute in den Wohnungen zu wohnen schienen, die zuvor nicht als Mitbewohner*innen gelistet waren, hielt sie nicht davor ab auch von diesen Laptops, USB-Sticks, persönliche Briefe etc. zu beschlagnahmen und Schriftproben zu nehmen. Ebenfalls lag ein Durchsuchungsbeschluss für die angebliche Lebensgefährtin eines Betroffenen vor, der allerdings nicht umgesetzt wurde.

Ein Kippenstummel – voilà!

Nachdem die Cops in den Privatwohnungen dutzende Kisten mit Zeugs und allen möglichen Zeitungen, Broschüren; kurz: mit allem anarchistisch erscheinenden Papier davon gebräut waren und in der Druckerei alles mitgenommen hatten, was nicht gerade ein Stuhl oder ein Mülleimer war, also Zehntausende Blatt Blanko-Papier, alle Maschinen, tausende Zeitungen und Bücher; machten sie sich daran insbesondere alle Gegenstände aus der Druckerei nach DNA-Spuren zu analysieren, als ob diese ein geheimes Bombenlabor gewesen wäre. Sie nahmen dutzende und aberdutzende von Proben von Druckern und Maschinen... und fanden schließlich eine bekannte DNA-Spur!

Diese DNA-Spur konnte angeblich „Person 4“ zugeordnet werden, während gleichzeitig ausgeschlossen werden konnte, dass irgendeine andere DNA-Spur von Person 4 ist. Person 4 soll also eine Kippe in der Druckerei geraucht haben... und voilà, Person 4 ist nun auch Teil der kriminellen Vereinigung. Denn Person 4 soll auch Anarchist und polizeibekannt sein. Die lächerliche Anschuldigung eine Kippe in einer Druckerei geraucht zu haben, reichte einem Richter einen Durchsuchungsbeschluss zu bewilligen, der bis jetzt noch nicht durchgesetzt wurde... und in welchem es wieder heißt, dass alle anarchistischen Druckerzeugnisse, persönlichen Schriftstücke, Drucker etc. beschlagnahmt werden sollen. Interessant: Die Cops wollen immer die WLAN-Router beschlagnahmen, um die in diesen gespeicherten MAC-Adressen auszuwerten.

Die Absurdität des Ganzen

Die Polizei hat offensichtlich einen enormen politischen Willen, Räume zu zerschlagen, die von Anarchist*innen frequentiert und genutzt werden, was auch ihr Bedrängen und Einschüchtern des Vermieters der anarchistischen Bibliothek Frevel gezeigt hat, welcher in der Folge den Mietvertrag der Bibliothek gekündigt hat. Das Zusammenspiel von Innenministerium, Verfassungsschutz, Staatsschutz und LKA erwirkt, dass es ausreicht ein*e Anarchist*in zu sein, einem Personenkreis zugeordnet zu werden und Leute angeblich zu kennen, um einer kriminellen Organisation angeschuldigt zu werden. Der bayrische Staat schreckt weder davor zurück, das Bild einer Diktatur zu erzeugen, wenn seine Schergen jegliche anarchistische Publikation und jegliches Druckgerät beschlagnahmen, noch Mafia-mäßig Vermieter einzuschüchtern und bei Nicht-Herausgabe von Mietverträgen mit Hausdurchsuchungen zu drohen. Dem Staat geht es offensichtlich darum die Präsenz anarchistischer Ideen, Räume, Beziehungen und Praktiken zu ersticken. Die juristische Ebene dieses Versuches ist bezeichnend: Die Polizei kann zwischen keiner der inzwischen vier beschuldigten Personen einen tatsächlichen Bezug zum Zündlumpen herzustellen, geschweige denn zu dem Verfassen von Artikeln. Hauptanklage: Die Angeklagten sind Anarchist:innen und kennen sich angeblich. Die Ermittlungslinie, die der Staat daraufhin verfolgt ist die, mit DNA-Spuren-Treffern irgendwelche Indizien zu konstruieren! Er versucht DNA-Spuren von Anarchist:innen auf Druckern oder einzelnen Ausgaben des Zündlumpens oder nur irgendwo in einer Druckerei zu finden und dies dann so darzustellen, als wäre man Teil der Redaktion des Zündlumpens. Dieses absurde Herumkonstruieren reicht der Staatsanwaltschaft und Richterschaft jegliche repressive Maßnahme und jede Durchsuchung und Beschlagnahmung durchzuwinken. Diese Ermittlungstaktik hat Relevanz für die gesamte Bundesrepublik: Wenn es den hier tätigen Cops, Richter*innen und Staatsanwält*innen gelingt, die bloße Anschuldigung, dass eine gefundene DNA-Spur, die einer Zeitung, einem Druckgerät oder irgendeinem Gegenstand in einer Druckerei anhaftete, mit einer betreffenden Person übereinstimmen soll, drauf hinaus laufen zu lassen, dass man betreffende Zeitung angeblich ge-



druckt, verbreitet oder gar die Artikel verfasst hat, dann stellt der Besitz jeder anarchistischen Zeitung ein potentielles Verbrechen dar. Fahrenheit 451 lässt grüßen!

Der Vorstoß das Herausgeben einer Zeitung mit DNA-Spuren begründen zu wollen (wie an Kippenstummeln in einer Druckerei) ist ein repressiver Vorstoß, der uns alle etwas angeht! Der bayrische Staat will nicht nur die Existenz anarchistischer Räume und Publikationen unterdrücken, sondern auch das bloße Besitzen, Lesen und Drucken von anarchistischen Zeitungen.

Diese letzten repressiven Vorstöße in München gehen alle Subversiven, Rebell*innen, Anarchist*innen, Antiautoritären und wilden Herzen etwas an. Denn wenn es ein Verbrechen ist anarchistische Zeitungen zu lesen, dann ist niemand von uns unschuldig!

- Freiheit für die Druckmaschinen und alle Gefangenen weltweit!
- Solidarität und Grüße an alle anderen Betroffenen von 129er Verfahren!

Einige anarchistische Bücherwürmer und Leseratten aus Bavaria

Erneute Razzien gegen Anarchist*innen in München!

Am Donnerstag, den 27. Oktober 2022 razzten die Münchner Bullen wie bereits erwartet erneut zwei Wohnungen. Wieder richteten sich die Razzien gegen Anarchist*innen. Einem von ihnen wird vorgeworfen Mitglied in der bereits bekannten Vereinigung zu sein, die die Bullen rund um das laufende §129-Verfahren gegen Münchner Anarchist*innen konstruieren. Wieder beschlagnahmten die Bullen alles anarchistische und in ihren Augen anarchistisch aussehende Papier. Zum Kontext gibt

es derzeit nicht mehr zu sagen als im bereits am Vortag veröffentlichten Text steht (siehe <https://de.indymedia.org/node/234473>), in dem diese erneute Razzia ja bereits angekündigt wurde. Über weitere Entwicklungen halten wir euch auf dem Laufenden. Wie immer gilt natürlich auch weiterhin: Keine Spekulationen.

ACAB

[HB] Freiheit für Alfredo Cospito und alle anderen Gefangenen

Knastprofiteur*innen SPIE und Dussmann angegriffen

Dokumentation:

Die Welt der Knäste und ihrer Hüter*innen muss zu Grunde gehen, Stein für Stein, Gitterstab für Gitterstab, Auto für Auto. Pünktlich zum ausgerufenen Aktionstag für Alfredo Cospito sind wir zufällig über 3 Wagen von Knastprofiteur*innen gestolpert. Wir haben dieses Stolpern genutzt und sind mit kleinen Dornen in ihren Reifen gelandet, so ein Glück, unsere Herzen tanzten vor Freude! Wie unzählige andere hat Alfredo der

Wunsch nach einer anderen Welt, einer neuen aus der Asche der alten, direkt in Isolationshaft gebracht. Das hier ist für dich, Alfredo. Mögen Aktionen und Worte die Isolation durchbrechen und ihren Weg zu dir und allen anderen Eingesperrten finden.

La lotta continua

Offener Brief an das Solidaritätsbündnis Antifa-Ost

Dieser Prozess läuft jetzt seit einem Jahr und Lina sitzt seit November 2020 in U-Haft. Die BAW versucht eine kriminelle Vereinigung zu konstruieren, obwohl es weder Bekenner*innenschreiben noch sonstige Veröffentlichungen einer angeblichen Struktur gibt. Zu Recht wird dieses Verfahren von vielen als schwerwiegendster Angriff der Repression seit langer Zeit auf uns eingestuft. Der Prozess läuft vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes und die Solistruktur begleitet jeden Prozesstag und veröffentlicht umfangreiche Mitschriften dazu – Danke dafür! . Man muss leider davon ausgehen, dass am Ende dieses Prozesses nicht unbedingt ein Freispruch für alle stehen wird, sondern das Gegenteil. Diesen Eindruck konnte mensch bereits seit langem haben. Seit Juni 2022 hat sich die politische Lage noch einmal verschärft, weil der Mitbeschuldigte im abgetrennten Verfahren, JD, die Seiten gewechselt hat und sich Bullen, BAW, VS und dem Gericht als Kronzeuge zur Verfügung stellt. Seine Aussagen vor Gericht werden ebenfalls von der Solistruktur publiziert.

Wir kennen weder JD, noch die Angeklagten. Wir haben aber seit langer Zeit als interessierte GenossInnen viele Prozesse gegen Leute von uns in verschiedenen Funktionen „begleitet“. Uns sind dabei unterschiedliche Strategien der Angeklagten begegnet, offensive, defensive . . . Wir haben dazu auf keinen Fall eine dogmatische Einstellung, außer dass wir reuevolle Geständnisse immer peinlich, deplaziert und politisch würdelos finden. Jeder Prozess hat seinen speziellen Hintergrund, vor dem die Angeklagten – hoffentlich immer in Diskussion mit ihrem politischen Umfeld – ihre jeweilige Strategie finden und umsetzen. Ratschläge von außerhalb an Angeklagte sind meistens problematisch. Denn diejenigen, die sie geben, sitzen oft lediglich vor ihrem Laptop-Bildschirm und die angeklagten GenossInnen sind in vorderster Reihe – wie hier – mit der BAW und einem Staatsschutzsenat konfrontiert. Deshalb haben wir auch an dieser Stelle von den Angeklagten weder etwas zu fordern, noch sie zu einem bestimmten Verhalten aufzurufen, aber wir möchten unsere Überlegungen dazu äußern. . Dies wollen wir in jedem Fall auf solidarische Art und Weise tun und wir hoffen, dass es uns gelingt und dass dies auch bei an AdressatInnen so empfunden wird.

Wir glauben, dass der Prozess durch die Aussagen von JD eine verschärfte politische Dimension bekommen hat. Dies nicht durch seine Aussagen, wer angeblich wann mit wem was auch immer getan, gesagt oder gelassen haben soll. Der Staatsschutzsenat hatte seine Beweisaufnahme quasi abgeschlossen und wäre zur Verurteilung geschritten – die Aussagen von JD hat er nicht unbedingt gebraucht. Insoweit mögen juristisch die Belastungen von JD gegen die Angeklagten den bisherigen Stand der Beweisaufnahme bestätigen, aber im Endergebnis würde wohl auch ohne seine Aussagen der gleiche Scheiß rauskommen.

Uns geht es um den politischen und auch medial wahrgenommenen Charakter des Prozesses und die „politischen“ Aussagen von JD, seine Angaben zu seiner angeblichen Politisierung, seiner angeblichen Radikalisierung usw. Wie mensch den Prozessmitschriften entnehmen kann, kommt von JD zu allen Fragen des Gerichts hinsichtlich des Werdegangs eines auch ehemals militanten Antifaschisten ein ziemlich hohles Gestammel. Warum mensch dem Staat und seinen Organen bei der Bekämpfung von Nazis nicht vertrauen kann, warum es nötig ist, sich zu organisieren, warum Nazis eine solche Bedrohung darstellen usw.usf. sind Fragen, zu denen Antifaschist*innen umfangreich Stellung nehmen könnten. Hierzu kommt von JD allenfalls dummes Zeug.(<https://www.soli-antifa-ost.org/bericht-vom-60-prozesstag-mittwoch-28-07-2022/> etc.)) Hierbei ist es egal, ob er selbst so dumm und unpolitisch ist bzw. war, wie er tut, ob ihm seine Vergangenheit mittlerweile peinlich ist oder ob er im Auftrag des VS nur unpolitischen Kram von sich gibt. Uns geht es um die Wirkung, die das Gestammel von JD hervorrufen kann. Wir haben die Befürchtung, dass politisch die Delegitimation von (militantem) Antifaschismus von diesem Prozess übrig bleiben könnte . Alle, außer die wenigen, die es besser wissen, bekommen lediglich die Aussagen von JD mit, denen bisher im Prozess nichts angemessenes entgegengesetzt wird. Und es ist ein Unterschied, ob wer auch immer auf Seiten im Internet, etwas dagegensetzt oder ob es eine direkte politische Konfrontation im Gerichtssaal zu den politischen Hintergründen gibt.

Politische Prozessführung gibt es in diesem Land – zumindest seinen westlichen Bestandteilen – spätestens seit der Revolte 1968. Mal sind sie spektakulärer, mal nicht, mal werden sie von interessierter Öffentlichkeit begleitet und häufig nicht. Ein paar Verfahren halten wir für vergleichbar mit dem jetzigen Verfahren in Dresden.

Zum Beispiel den sog. Mackenrode-Prozess in Göttingen 1998. Im Oktober 1991 hatten mehrere Dutzend wenn nicht mehr als einhundert Antifas das FAP-Schulungszentrum in Mackenrode am helllichten Tag militant angegriffen. Unter anderem wurde ein Nazi durch einen Schuss mit einer ZWille ziemlich schwer im Gesicht verletzt. Die politische Staatsanwaltschaft versuchte eine Anklage wegen versuchten Totschlag zu produzieren und zerrte fünf GenossInnen vor das Landgericht Göttingen. Niemand von den Fünfem saß glücklicherweise auch nur einen Tag in U-Haft. Im Prozess sagten eine Reihe von FAP-Kadem als Zeugen aus und bemühten sich redlich, mindestens einen Teil der Angeklagten zu belasten. Nach jeder Vernehmung eines Nazizeugen gaben die Angeklagten abwechselnd eine Erklärung zu den Nazis ab. Wie deren politischer Werdegang war, wo sie sich an Angriffen auf Linke, Migrant*innen etc. beteiligt hatten, in welchen Nazi-Strukturen sie organisiert waren, für welche barbarische Ideologie und welchen praktischen Terror die jeweilige Struktur stand, etc. Über Bande sollte damit vermittelt werden, dass ein Sich-Wehren und auch ein Angriff auf solch gewalttätige Neonazis seine Berechtigung hat. Die GenossInnen kamen durch ihre offensiven Erklärungen ins selbstbestimmte Handeln und konnten eine Stärke in der grundsätzlich unangenehmen Prozess-Situation gewinnen. In diesem Beispiel zeigte sich, dass auch der Gerichtssaal ein politisches Terrain für linke Angeklagte sein konnte.

Ein anderes – nicht so tolles – Beispiel stellt der RZ-Prozess in Berlin Anfang der Nullerjahre dar. Auch dort gab es einen Kronzeugen – Tarek Mousli –, der zur BAW übergelaufen war. Die Verfahrenslage ähnelt dem aktuellen Prozess in Dresden. Beim RZ-Verfahren war allerdings von vornherein klar, dass es einen Kronzeugen gab. An diesem hing alles, andere Beweise gegen die Angeklagten existierten quasi nicht. Die damaligen Angeklagten setzten den Aussagen von Mousli nichts eigenes entgegen, sondern verließen sich völlig auf eine juristische Verteidigung. Viele verstanden damals die Aussagen von Mousli nicht nur als juristisches Mittel, mit deren Hilfe die BAW eine Verurteilung der Angeklagten durchsetzen konnte, sondern auch als einen politischen Angriff. Auch die jetzigen Aussagen von JD verstehen wir als einen politischen Angriff, und deshalb diskutieren wir über Möglichkeiten des Reagierens.

In einem weiteren RZ-Prozess in Frankfurt zur gleichen Zeit versuchte der Kronzeuge Hans-Joachim Klein ehemalige RZ-Mitglieder schwer zu belasten. Der Versuch scheiterte sowohl juristisch wie politisch. Dies lag einzig und allein daran, dass ein anderes früheres RZ-Mitglied (Gerhard Schnepel) auf Antrag der Verteidigung bereit war, über Klein und RZ-Strukturen der 1970er Jahre geschickt auszusagen, ohne dabei Schaden für Beschuldigte oder andere Strukturen anzurichten. So war es möglich, Kleins Denunziationen zu widerlegen. Die BAW kam mit ihrem Versuch, linksradikalen Widerstand zu diskreditieren, nicht durch.

Der politische Angriff ging damals und auch heute weit über die Angeklagten hinaus. Er gilt einer ganzen politischen Bewegung, damals den ProtagonistInnen sowohl des bewaffneten Kampfes als auch der

militanten Aktionen und ihren Unterstützer*innen. Heute wird auf die gesamte antifaschistische Bewegung gezielt und speziell auf den militanten Flügel derselben. Die Soligruppe versucht sehr engagiert, diese Angriffe – die durch die Kriminalisierung lange vor den Aussagen von JD begannen – zurückzuweisen und vertritt explizit politische antifaschistische Inhalte. Dies geschieht in Pressemitteilungen, auf den regelmäßigen Kundgebungen, aber leider im wesentlichen im Netz. Bundesweite Veranstaltungen dazu in vielen Städten mit möglichst viel Publikum? Leider Fehlanzeige. Die interessierte Öffentlichkeit ist leider nur die übliche – eine kleine radikale Minderheit. Dabei wird in der bürgerlichen Presse relativ häufig über den Prozess berichtet – aber Journalist*innen berichten nun mal in erster Linie darüber, was im Gerichtssaal geschieht.

Wenn nicht versucht werden sollte, den Aussagen von JD – und zwar im Prozess – etwas entgegenzusetzen, dann sehen wir die Gefahr, dass die angeklagten GenossInnen nicht nur verurteilt werden, sondern die BAW mit ihrem Versuch durchkommt, antifaschistischen Widerstand zu diskreditieren und zu denunzieren. Dann würde im schlimmsten Fall in der Öffentlichkeit übrig bleiben, dass politisch nicht so bewusste Menschen ein paar Nazis zusammengeschlagen haben. Warum und wieso? Weiß mensch halt leider nicht.

Was könnte denn JD und seinen Aussagen entgegengesetzt werden? Eventuell politische Erklärungen der Angeklagten z.B. dazu, warum antifaschistische Selbstorganisation in diesem Land unabdingbar ist und warum mensch sich nicht auf staatliche Behörden im Kampf gegen rechts verlassen kann. Dazu könnte einiges gesagt werden, ohne dass es zu offensiv wird. Vielleicht würde es den Angeklagten auch danach und dadurch etwas besser gehen, wenn sie zumindest versuchen dem politischen Angriff etwas entgegenzusetzen. Eine andere Perspektive auf Antifaschismus in die Berichterstattung zu bekommen, würde nicht leicht und kein Automatismus sein, aber es bestünde eben eine Chance darauf, wenn Angeklagte politische Erklärungen abgeben würden. Wohl gemerkt: wir haben von den Angeklagten nichts zu fordern. Sie sitzen dort zwar lediglich zu viert vor dem Staatsschutzsenat, aber gemeint sind wir alle und der politische Angriff gilt auch uns allen. Wir verstehen auch, wenn in einer solchen Situation nicht der militanten Widerstand legitimiert und offensiv davon gesprochen wird, dass es gut und richtig ist, Nazis militant anzugreifen. Aber auch unterhalb dieser Schwelle könnte – und wir sind der Meinung /sollte/ – versucht werden, dem Kalkül der BAW zu begegnen. Denn wir glauben nach wie vor an die Möglichkeit der Vermittlung von linker und linksradikaler Politik. Gerade auch im Bereich Antifaschismus und auch im Gericht bestehen Spielräume, Legitimierung oder Anerkennung dieser „Institution“ hin oder her. . . .

Wir denken, es wäre bitter, wenn von diesem Verfahren vor allem im Gedächtnis bliebe: „Vergewaltiger“ „Kronzeuge“ „Verurteilung“. Vielleicht gibt es Möglichkeiten, dass wir alle viel mehr darüber nachdenken, reden und danach handeln, was die Notwendigkeit von (militantem) Antifaschismus heute bedeutet.

Solidarische Grüße

„Hunde-Elend“ – Teil EINS

Mantrailing unglaublich machen

Sie versuchen es einfach immer wieder: Wunderhunde und ihre wunderlichen Wunderhundeführer, wollen noch nach Monaten irgendwelche Geruchsspuren erschnüffelt haben und sollen vor Gericht Verdächtige zu Täter:innen machen. Nicht selten sollen Hund und Hundeführer:innen gar keinen Trail rekonstruieren, sondern lediglich „anschlagen“, wenn ein Verdächtiger so riecht wie ein Spurenlager vom Tatort.

Das Mantrailing mit aufgedreht wedelnden Spürhunden ist eine gleichermaßen spektakuläre wie umstrittene Ermittlungsmethode. Etliche Bundesländer setzen sie im Zuge polizeilicher Untersuchungen ein. In vielen Ländern Europas wird das Treiben der tierischen Spurensucher hingegen äußerst kritisch gesehen. England, Belgien und die Niederlande verzichten völlig auf Mantrailer, weil deren Schnüffelei als unseriös eingeschätzt wird.

Ankläger:innen scheitern immer häufiger vor Gericht, dank engagierter wissenschaftlicher Zweifler:innen, die dem insbesondere in Sachsen beheimateten Bullen-Hokuspokus nicht länger tatenlos zusehen. In Teil EINS unserer Artikelreihe „Hunde-Elend“ geben wir keine Entwarnung was diese Schnüffelpraxis angeht, aber wir tragen einige Momente staatsanwaltlichen Scheiterns zusammen, um sie als Referenzen u.a. für unsere Verteidigung in laufenden und zukünftigen Verfahren nutzbar zu machen. Wir zeichnen zudem grob die Zweifel an der Wunderwauzi-Studie nach, die aktuell das Glaubwürdigkeitsfundament der bundesdeutschen Mantrailer-Forensik darstellt. In Teil ZWEI werden wir auf die praktischen Details des Mantrailings eingehen und wie wir uns bei Aktionen nicht nur gegen DNA-Spuren sondern auch gegen Geruchsspuren schützen.

Wir empfehlen dringend (bei Bedarf) prominente Zweifler wie z.B. den Umweltchemiker Kai-Uwe Goss als Gegengutachter vor Gericht heranzuziehen!

Grünes Gewölbe

Den aktuell prominentesten Fall einer unglaublichen Geruchsspur finden wir im derzeitigen „Remmo-Prozess“. Es geht um den über 100 Millionen Euro schweren Juwelenraub am 25.11.19 im Grünen Gewölbe in Dresden. Auf einer Überwachungskamera im Museum sieht man, wie zwei Unbekannte mehrere Vitrinen einschlagen. Draußen gibt es wenig Spuren, da Minuten zuvor ein Brand an einem zentralen Verteilerkasten für einen Strom- und Internetausfall in der weiteren Umgebung sorgte. Mantrailerhunde der sächsischen Polizei sollen allerdings den Geruch von zwei der sechs Angeklagten des sogenannten „Remmo-Clans“ im Museum wiedererschnüffelt haben - und zwar 18 Monate nach der Tat! Diese Geruchsspur taucht nun als Indiz im aktuell laufenden Verfahren auf und wird von der Staatsanwaltschaft als vermeintlicher Beweis angeführt, dass die beiden Angeklagten wirklich vor Ort waren. Das Gericht zog jedoch Anfang November nach Anhörung eines Gegengutachters das Zwischenfazit, dass es der angeblichen Geruchsspur keine Beweiskraft zumessen werde.

Denn Prof Dr. Kai Uwe Goss (Chemiker am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig) führte dazu aus:

„Das ist unseriös - so lange nach der Tat kann dort kein Geruch mehr nachweisbar sein. Das ist vollkommen trocken dort, d.h. da arbeiten schon lange keine Mikroorganismen mehr. Da ist absolut kein Geruch mehr übrig. Und dementsprechend hat das keine Aussagekraft. (...) Der Geruch entsteht durch Mikroorganismen auf der Haut. Ständig verliert ein Mensch abgestorbene Hautzellen. Auf diesen alten Hautzellen sind immer noch Mikroorganismen und der Geruch wird dann weiterproduziert - noch einige Stunden wahrscheinlich. Und da die Hautschuppen herunterfallen, kann das eine Geruchsspur auf dem Boden ergeben.“

„Wenn die Bedingungen sehr gut sind (z.B. bei einer Spur im Freien), dann kann man das mit einer geringen Erfolgswahrscheinlichkeit nach 24 Stunden noch probieren“ (einen Mantrailer-Hund die Spur erschnüffeln zu lassen. Das rechtfertigt den Einsatz bei vermissten Personen.)

Goss berichtet auch von einem anderen Fall: Da behauptete ein private Mantrailerin eine Monate alte Geruchsspur einer Leiche in einem Auto über eine 16 km lange Autofahrt bis zur Wohnungstür des einzigen Verdächtigen der Polizei verfolgt zu haben. Hinterfragt wurde das Kunststück in diesem Prozess nicht. Goss dazu: „Es ist noch nie nachgewiesen worden, dass die Rekonstruktion einer Autospur geht - weil die Geruchspartikel dazu extrem verdünnt werden und mit andern Gerüchen vermischt werden. Es ist nicht vorstellbar, dass das geht“



Die Tiermedizinerin Andrea von Buddenbrock tummelt sich seit Jahren in der Mantrailer-Szene. Sie hat Aufsätze über ihre Arbeit publiziert. Darin behauptet sie, dass es »für einen gut ausgebildeten Hund keine Herausforderung darstellt«, ältere Geruchsspuren nachzuverfolgen – sogar selbst dann, wenn der Gesuchte »über viele Kilometer« mit einem Fahrzeug transportiert wurde. Ermittlungsbehörden diverser Bundesländer glauben ihr und greifen immer wieder auf ihre Dienste und die anderer privater Hundeführer:innen zurück. Im holsteinischen Erholungsort

Neustadt etwa suchten Anfang März private Mantrailer im Auftrag der Staatsanwaltschaft nach einer Frau, die seit 2018 verschwunden ist.

Doch es regt sich Widerstand gegen die Praxis, für polizeiliche Ermittlungen auf die angeblichen Wunderhunde zurückzugreifen. »Es ist wissenschaftlich nicht haltbar. Man kann nach mehreren Jahren keine Spur verfolgen«, sagt ein hochrangiger Polizeibeamter und Hundeführer, der anonym bleiben möchte, gegenüber dem SPIEGEL. Er hat Einblick in die Arbeit diverser privater Hundeführer bekommen, auch in die Buddenbrocks. Über sie fällt sein Urteil vernichtend aus: »Diese Frau hat überhaupt keine Ahnung von dem, was sie da tut. Das Schlimme ist, dass sie den ganzen Laden in Verruf bringt.« [<https://www.spiegel.de/wissenschaft/was-spuerhunde-wirklich-koennen-und-was-nicht-der-schnueffel-skandal-a-f0b88bde-024f-404f-bb40-6a08541f79bf>]

Wissenschaftlich lässt sich gut erklären, warum es die behaupteten Superschnüffler-Fähigkeiten nicht geben kann. Zwar spüren gut ausgebildete Suchhunde Tote auch noch nach mehr als einem Jahr auf; das liegt aber nur daran, dass die Tiere dabei lediglich einem einzelnen Leitgeruch – dem der Verwesung – folgen müssen. Der individuelle Geruch eines lebenden Menschen hingegen entspreche einem »Bouquet aus einer Vielzahl verschiedener Geruchskomponenten«, sagt Kai-Uwe Goss.

„Es ist die große Gefahr, nicht nur dass Scheinbeweise geschaffen werden, sondern auch dass Ermittlungen in die Irre geleitet werden. Weil man angeblich irgendwelche Spuren hat, die in Wirklichkeit nicht existieren können und man auf diesen Spuren dann weiter ermittelt.“
[Interview in BRISANT, <https://www.mdr.de/brisant/index.html>, 1.11.22]

2021 wurde ein Rentner aus Ulm durch die Spürhunde von Andrea von Buddenbrock belastet. Der Mann wurde beschuldigt, drei Paketbomben verschickt zu haben. Als Indiz führte die Staatsanwaltschaft mehr als 30 Tage alte Geruchsspuren von ihm an, auf die Suchhunde von Hundeführerin Buddenbrock gestoßen seien. Einem Gutachten von Goss folgend, wertete das zuständige Gericht in Heidelberg die Ergebnisse des Hundeeinsatzes allerdings als »aus wissenschaftlicher Sicht nicht plausibel«. Der Angeklagte wurde nach acht Monaten Untersuchungshaft freigesprochen.

SoKo LINX

2019 brannten an mehreren Orten in Sachsen Baufahrzeuge der Firma Hentschke Bau; deren Geschäftsführer ist umstritten: Zur Bundestagswahl 2019 war er einer der größten Einzelspender der AfD und unterstützt in Bautzen Netzwerke der Neuen Rechten inklusive Zeitschriften aus der rechtsextremen bis verschwörungsgläubigen Ecke.

Die Ermittler hatten kaum mehr als anonyme Bekennerschreiben und einen nicht gezündeten Brandsatz. Hentschke Bau hatte den Ermittlungsbehörden jedoch einen Ordner übergeben, in dem politische Gegner und ihre negativen Aussagen über Hentschke Bau fein säuberlich aufgelistet waren. Unter dem Vorwand des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz, wurde bei zwei der gelisteten eine Hausdurchsuchung in Dresden durchgeführt. Bis auf „linke“ Aufkleber wurde nichts gefunden. Trotzdem wurden die „Tatverdächtigen“ mitgenommen und eine Geruchsprobe

genommen. Mit dieser Geruchsprobe wurde ein Spürhund am Tatort eingesetzt, der eine Übereinstimmung gefunden haben will.

Kai-Uwe Goss hatte auch in diesem Fall erfolgreich insistiert, dass die Theorie der Hundespur Unsinn sei. Ein Spürhund kann keine Zellen nach mehr als einer Woche mehr aufnehmen, da der Zerfallsprozess abgeschlossen ist. Im vorliegenden Fall soll der Hund mehr als ein Jahr nach der Tat eine Spur gefunden haben. Gleichwohl wurden die Ermittlungen weitergeführt. Die Verdächtigen waren nach zwei Monaten Untersuchungshaft zwar wieder frei, für die Ermittlungsbehörden galten sie aber immer noch als Hauptverdächtige. Erst zwei Jahre später hat die Generalstaatsanwaltschaft Dresden das Verfahren eingestellt. Ein hinreichender Tatverdacht liegt nicht vor. „Geruchsspuren als alleiniges Indiz“ reichten für eine Verurteilung nicht aus, heißt es im Beschluss. Der vermeintlich „spektakuläre Fahndungserfolg“ der Soko Linx: ein Desaster.

Gesprengte Geldautomaten

2017 schnüffelten sächsische Spürhunde einem Mann hinterher, der in Verdacht stand, mehrere Geldautomaten in Brandenburg gesprengt zu haben. Neben Kai-Uwe Goss war auch der umstrittene Polizeihundeführer Leif Woidtke in dem Verfahren als Sachverständiger gehört worden. Woidtkes Hunde Hermine und Hippie sammelten vermeintlich belastende Indizien gegen den Angeklagten. Im Gutachten von Woidtke heißt es unter anderem zur Performance des Mantrailers /Hippie/: „Hund zeigt permanent Suchverhalten. Das Anlaufen der Fleischerei ist unbedenklich, da Suche fortgesetzt wird.“

Der Argumentation von Woidtke stellten die Richter des Landgerichts Frankfurt (Oder) ein vernichtendes Zeugnis aus: »Dass ein Hund in der Lage sein soll, nach fast einem Jahr noch eine Geruchspur eines Menschen auszuarbeiten, die im Freien ungeschützt der Witterung von nahezu vier vollen Jahreszeiten ausgesetzt war und unmittelbar an einer viel befahrenen Bundesstraße innerörtlich beiderseits entlang derselben führen soll, ist der Kammer nach allem Gesagten schon grundsätzlich nicht mehr nachvollziehbar«, so die Urteilsbegründung. Der Beschuldigte wurde im März 2020 freigesprochen.

Glaubwürdigkeitskrise

Schon einmal hat Goss die Hundetrainer um Woidtke bei einer hanebüchenen Übertreibung ertappt. Im Januar 2018 vermeldete die Polizei Sachsen unter anderem auf Twitter eine scheinbare Sensation: »Können Mantrailer Hunde DNA riechen? Ja sie können!« Goss, der seit Jahrzehnten das Verhalten von Geruchsmolekülen in Luft und Boden erforscht, entlarvte die Erfolgsmeldung als Unsinn. Hundenasen seien in keiner Weise darauf ausgelegt, DNA-Stränge zu sequenzieren.

Doch Woidtke ließ sich davon nicht beirren. In der rechtsmedizinischen Fachzeitschrift »Forensic Science International« (»FSI«) veröffentlichte er neue, scheinbar bahnbrechende Forschungsergebnisse – diese Studie brachte ihm schließlich die Doktorwürde ein. Der Polizeidirektor behauptet darin, nachweisen zu können, dass Mantrailer-Hunde die Geruchspur von Tätern oder Vermissten am Boden des Tatorts wahrnehmen können – und das womöglich noch nach Monaten.

Doch diese vermeintliche Fähigkeit der Suchhunde wird von Fachleuten bezweifelt. Nach Ansicht der polizeilichen Arbeitsgruppe für Personenspürhunde liegt die Obergrenze für erschnüffelbare individuelle Geruchsspuren von Menschen bei rund 36 Stunden. Um einen lebenden Menschen aufzuspüren, müssten Mantrailer eine Vielzahl verschiedener Gerüche erkennen. Diese Geruchsinformationen befinden sich in der Regel auf Hautschuppen, auf denen unzählige Bakterien chemische Stoffe bilden, aus deren Zusammensetzung der spezifische Geruch eines einzelnen Menschen entsteht. Bei trockenem Wetter können solche Spuren schon innerhalb einer Stunde unbrauchbar werden.

Der Verdacht: Proben, bei denen die Hunde falsch lagen, wurden unterschlagen.

In der Studie von Polizeidirektor Woidtke stieß Goss zudem auf eine statistische Ungereimtheit, welche die Aussagekraft der Schnüffelarbeit grundsätzlich in Zweifel zieht. Woidtke hatte 675 Geruchstests mit Spürhunden durchführen lassen. In den Versuchen mussten die Tiere die Fährte eines Menschen aufnehmen, die von einem fiktiven Tatort stammte. Vor jedem Testgang musste der jeweilige Hundeführer aus drei verschiedenen Möglichkeiten eine Geruchsprobe auswählen. Der Zufall entschied: Zwei der Proben, die zur Auswahl standen, stammten von dem Testtatort; die dritte Probe gehörte hingegen zu einer Person, die sich gar nicht am fiktiven Tatort aufgehalten hatte – ein sogenanntes Negativ.

Laut Woidtkes Studie irrten sich die Polizeihunde nur in höchstens fünf Prozent der Fälle, was ein Beweis für die außergewöhnlichen Fähigkeiten der Schnüffler wäre. Doch Goss fiel auf: Nicht bei jedem dritten, sondern angeblich nur bei knapp jedem vierten Schnüffeltest hatten die Hundeführer eine Negativprobe gezogen – ein extrem unwahrscheinlicher Zufall. Die Chance dafür, 158 oder weniger Negativproben zu ziehen, liege, so Goss, bei 1 zu 88 Millionen. Sein Verdacht: Woidtke habe Dutzende Proben, die nicht von dem fiktiven Tatort stammten und bei denen die Hunde dennoch fälschlicherweise die Fährte aufnahmen, einfach unterschlagen. Durch diese Manipulation habe er die Treffsicherheit seiner Hunde künstlich erhöht.



Nachdem Goss der Fachzeitschrift »FSI« seine Bedenken mitgeteilt hatte, forderte die Redaktion von Woidtke und seinen beiden Co-Autoren jenes Datenmaterial zur Analyse an, auf dem die Studie basiert. Woidtke verteidigt sich, er habe »einer unabhängigen Re-Evaluation der Studienergebnisse nie widersprochen, sondern die komplette Datengrundlage der Studie dem FSI zur Veröffentlichung überlassen«. Das wiederum wird jedoch von den Herausgebern der Fachzeitschrift bestritten. Sie warnen nun sogar ausdrücklich vor der Nutzung der Studienergebnisse, »insbesondere in der forensischen Fallarbeit«.

Inzwischen geriet die Hundestudie aus Sachsen auch ins Visier des Ombudsgremiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Deren Vertreter finden, »dass die Universität sich der Sache dringend annehmen sollte«. Tatsächlich wusste die Universität Leipzig bereits vor der Verleihung der akademischen Würde an Woidtke von den wissenschaftlichen Einwänden gegen seine Forschungsarbeit. Der Ombudsmann der Universität kam zwar zu dem Schluss, dass die Studie methodische Mängel aufweise. Doch weder die Fachgutachter noch der Ombudsmann konnten eine absichtliche Täuschung erkennen.

Autor Woidtke behauptet, etwaige Unstimmigkeiten in der Statistik seiner Studie seien vermutlich auf eine misslungene Farbcodierung bei den Geruchsproben zurückzuführen. Gegenüber dem SPIEGEL erklärte er: »Der Verdacht auf Datenmanipulation wurde durch nachträgliche unabhängige statistische Auswertungen widerlegt.«

Diese nachträgliche Auswertung übernahm ein Biometriker der Universität Leipzig, der die statistischen Unstimmigkeiten in Woidtkes Studie untersucht hat. Sein Urteil fällt allerdings deutlich skeptischer aus, als Woidtke dies im Nachhinein offenbar zugeben mag: »Anhand der Daten lässt sich leider nicht klären, warum der Anteil der ausgewählten negativen Proben überzufällig niedrig ist.«

Auf Anfrage des SPIEGEL teilte die Universität Leipzig mit, dass sich ihre Ständige Kommission zur Untersuchung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens erneut mit Woidtkes Forschung beschäftigen wolle. Kritiker Goss reicht das nicht mehr aus: »Wenn es nach der Universität geht, gibt es womöglich nur einen ›Fall Woidtke‹ – aber inzwischen ist die Universität Leipzig selbst zu einem Fall geworden. Und der muss von einem unabhängigen Gremium außerhalb der Universität untersucht werden.«

Wunder-Woidtke ist eigentlich demontiert - aber Sachsen macht einfach weiter:

Seit 2010 werden in Sachsens Polizei Mantrailer ausgebildet. Fünf Tiere sind aktuell im Einsatz - alles Bluthunde. 2014 hat der Bundesarbeitskreis diensthundehaltender Verwaltungen die Länderpolizeien zu einem groß angelegten Versuch gebeten, um die Leistungen der Personenspürhunde an einer vier Wochen alten Spur zu prüfen. Auch vier Tiere aus Sachsen waren dabei. 13 der 41 Hunde liefen am Start gar nicht erst los. Keiner der Mantrailer erreichte das Studienziel.

2020 wurden Sachsens Mantrailer 279 Mal zur Suche von vermissten Personen eingesetzt, 140 Mal in Strafverfahren. Woidtkes Forschung sei nicht Grundlage der Hundeausbildung, teilt das sächsische Innen-

ministerium mit. Gleichwohl dient sie den Beamten als Bezugsrahmen. Eine interne Handreichung zum Einsatz von Personensuchhunden bei Fahrzeugdiebstählen nennt Woidtke als Fachberater, verweist auf seine Publikationen, auch auf die beanstandete Dissertation. Bestätigt sich der Verdacht wissenschaftlichen Fehlverhaltens - müsste dann nicht auch die sächsische Mantrailer-Einheit auf den Prüfstand?

In Sachsen sieht das Innenministerium keinen Grund, an Woidtkes Fähigkeiten und denen der eigenen Spürhunde zu zweifeln: Auf die Frage, ob für die Zukunft eine externe Evaluation angedacht ist, heißt es: „Aufgrund der erfolgreichen Einsätze der sächsischen Personensuchhunde ist eine unabhängige Leistungsprüfung gegenwärtig aus unserer Sicht nicht erforderlich.“

„Too big to fail“ sei mittlerweile ein Grund, warum Polizei und Innenministerium Zweifel am Einsatz der Spürhunde stets mit Vehemenz wegwischten, sagt Enrico Stange. Der Innenpolitiker saß bis 2019 für die Linke im sächsischen Landtag und hat mehr als 30 Anfragen zu den Mantrailern gestellt. Selbst Beamte der Diensthundeschule klagten in der Vergangenheit über nicht nachvollziehbare Ausbildungs- und Prüfmethode. Die Mantrailer-Einheit sei elitär und abgeschottet, heißt es in internen Schreiben. Neben dem Ansinnen, die Suchergebnisse der Hunde beweisfest vor Gericht einzusetzen, gehe es vor allem um Prestige, sagt Stange.

[Bayern] Kamera und Mikro vor Wohnung gefunden

Am Freitag, den 25. November wurde vor einer Wohnung irgendwo in Bayern eine Audio- und Video-Überwachungsinstallation enttarnt. Die Abhörvorrichtung war an einem dort abgestellten Fahrrad entdeckt worden und daran mithilfe einer Werkzeugtasche unter dem Sattel (siehe Symbolbild) installiert. Die Abhörvorrichtung selbst bestand aus einer ca. 12 x 12 x 1,5 cm großen Haupteinheit (siehe technische Details), an die eine Kamera und ein Mikrofon angeschlossen waren, sowie ein ca. 25 x 5 x 4 cm Li-Ionen Akku (16 Ah). Die ganze Installation war derart in der Satteltasche verborgen, sodass diese von außen nicht zu erkennen war. Lediglich die Kamera (max. ca. 1 x 1 x 1 cm mit einem Linsendurchmesser von max. 0,5 cm) wurde über ein winziges Loch an die Außenseite geführt und war auf den Eingang zur entsprechenden Wohnung gerichtet. Mit bloßem Auge war dies jedoch so dennoch unmöglich zu identifizieren.

Wenige Minuten nach Entfernung der Abhörvorrichtung wurde das Fahrrad von den mutmaßlichen Spionen abgeholt. Von der Abhörvorrichtung getätigte Aufnahmen wurden vermutlich mithilfe einer SIM-Karte über das Mobilfunknetz übertragen.

Aufbau und Montage der Abhöreinrichtung am Fahrrad lassen es zumindest als denkbar erscheinen, dass es sich hier um eine spontan einsetzbare Installation handelt, die in dieser Form auch kurzfristig und ohne große Vorlaufzeiten zum Einsatz kommen könnte. Tatsächlich vermarkten zahlreiche Anbieter von Überwachungstechnologie schon seit vielen Jahren entsprechende Installationen für den Einsatz in den Helm-Aufbewahrungsboxen von Motorrollern.

Technische Details:

Li-ion Battery Pack 3.7 V, 60 Wh, 16.0 Ah

Damit ergibt sich selbst bei angenommener permanenter Bild- und Tonübertragung eine Betriebszeit von gut einem bis möglicherweise sogar mehreren Tagen (Abhängig von Qualität und Kompression). Eine Über-



tragung, die entweder nur auf Anforderung und/oder nur bei Bewegung im Blickfeld der Kamera erfolgt könnte mit diesem Akku möglicherweise rein rechnerisch sogar über einen Zeitraum von mehr als einer Woche bis hin zu mehreren Wochen (je nach Aktivität im Beobachtungsfeld) möglich sein.

Haupteinheit

- Anschlüsse/angeschlossene Geräte: Mikrofon, Kamera, Akku, GSM-Antenne
- Steckplatz für SIM-Karte bestückt mit SIM von Telekom.

Die Übertragung der Daten scheint von der Haupteinheit mutmaßlich mithilfe eines Sierra Wireless Modems des Modells EM7565 zu erfolgen. Der GPS-Service des Modems war dabei auf der Platine nicht angeschlossen. Neben einer angesteckten GSM-Antenne steht auch eine intern verbaute 4G-Antenne (antenna SR4L002) zur Verfügung.

Auffällig ist besonders, dass sich der Hersteller der Haupteinheit augenscheinlich nicht durch üblicherweise aufgedruckte Logos zu erkennen geben will. Selbst im Innenleben der Einheit sucht man derlei Kennzeichen vergeblich und sogar einige der verbauten Chips tragen keine Bezeichnungen.

Auch wenn die Haupteinheit eine lokal fest verbaute Speichereinheit besitzt, und über eine micro-USB-Verbindung ausgelesen werden kann, sieht es so aus, als würden Daten möglichst in Echtzeit über das Mobil-

funknetz übertragen werden. Das entsprechende Modul verspricht dabei Upload-Datenraten von bis zu 150 Mbps und arbeitet auf den LTE-Frequenzbändern B1, B2, B3, B4, B5, B7, B8, B9, B12, B13, B18, B19, B20, B26, B28, B29, B30, B32, B41, B42, B43, B46, B48 und B66.

Die Stromversorgung der Haupteinheit scheint vollständig vom angeschlossenen Akku abzuhängen. Eine interne Stromversorgung war nicht feststellbar.

Erklärung zum Brandanschlag auf Transporter der MAT in Kaisariani / Athen

Dokumentation:

Am Donnerstag, den 6. Oktober 2022, haben wir einen Angriff mit Molotov Cocktails auf einen vorbeifahrenden Transportbus der MAT (Bereitschaftspolizei) in Kaisariani durchgeführt. In seiner panischen Flucht rammte der Bulle, der den Transporter fuhr, andere Autos auf der Straße. Wir leben in einer Ära des ständigen und allgemeinen Krieges. Jede Kriegserklärung wird von einer entsprechenden Beschwörung der Krise begleitet. Finanzkrise, Steuerkrise, Gesundheitskrise, Energiekrise, Nahrungsmittelkrise, Klimakrise . . . Dieses spektakuläre Ritual des Staatsapparats ist der Prolog zu jedem alten und modernen Kriegshandbuch: Jede Kriegsoperation setzt die Auferlegung von Disziplin und die Einberufung von Truppen durch die Verbreitung von Angst vor den aktuellen Feinden voraus. Ein permanenter Ausnahmezustand, nach dem wir abhängig zu werden drohen. In einer kollabierenden Welt hält das Dominion mit Zähnen und Klauen an seinem Monopol fest, massenhaft Unsicherheit zu produzieren. Während die von oben heraufbeschworenen Gefahren und Bedrohungen zunehmen, zeigen die nach unten gerichteten Befehle und Kommandos eine klare geometrische Progression. Dies ist die Bilanz der gewaltsamen Umstrukturierung unseres Lebens, des neuen Gesellschaftsvertrags des modernen Totalitarismus.

Oder mit den Worten von Petsas „Anpassung oder Tod“ (1). Die soziale Erfahrung kann diese Worte ohne Umschweife übersetzen. Memorandum oder Bankrott. Masseninhaftierung oder Zusammenbruch des ΕΣΥ (National Health Service). Friedhofsruhe oder Schläge und Geldstrafen. Obligatorische Impfungen oder Entlassungen. Vorbeugende Stromabschaltungen oder allgemeine Stromausfälle. Und die Liste könnte sich bald auf den Schalter für die Glühbirne oder den Kassenzettel im Supermarkt ausdehnen. Das Reich der Angst und der Unsicherheit ist das Taufbecken für die neue Form des Staates und seiner Gewalt. Die moderne kapitalistische Welt bringt nur Polizei hervor. Eine Polizei des Denkens und der Einstellungen, eine Polizei der Normen und der Kultur, eine offene und eine verdeckte Polizei, eine Polizei mit Schutzschilden und automatischen Waffen, eine Polizei zur Bewältigung von Menschenansammlungen und eine Polizei für chirurgische Eingriffe, eine Polizei in den Vororten und in den Stadtzentren, eine Polizei, die Personalausweise, Pässe und Gesundheitszeugnisse verlangt, eine Polizei, die schlägt,

anklagt und exekutiert, eine Polizei, die manchmal einer ideologischen Armee und manchmal einem faschistischen Bataillon gleicht.

Polizei jeder Art, an jedem Ort, an jedem Fleck auf der Landkarte, mit mehreren Zuständigkeiten und ohne Schranken. Die modernen Polizeidoktrinen beschränken sich nicht auf die Unterdrückung von und den Umgang mit Aufständen und Unruhen, die durch die Verschärfung von Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten ausgelöst werden, sondern sie werden allgemein und durch ständige Überwachung, allgegenwärtige Bespitzelung, die Verherrlichung von Bespitzelung und die exemplarische Bestrafung von abweichendem Verhalten, mit „unangemessenen“ und „sinnlosen“ Entscheidungen im sozialen Körper verbreitet. Dies ist genau die so genannte „soziale“ Rolle, die die Polizei ausübt. Sie überträgt die Aufgabe der Polizeiarbeit und der Überwachung auf jeden willigen Partner und Unterstützer der sozialen Ordnung und des Friedens. Die massenhafte Rekrutierung von Bullen erhöht nicht nur die Zahl der Sozialschmarotzer, sondern steigert auch das Selbstbewusstsein der Kannibalen überall und in jeder Gesellschaftsformation. In modernen Kriegsgesellschaften setzt sich der Klassengegensatz nicht von selbst zurück, sondern kocht so laut, dass er bei jedem Riss, den er erzeugt, die unglaublichen Mengen an Gewalt, die er anhäuft, mit Gewalt in seine Fundamente schleudert.

Jeder Klassenkrieg enthält einen Bürgerkrieg und umgekehrt. In Griechenland haben der Aufbau neuer Polizeikräfte (Panthers, O.P.P.I.-Team, O.D.O.S. usw.) (2) und die massive Rekrutierung von uniformiertem Abschaum bereits genügend groteske Exzesse hervorgebracht, die für Satiresendungen und jede Form von linker Opposition nützlich sind. Der Ansturm der polizeilichen Brutalität auf die Gesellschaft und die Umwandlung der Polizei in einen Verwalter aller sozialen Angelegenheiten ist jedoch weder ein Witz noch ein kommunikativer Abschluss. Es ist eine eindeutige Erklärung des anhaltenden Klassenkampfes gegen uns. Die Gesellschaft im Visier, der Widerstand im Fadenkreuz, die Polizeigewalt auf der Tagesordnung. An den Grenzen und auf den Straßen, auf den Plätzen und in den Vierteln, bei Streikblockaden und Studentenkundgebungen, bei kombinierten Interventionen und Gewerkschaftsversammlungen, in den Wohnungen und Fahrzeugen

unserer Genoss*innen und Mitstreiter*innen spucken die Polizei und ihre Attrappen Hass, Verleumdung, Folter und mörderische Gewalt aus. Die Wut der Bullen ist proportional zur Entschlossenheit des Staates. Die Verantwortung liegt sowohl bei dem uniformierten Abschaum als auch bei den Anzugträgern, die sie leiten. Vor allem im Bereich der Universitäten ist das Eindringen der Polizei in die neuen Außenposten der Wirtschaft eine Prestigeschlacht für die „Recht und Ordnung“-Doktrin der Regierung und eine wohlüberlegte Strategie, um den Spannungen vorzubeugen, die in der kommenden Zeit entstehen werden. Wenn sie von Brutstätten der Gesetzlosigkeit sprechen, meinen sie Brutstätten des Kampfes und Laboratorien der Freiheit. Situationen, die sowohl für die privatisierte und intensiverte Zukunft der Universitäten als auch für die neuen Generationen von unterschätzten Telearbeiter*innen feindlich und inakzeptabel sind. Aus diesem Grund weigern wir uns zu glauben, dass all diese Massen von Student*innen und Jugendlichen, die innerhalb und außerhalb der Hochschulen von der Bereitschaftspolizei, ihren Wasserwerfern und ihrem Tränengas verprügelt werden, einfach nur aus kollektiver Sorge um die Anwesenheit der Bullen in den Hochschulen und die Verteidigung des „universitären Asyls“ rebellieren. (3)

Das eigentliche Problem, um das es geht, ist das Schüren oder die Zerschlagung eines neuen langen Zyklus von Kämpfen und Disziplinlosigkeit innerhalb und außerhalb der Schulen. Ein Ereignis, das nicht nur die Physiognomie der griechischen Universitäten beeinflussen wird, sondern auch den Verlauf der kapitalistischen Umstrukturierung insgesamt in den kommenden Jahren. Daher sind Ansätze und Slogans, die diesen Kampf (auch) auf eine Anti-Regierungs-Rhetorik oder auf eine sterile Weigerung der Polizei, die Universitäten zu betreten, reduzieren, während unser ganzes Leben bereits von Bullen umgeben ist, abgenutzt und gefährlich und kultivieren das Verkümmern und den Defätismus in den Kämpfen. Die Bullen sind im ganzen Land unerwünscht und unser Leben ist viel wichtiger als die Parteikarriere einer neuen Generation von Studentenvätern. Wir setzen jedoch nicht auf eine vorübergehende Polarisierung mit den Bullen. Die Strategie revolutionärer Bewegungen kann sich weder auf die Projektion von Opfern noch auf die „demokratischen Grenzen“ des Handelns einer staatlichen Armee stützen. Unsere Rechnungen mit den Bullen sind ständig offen und unsere Konfrontation mit ihnen ist ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen die Welt der Herrschaft.

So tödlich die Strategie des Kampfes ist, die sich in der Konfrontation mit den Bullen erschöpft, so tödlich ist auch die Betrachtungsweise der Polizei als bloßer Haufen von Idioten, Sexisten, Sadisten und nun ja, „Außenseitern“, die . . . besser ausgebildet werden müssen. So sehr wir es leid sind, von ihrer gestörten Psychopathologie zu hören, so sehr sind wir auch von den Papageien der Linken angewidert, die von „Kindern des Volkes“ und „arbeitenden Polizisten“ sprechen. Entweder wir betrachten die Polizei als unseren Klassenfeind und organisieren uns strategisch gegen sie, oder wir schlagen unsere Köpfe vergeblich gegen ihre Schlagstöcke. Unser Ziel ist es, gefürchtet zu werden, nicht sie zu fürchten.

Unser Ziel ist es, jeden Zentimeter des von ihrer Besatzungsarmee kontrollierten Gebiets zu erobern. Unser Ziel ist es, die Straßen mit den Verängstigten und den Gefürchteten, den Enteigneten, den einst Resignierten und den Gleichgültigen zu füllen. Unser Ziel war und ist es, sie zu überwinden. Unsere militante Selbstverteidigung und die Verteidigung

unseres kollektiven Selbst auf der Straße und in jeder Form der Mobilisierung bleibt ein ständiges politisches Anliegen. Aber der soziale Krieg ist nicht eindimensional. Die Linien der Konfrontation können überall gezogen werden, was unsere Dynamik zu einer ständigen asymmetrischen Bedrohung gegenüber einem feindlichen Unterdrückungsapparat macht. Manchmal massiv und konzentriert, manchmal agiler und diffuser, muss die Initiative der Aktion in unsere Hände übergehen, um der Entfaltung ihrer repressiven Pläne einen Riegel vorzuschieben, aber auch um aktiv den Fatalismus unserer Zeit herauszufordern, der leider in der Sphäre der Bewegungen und Kämpfe, die wir um uns herum finden, immer mehr an Boden gewinnt.

Die vielgestaltige direkte Aktion kann eine Reihe von Möglichkeiten der Sabotage und des Konflikts mit dem feindlichen Körper der Polizei hervorbringen. Ihre Armee kartografieren, ihre Soldaten ins Visier nehmen, ihnen die Knochen brechen. Ihre Routen ausnutzen, indem wir sie in einen Hinterhalt locken. Angriffe auf alle Informant*innen und Kollaborateure der Polizei. Unsere Vorstellungskraft und organisatorische Bereitschaft muss von den Herausforderungen der Zukunft befruchtet werden, nicht von den Sackgassen der Vergangenheit. Wir brauchen mehr denn je Pläne und Aktionen, die unsere Theorien konkretisieren. Wir brauchen mehr denn je Taten, die der Ernsthaftigkeit unserer Worte angemessen sind. Wir müssen das Netz der Solidarität mit denjenigen, die ihre Fäuste erheben, weiter spannen und verdichten.

Wir widmen die heutige Aktion gegen den uniformierten Abschaum

- den Schüler*innen, die ihre Schulen gegen die Polizeipräsenz bewachen und ihre Schulen zu Basen des kollektiven Kampfes machen
- den Aktivist*innen, die sich den Polizeiverboten widersetzen und das Öffentliche der Demonstration praktisch und unverhandelbar verteidigen, den Arbeiter*innen von Malamatina SA, die sich gegen die Kräfte von MAT und StreikbrecherInnen wehren und mit ihrem Körper ihren Streik und das Leben ihrer Kolleg*innen schützen
- die vielfältige Welt der Beteiligten, die den Exarchia Platz und den Streif-Hügel gegen die Dampfwalze der Sanierung und Gentrifizierung verteidigen und sich weigern, der Polizeibesetzung nachzugeben
- an die Migrantinnen, die weiterhin die täglichen rassistischen Pogrome im Zentrum Athens erleben, und an diejenigen, die sich gegen ihre Ausweisung aus dem Eleonas-Lager wehren
- an die Jugendlichen in Larissa, die sich gegen einige wenige Bullen für einen kleinen Prozentsatz der Polizeigewalt gewehrt haben, der ihre Altersgenossen auf der ganzen Welt durch Polizeikräfte in aller Welt ausgesetzt sind! (4)
- an den 16-jährigen Radfahrer in Thessaloniki, der von Bullen überfahren und getötet wurde.

Wir senden unsere Solidarität an den Frauenaufstand im Iran und an die Aufstände in aller Welt!

DAMIT DIE ANGST DIE SEITEN WECHSELT ORGANISIERUNG UND ANGRIFFE ZUR VERSCHÄRFUNG DES SOZIALEN KLASSENKAMPFES

Brandstiftendes Komitee (rough translation, source <https://athens.indymedia.org/post/1621106/>)

Anm. d. Übers:

(1) Der stellvertretende Innenminister Stelios Petsas äußerte sich u.a. zu den Heizungsmaßnahmen im kommenden Winter: „Die Schlüsselfrage in diesen Fällen ist die Anpassung. Wer sich nicht anpasst, stirbt.“

(2) - Πάνθηρες, Police Emergency Response Team, auch bekannt als „Panthers“ oder „Black Panthers“, wie sie von den Medien „getauft“ wurden. Sie bestehen aus Bullen, die zum ersten Mal bei Fußpatrouillen mit schwereren Waffen wie der MP5-Maschinenpistole ausgerüstet werden. Die Einheiten werden dort konzentriert, wo es so genannte „Kriminalitätsprobleme“ gibt, mit dem Auftrag zu patrouillieren, Verdächtige zu kontrollieren und generell besonders sichtbar zu sein, um Straftaten zu verhindern und „den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln.“ University Protection Teams (O.P.P.I.), die neuen Universitätspolizisten. - Ο.Δ.Ο.Σ Ομάδα Διαχείρισης Οργάνωσης Συγκεντρώσεων, O.D.O.S. Assem-

bly Organisation Management Team, eine neue, „sanftere“ Polizeieinheit, die dafür zuständig ist, auf der Straße festzulegen, wie viele Fahrspuren von den Demonstranten besetzt werden können, und die mit den Verantwortlichen der einzelnen Demonstrationen in Kontakt steht.

(3) Universitäres Asyl, das 1982 zum Schutz der Gedanken- und Meinungsfreiheit an den Universitäten eingeführt wurde, als die Erinnerungen an die repressive Militärdiktatur Griechenlands in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren noch frisch waren. Die Vorschriften sahen vor, dass Bullen ohne Erlaubnis der Rektoren Universitätsgelände nicht betreten durften, und garantierten den Studierenden Schutz vor Verhaftung oder staatlicher Brutalität. (4) Ein Vorfall, bei dem eine gewaltsame Verhaftung durch eine Polizeistreife zu einer Schlägerei zwischen den Menschen auf einem Platz führte, die genug von der Polizeigewalt hatten. Zwei Polizisten erlitten Knochenbrüche, nachdem sie verprügelt worden waren. <https://www.youtube.com/watch?v=f98sjvlqeQk>

All my friends are bad kids!

Über ein (mittlerweile eingestelltes) §129-Verfahren gegen Anarchist:innen in Hamburg und Bremen

Im Folgenden wollen wir euch über ein Verfahren nach §129 in Hamburg und Bremen informieren, den kollektiven Umgang damit beschreiben sowie individuellen Stimmen betroffener Menschen Platz geben.

Im Sommer öffneten einige Menschen in Hamburg und Bremen ihre Briefkästen und da waren sie wieder: Briefe vom Oberstaatsanwalt Schakau der Generalstaatsanwaltschaft in Hamburg. Vom 26.05.2020 bis 25.07.2022 haben Ermittlungen verschiedener Behörden in einem §129-Verfahren gegen Anarchist:innen in Hamburg und Bremen stattgefunden. Es ging um ein Vereinigungs-Konstrukt, dem direkte Aktionen, hauptsächlich in Hamburg, über einen längeren Zeitraum zugeordnet werden sollten. Drei der fünf Menschen gegen die die Ermittlungen hauptsächlich gerichtet waren, wurden bereits 2020 im sogenannten Parkbank-Verfahren verurteilt und waren die drei offiziell Beschuldigten in diesem Verfahren. Im Rahmen der Ermittlungen wurden zwei weitere Menschen als potenzielle Mitglieder der konstruierten Vereinigung ausgewählt, gegen die ähnlich ermittelt wurde. Alles fängt (für uns) mit einem Bericht des BKA an die Generalbundesanwaltschaft an, in dem ein Verfahren nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) gegen die drei Beschuldigten angeregt wird. Dieses wird jedoch von der Generalbundesanwältin Geilhorn abgelehnt, ebenso wie ein Verfahren nach §129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) auf Bundesebene. Einen Tag später beginnt ein Verfahren nach §129 in Hamburg, geführt von Oberstaatsanwalt Schakau. Im Zuge dieser Ermittlungen werden gegen alle fünf der Mitgliedschaft Verdächtigten Maßnahmen eingeleitet; diese laufen von Anfang Mai bis Anfang August 2021 und beinhalten Observationen mit Foto- und Videoaufnahmen, Telekommunikationsüberwachung (abhören von Telefon-Gesprächen und Mitlesen von SMS), den Einsatz von IMSI-Catchern und stillen SMS sowie Internet-Überwachung (vor allem das Auslesen aller bekannten und erreichbaren E-Mail-Postfächer). Im Zuge dessen wurden ein großer Teil der Umfelder

der fünf Beschuldigten durchleuchtet und eine große Zahl an Personen war von fast allen Maßnahmen mitbetroffen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass es mindestens zwei Personen gab, die nicht als (potenzielle) Mitglieder konstruiert wurden, deren Telefone mit hanebüchene Erklärungen separat abgehört wurden. Auch zu erwähnen ist, dass die Observationen und Abhörmaßnahmen bundeslandübergreifend (Hamburg, Bremen, Berlin, Bayern und Sachsen) und in mehreren Fällen per Amtshilfe auch im europäischen Ausland (Österreich, Belgien und Spanien) stattfanden. Letztendlich wird das Verfahren am 25.07.2022 eingestellt, offiziell wegen Mangel an Beweisen. „Offiziell“, weil natürlich - wie wir wissen - parallel auch nach anderen Paragraphen Überwachungen gegen einige Beschuldigte stattgefunden haben, auch unter dem Vorzeichen polizeilicher „Gefahrenabwehr“. Eine detailliertere Aufarbeitung der Ermittlungen im Sinne von „Akten für Alle“ wird es an anderer Stelle und zu späterer Zeit geben.

Dieses Verfahren und die Ermittlungen richten sich - wie auch die der letzten Jahre - gegen die Praxis der direkten Aktion, gegen revolutionäre Ideen und hier speziell gegen unsere solidarischen und liebevollen Beziehungen. Sie stellen einen Angriff gegen weit mehr als nur die offiziell Beschuldigten oder Verdächtigten dar. Wir haben uns deswegen dazu entschieden einen möglichst kollektiven und transparenten Umgang damit zu suchen. So haben wir die Akten, bevor wir sie selbst gelesen haben, von einer weiteren, in unserem direkten sozialen Umfeld weniger verwurzelten Person lesen lassen um einen sensiblen Umgang mit den darin befindlichen persönlichen Daten und abgehörten Gesprächen zu finden. Auch haben wir ein kollektives Treffen vieler in der Akte von Maßnahmen Betroffener organisiert um einen kollektiven Moment des Austausches und der Stärke zu schaffen.

Im Folgenden wollen wir einige Stimmen zu Wort kommen lassen, denn die Betroffenheit eines so großen An- und Eingriffs in unserer Leben ist nicht homogen und trifft Menschen in verschiedensten Momenten und auf verschiedene Arten und Weisen:

„Es ist eine enorm bestärkende Erfahrung, sich im Angesicht eines solchen schamlosen Angriffs und Eingriffs in unser aller Intimsphäre bewusst und kämpferisch zu unseren Beziehungen zu bekennen – so entsteht ein Raum, in dem unsere Angst und Verunsicherung Platz finden kann und niemand alleine bleibt – aus dem heraus dann aber auch unsere Wut und unser Trotz Ausdruck finden. Unsere Beziehungen zu verteidigen heißt unsere Kämpfe zu verteidigen!“

„Wenn Repression, Verfolgungswahn und das Rumgeschnüffel von den Bullen über Jahre Teil des Alltags sind, erscheint es mir umso wichtiger, gemeinsame Momente und Räume zu schaffen um sich darüber auszutauschen und zu empören. Ich will mich damit weder abfinden noch will ich in Bezug auf die Eingriffe in mein Privates und die damit ausgelösten Ängste abstumpfen. Sich gemeinsam und auch öffentlich dazu zu positionieren wirkt den Gefühlen die die Schweine damit auslösen wollen entgegen!“ „Die Verletzung des eigenen Sicherheitsgefühls und der eigenen Privatsphäre, die mit der Überwachung von uns einhergeht, hat bei mir immer wieder Ausdruck in ganz verschiedenen Gefühlen gefunden: in Ohnmacht, Wut und natürlich in Paranoia oder Lähmung. Mit diesen verschiedenen Gefühlszuständen immer wieder einen individuellen und kollektiven Umgang zu finden ist scheiße anstrengend. Jedoch zu wissen, dass das was die Bullen erreichen wollen – unsere Beziehungen und Kämpfe angreifen, Ängste auslösen die eine Distanzierung zueinander verursachen – das sie das nicht erreichen können, ist ein wunderbare Sache die es mir erlaubt auch einen ganz anderen Ausdruck zu finden: in Solidarität, Freund*innenschaft und der Überzeugung für unsere Ideen!“

„Es überrascht mich nicht. Es ist ekelhaft, absurd, lachhaft; nichts anderes hab ich von ihnen erwartet. Welche SMSen haben wir uns geschrieben, wer hat sich am Telefon darüber unterhalten, dass du mich besuchen kommst. Das alles nachzulesen von Menschen, die das sowas von nichts angeht. Und trotzdem: Was da alles nicht steht, was sie nicht verstehen und nie verstehen werden, weil es so fernab ihrer Lebensrealitäten ist. Wir wissen immer noch am besten was uns mit wem wie stark verbindet, was wir wo wann warum getan haben, wofür wir brennen – egal wieviele TKÜs und Observationen sie durchführen. Die Verunsicherung und Vereinzelung nicht gewinnen lassen. Es tut gut, euch zu sehen. Ob das schlau ist? Anerkennen, dass wir uns in dieser Realität diese Fragen stellen müssen, wissend, dass es keine eindeutig richtigen oder falschen Antworten darin gibt. Nur unterschiedliche Entscheidungen. Diese Entscheidung fühlt sich richtig an. Ich blicke in eure Gesichter, tausche Blicke, ein Lachen, und bin mir sicher: Wir sind da. Zusammen.“

„Der Bulle in meinem Kopf bestimmt durch die Grenzüberschreitung meine Gedanken. Überwacht zu werden ist eine schmerzhaft Erfahrung. Ohnmacht, Angst, Unsicherheit, Zweifel ... all das macht das mit mir. In diesem Strudel erstmal zu sein und alles zu hinterfragen kann einen schon aus der Bahn werfen. Mein Selbstbild ist erschüttert! Kämpferisch und mit Wut im Bäuchlein gegenüber diesen Verhältnissen, die uns kaputt machen sollen. Nein, ich fühle mich klein und mein Selbstbewusstsein ist fast nicht vorhanden. Gläsernd gemacht zu werden hinterlässt im ersten Moment ein ekliges Gefühl. Private Dinge, die nur mich was angehen werden sich maßlos angeguckt. Die Selbstbestimmung über mein Leben wird einfach gebrochen. Aber, auch wenn es weh tut bin ich auch froh nicht abgestumpft zu sein. Sondern seinen Gefühlen bewusst zu werden und dies auch zu teilen. Und so wird nach einer Weile die Angst die ich spüre und bemerke die Seite wechseln, weil ein kollektiver Umgang damit einem:r nur Lebensenergie geben kann.“

„Ich bin (wir sind) über die Schamlosigkeit nicht erstaunt, aber davon doch sehr angeekelt.“ „Und dann macht es doch einen Unterschied: Schwarz auf weiß zu lesen, was ich in Sms geschrieben habe. Mich auf Fotos zu sehen. Kategorisiert und kommentiert zu werden. Diese Schweine! In mir ist immer wieder Unruhe, Angst und Unsicherheit. Viele der Gefühle überwältigen mich und es ist manchmal schwer, mich wieder einzukriegen. Nachts wache ich auf, fühle mich allein und hab einfach Schiss. Und manchmal will ich mich aber auch nicht inkriegen oder unter Kontrolle bekommen! Meine Wut zu spüren gibt mir Kraft! Durch die Sorge um uns alle, spüre ich um so mehr den Wert des Vertrauens untereinander. Mir meiner liebevollen Beziehungen bewusst zu werden, stärkt mich. Mich eben nicht isolieren oder vereinzeln zu lassen, sondern mehr zusammen zu kommen, sich gegenseitig zuzumuten und sich auszutauschen, gibt mir Zuversicht.“

„Bei aller Wut auf die Cops, weil sie denken, dass sie uns ausspionieren und alles durchleuchten können – aber statt uns einzuschüchtern und zu brechen, stärken sie nur unser Vertrauen ineinander und das Wissen darum, dass es so vieles gibt, dass sie niemals rauskriegen und erfahren werden.“

Aktuell gibt es wieder viele Verfahren nach §129, §129a sowie die eigentlich immer laufenden Verfahren nach §129b gegen revolutionäre Strukturen und Individuen. An dieser Stelle auch noch ein solidarischer Gruß an alle von solchen Ermittlungen Betroffenen, die sich solidarisch verhalten! Freiheit und Glück!

Von den Maßnahmen betroffene Freund:innen und Mitstreiter:innen

Chronik 01.09.: In Berlin werden pünktlich zum Antikriegstag umgebastelte Plakate der aktuellen Werbekampagne der Bundeswehr aufgehängt. In den veränderten Postern der Aktivist*innen erklären die abgebildeten Soldat*innen, warum sie desertieren und somit aus der Bundeswehr eine Bundesleer machen. **01.09.:** In Berlin werden auf der Strecke der U1 Automaten zugeklebt. Ein Schritt Richtung kostenloser ÖPNV. **03.09.:** Auf dem Stuttgarter Killesberg wird der AfD-Politiker Dirk Spaniel besucht: Sein Auto wird tiefergelegt und seine Fassade bekommt einen neuen Anstrich. **03.09.:** In Leverkusen wird die Kanzlei der Neonazi-Anwält*innen Markus Beisicht und Ariane Meise mit Farbe angegriffen. **05.09.:** Die Bahnstrecke zwischen der Raffinerie Schwedt und Berlin wird mittels Brandsätzen in Kabelschächten sabotiert. Rettet das Klima – sabotiert die Kriegswirtschaft! **05.09.:** In Berlin werden diverse Fahrscheinautomaten an S-Bahn-

Autonomie und Solidarität

Anarchistische Kritik an Wissenschaft(en) und staatlichen Narrativen in der Corona-Pandemie

Noch vor Jahren zählte es zu den Selbstverständlichkeiten von Linken, die Abhängigkeiten der Wissenschaften, staatliche Narrative und die Rollen von Wirtschaft und Industrie zu hinterfragen. Seit der Corona-Pandemie steht dort aber für weite Teile der linken Szene scheinbar ein großes STOP-Schild. Kritik an den Corona-Maßnahmen ist zwar bis zu einem bestimmten Grad vertretbar, aber das Hinterfragen von staatlichen Narrativen und von staatlich angestellten bzw. von Forschungsgeldern und privaten Geldgebern abhängigen Akteur*innen aus Kreisen der Wissenschaften, soll bloß nicht zu weit gehen, ohne Empörung und Kontroversen auszulösen. Kritik an Autorität ist nach wie vor opportun, aber bitte nicht solche an epidemiologischen Narrativen, welche der Staat für seine Autorität ausnutzt. Statt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit verschiedenen, seriösen Positionen und Kritikpunkten zu suchen, wurde oftmals mit beliebigen politischen Kampfwörtern wie „Schwurbler*in“ oder „Querdenker*in“ um sich geworfen. Wir haben den Eindruck, ein Großteil will sich auch gar nicht bestimmten Fragen stellen, da diese dann kognitive Dissonanz auslösen könnten. Erstaunlich ist, wie sehr nicht wenige radikale Linke plötzlich doch ihre Prinzipien so stark umgekrempelt haben.

Wir allerdings möchten uns gegen die (selbstaufgelegte) Tabuisierung von Kritik an staatlichen Narrativen stellen. Stattdessen möchten wir eine Diskussion in Bezug auf die Thematik befördern, wie sie in der radikalen Linken bisher nicht stattgefunden hat. . .

Dem Staat geht es nicht um unsere Gesundheit!

Grundsätzlich ist aus anarchistischer Perspektive jede Autorität zu hinterfragen!

Der Staat ist nicht unser Freund, nicht unser Verbündeter und schon gar nicht ausreichend an unserem Gesundheitsschutz interessiert. In der Corona-Krise zeigte sich das z.B. bisher besonders deutlich an Maßnahmen, wie dass nicht-digitale Impfnachweise in manchen Bereichen für ungültig erklärt wurden. Aber auch die Untätigkeit, das im Vorfeld seit Jahren zerstörte Gesundheitswesen insgesamt zu stärken, spricht Bände. Auch die Verkürzung des Genesenenstatus ist medizinisch nicht begründbar [0] und stattdessen ein Beispiel für willkürliche und/oder unwissenschaftliche und inkonsequente Vorgehensweisen des Staates. Das Maßnahmenchaos ähnelt, wie Karl-Heinz-Roth konstatierte, einem Schrotschuss, einer Repression ohne roten Faden und eindeutigen Sinn.

„Die Wissenschaft?“

Große Schlagzeilen, die die Aussagen von Einzelpersonen aufgreifen, sind noch nicht zwangsläufig ein „wissenschaftlicher Konsens“. So spricht sich beispielsweise eine bemerkenswerte Anzahl von Schulmediziner*innen auf der Welt klar gegen Kontaktbeschränkungen wie Lockdowns aus [1]. Statt sich rational mit ihren Argumenten und denen ihrer Gegenposition auseinanderzusetzen, erlebten wir, wie sie stattdessen auf einmal in gute und schlechte Wissenschaftler*innen unterteilt wurden und ein wissenschaftlich fundierter Konsens nicht gefunden, sondern nur behauptet wurde – je nachdem, welche Meinung vertreten wurde. Dies entbehrt in der Regel jeglicher Logik. Einen zweifelsfreien wissenschaftlichen Konsens zum Thema Lockdown-Notwendigkeit gibt es beispielsweise gar nicht.

Die Meinung von einzelnen Wissenschaftler*innen kann niemals als absolute Wahrheit und pure Objektivität betrachtet werden, schon gar nicht, wenn diese vom Staat bezahlt werden oder es sich bei ihnen um Kapitalismusgewinner*innen handelt. „Ich bin ja gegen den Staat, aber für die Wissenschaft“, so das Statement einiger deutschsprachiger Anarchist*innen in der Krise. Das wundert uns sehr, war es doch längst vor der Pandemie kein Geheimnis unter Linken, dass Wissenschaftler*innen im herrschenden System meist nur dann überhaupt erfolgreich werden konnten, wenn sie Ergebnisse liefern konnten, die Geld einbringen. Menschen, die jemals im wissenschaftlichen Betrieb tätig waren, wissen wohl selbst zur Genüge, wie sehr die Wahl eines Forschungsthemas von Drittmitteln abhängig ist, die vom Staat erst bewilligt werden müssen [2]. Warum also sollten wir dann überhaupt so strikt zwischen dem Staat und der staatlich akzeptierten Wissensproduktion unterscheiden, als wären sie Gegensätze?

Für uns stellt sich auch die Frage, warum es fast exklusiv Virolog*innen, Physiker*innen und bestimmte andere Naturwissenschaftler*innen waren, die sich z.B. in den staatlichen Beratungsrunden mit dem Themenkomplex der Pandemie befassten und die Rolle von Autoritäten einnahmen, während Gesellschafts- und Geisteswissenschaftler*innen oder gar Krankenhauspersonal und deren Erfahrungen kaum bis gar keine Beachtung fanden. Nur eine bestimmte, äußerst eingegrenzte Auswahl an Wissenschaftler*innen konnte somit in die Position geraten, Narrative aus ihrer Perspektive vorzugeben und dadurch als Autoritäten von politischen Entscheider*innen und Medien wahrgenommen zu werden. Und das, obwohl es dabei auch um Maßnahmen ging, die ihren eigenen Expertisen gar nicht notwendigerweise entsprachen

höfen sabotiert. Die Displays werden mit Hämmern zerstört und Botschaften mit der Forderung nach kostenfreiem ÖPNV hinterlassen. 05.09.: In Berlin wird ein Fahrzeug der griechischen Botschaft angezündet – ein Zeichen der Solidarität mit allen widerständigen Nachbar*innenschaften in Athen. 08.09.: Vier verbrannte Mercedes und eine zerstörte Fassade sind das Ergebnis eines Anschlags auf ein Mercedes-Händler in Athen. „Mercedes ist der weltweit älteste Fahrzeughersteller. Vom ersten Moment an war die Produktion von Autos eine Katastrophe für den Planeten. Ein großer Anteil der Weltölförderung wird für den Betrieb von Autos benutzt. Deren Herstellung vergiftet Wasser und Luft und zerstört große Gebiete der Natur.“ 09.09.: In der ZAD Rheinland wird im Strabag- bzw. RWE-Lager u.a. ein Bagger mit Bitumen fahruntauglich gemacht. 14.09.: 0€-Ticket jetzt! In Leipzig werden Ticketautomaten unbrauchbar gemacht. 16.09.: In

und deren mutmaßliche Erfolge und Folgen die gesamte Gesellschaft betreffen, wie bei der gefragten Mitwirkung und bei Kollateralschäden. Doch in der herrschenden Politik, vielen Medien und eben auch in vielen linken Kreisen wurde diese sehr selektive Auswahl an Akteur*innen und ihre Ansätze, Methoden und Perspektiven als nichts geringeres als „die Wissenschaft“ bezeichnet und damit als quasi alleinig gültige Erkenntnisquelle und Position zu einer Autorität erhoben. Dabei gibt es gar nicht „die eine Wissenschaft“, sondern viele verschiedene Wissenschaften und innerhalb dieser jeweiligen Wissenschaften natürlich auch nochmals unterschiedliche Ansätze von Wissenschaftler*innen, die sich untereinander stark widersprechen können.

Autoritätsanspruch der Wissenschaft

Generell ist es angezeigt, jegliche Erkenntnis zu hinterfragen, da ein wissenschaftliches Objekt kaum vom (Wissenschafts-)Subjekt oder der Gesellschaft zu trennen ist. Das bedeutet, dass in jede Forschungstätigkeit auch Voreinstellungen der Wissenschaftler*innen u.a. aufgrund ihres sozialen Standorts einfließen. Migrant*innen oder Menschen nicht-privilegierter sozialer Herkunft etwa sind auf den einflussreichsten Positionen des Wissenschaftsbetriebes seltener zu finden, stattdessen vornehmlich Akademiker*innenkinder [3]. Auch Einstellungen und Vorwissen, welche in unserer Gesellschaft als akzeptiert gelten, prägen Forschung. Diese müssen jedoch nicht für alle Gesellschaften gelten. So oder so hat das Bild einer objektiven, wertneutralen, allwissenden Wissenschaft, welches heutzutage viele Linke vertreten, eher religiöse als wissenschaftliche Züge. Wissenschaft heißt, Gegenargumente einzu-beziehen und zu widerlegen versuchen; eine „Wissenschaft“, welche nur die eine richtige Position kennt (gleich ob sie nun wirklich intersubjektiv richtig ist), ist nicht nur unwissenschaftlich, sondern auch gefährlich, weil sie den Grundstein für alle autoritären und totalitären Ideologien legt.

Damit wollen wir nicht behaupten, dass alle Wissenschaftler*innen korrumpiert sind. Ebenso wenig haben wir am Streben nach Erkenntnis auszusetzen. Im Gegenteil: Auch wir wollen unsere Welt bestmöglich verstehen. Das heißt desweiteren nicht, dass der wissenschaftliche Konsens für uns keinen Stellenwert hat, und schon gar nicht für eine pauschale Ablehnung einzelner Wissenschaftler*innen. Vielmehr stehen wir ein für einen wissenschaftlichen Diskurs, bei dem alle Wissenschaftler*innen aus allen Wissenschaften zu Wort kommen. Es geht uns darum, den objektiven Anspruch „der Wissenschaft“ und die Nicht-Hinterfragbarkeit einzelner Wissenschaftler*innen und einzelner Wissenschaften sowie die staatlich-gesellschaftliche Institutionalisierung, welche großen Einfluss auf diese haben, zu hinterfragen.

Anarchismus und Autorität

Generell finden wir es sehr befremdlich, welche Grundannahmen einige sich als Anarchist*innen bezeichnende Menschen bei der Verteidigung staatlich repressiver Maßnahmen (hierbei sprechen wir nicht von echtem Gesundheitsschutz!) augenscheinlich haben. Denkt ihr wirklich, dass Maßnahmen – also staatliche Zwangseingriffe – zu besseren Ergebnissen führen können als Mutualismus und Eigenverantwortung? Wie genau stellt ihr euch denn den Ablauf einer Pandemie oder einer ähnlichen Krise in einer anarchistischen Gesellschaft vor? Wenn die Menschen alle derart unverantwortlich sein sollen und nur staatliche Repression zu „Solidarität“ führen kann, was genau bleibt dann von eurem Anarchismus übrig? Klar, ohne kapitalistische Herrschaft würden sicherlich weniger Krisen aufkommen. Aber auch kein Anarchismus kann Naturkatastrophen verhindern. Wenn ihr bei jeder Krise wie in dieser Krise dann doch nach einem starken Staat schreit, seid ihr vielleicht einfach keine Anarchist*innen – zumindest nicht der Praxis.

Tabuisierung ist nicht anarchistisch

Zum Anarchismus zählte schon immer das kritische Hinterfragen. Und zum Selbstverständnis von Anarchist*innen gehörte es stets, Mehrheitsmeinungen, staatliche Narrative und Autoritäten anzugreifen bzw. herauszufordern.

Warum aber wollen viele Linke sich nicht mit diesen Themen auseinandersetzen? Warum wird auf Argumente nicht eingegangen, und warum werden so schnell und oft lieber politische Kampfbegriffe zur Diffamierung verwendet, anstatt sich einmal (offizielle) Statistiken anzusehen? Woher kommt das große Vertrauen von so vielen Linken in den Staat, seine Vertreter*innen und seine Narrative? Warum wird jede Kritik an der Sinnhaftigkeit der Maßnahmen und der Narrative so pauschal und vehement von ihnen abgelehnt und tabuisiert? Warum wird Kritik an der staatlichen Autorität nicht ernst genommen?

Wir wollen ganz ausdrücklich dazu aufrufen, diese Tabuisierungen zu durchbrechen. Wir fordern auf, darüber nachzudenken und sich ehrlich und argumentativ mit der Kritik und denjenigen Genoss*innen, welche diese vortragen, auseinanderzusetzen. Staatskritische Theorien dürfen kein Tabu sein. Wissenschaftskritik darf kein Tabu sein. Antiautorität darf kein Tabu sein! Zumindest nicht für eine Linke, die das herrschende System ablehnt.

Warum mit Epidemiologie beschäftigen?

Warum sollten wir uns damit überhaupt beschäftigen? Wir sind doch keine Epidemiolog*innen, sondern in erster Linie an Politik interessiert?

Leipzig wird ein Polizeikommissariat mit Steinen und Bitumenflaschen angegriffen - Rache für Mord, Abschiebung und Durchsuchung. 19.09.: Die „Unfreiwillige Feuerwehr“ blockiert das Kohlekraftwerk Jänschwalde. 22.09.: In der Nacht wird das türkische Konsulat in München besucht – mitgebracht wird eine Menge Wut und ein paar bunte Geschenke in den Farben Rojavas. 23.09.: Die Aktionsgruppe LIDUS („Lukaschenko ist doof und stinkt“) führt im Umfeld der belarussischen Botschaft in Berlin eine Adbusting-Aktion durch. Solidarität mit Kriegsdienstverweigerern aus Belarus. 28.09.: In Schordorf wird der AfD-Politiker Lars Haise in seiner Nachbar*innenschaft geoutet. Sein Briefkasten wird mit Bauschaum gefüllt. 29.09.: In Berlin gibt es Adbusting gegen das iranische Mullah-Regime: Kampf dem Patriarchat! Kampf dem Islamismus! Tod der islamischen Republik! ?? .09.: Ende September wird in Berlin ein mit Flüssigbitumen und Buttersäure

Ja, das mag stimmen. Jedoch geht es hierbei nicht nur um die wissenschaftliche Disziplin Epidemiologie als solche, sondern auch um deren Praxis im politischen Kontext. Wie gefährlich Corona am Ende ist, wie gut welche Impfstoffe schützen oder wie sinnvoll welche Repression war – es würde unsere Grundthesen, dass staatliche Autorität abzulehnen ist, oder dass das Recht auf körperliche Selbstbestimmung nicht anzutasten ist, nicht beeinflussen.

Es geht hierbei aber um eine prinzipielle Frage: Können wir staatlichen Narrativen vertrauen? Wir finden, nicht nur staatliche Repression an sich ist zu hinterfragen, sondern auch die Legitimationen und Begründungen dieser Repression. Dass der Staat ein Interesse an Autoritarisierung in Krisenzeiten hat, ist nicht Neues. Für unsere Zeit bedeutet dies, dass der Staat alles daran setzt, seine Autoritarisierung zu legitimieren. Genau diese Legitimation, also der staatlich verordneten Maßnahmen und Pflichten, wollen wir durchleuchten.

Von staatlicher Seite lassen sich einige Grundnarrative vernehmen. Es handelt sich dabei um jene Narrative, die Politiker*innen fast ausschließlich teilen, und die deswegen auch medial verbreitet werden. Während wir den Narrativen, dass Covid-19 eine schlimme und gefährliche Krankheit sein kann und Impfstoffe schwere Verläufe verhindern können, zustimmen, weil diese nicht oder nicht ausschließlich zur Legitimation der Autoritarisierung benutzt werden, lehnen wir die folgenden Narrative aus unten stehenden Gründen ab:

1. „Nur durch Kontaktbeschränkungen können Infektionszahlen gesenkt werden.“
2. „Die Maßnahmen, v.a. Lockdowns, sind alternativlos (irgendwas müssen wir doch tun).“
3. „Maßnahmen sind das beste Mittel zur Verminderung der Überlastung der Krankenhäuser.“
4. „Inzidenzen sind grundlegend.“
5. „Coronaviren treffen uns alle gleich.“

Zu 1.) Kontaktbeschränkungen senken Infektionszahlen

Kontaktbeschränkungen sind nicht primär zur Verhinderung von Fällen (damit auch Todesfällen) geeignet, sondern lediglich zur Verschiebung dieser bzw. zur Verhinderung von Kapazitätsüberlastungen („Flatten The Curve“), da eine verhinderte Infektion bei abgeschlossenen Impfungen auch eine Immunantwort verhindert und man sich schlichtweg später ansteckt [4]. An den Beispielen Portugal und Großbritannien lässt sich dies sehr gut zeigen [5]. Beide Länder gingen 2021 in einen strengen Lockdown. Dieser funktionierte scheinbar und die Infektionszahlen sanken . . . Bis sie dann ein wenig später in beiden Ländern plötzlich ex-

plodierten, während es in den Ländern ohne diese Lockdowns nicht dazu kam. Die Fälle wurden quasi verschoben.

Selbst wenn diese Verschiebung (zwecks Vorbeugung von Überlastung) ein Ziel wäre, würden die Maßnahmen es größtenteils verfehlen. Nicht nur ist der Faktor Mensch bei den dazugehörigen Berechnungen fast immer unbedacht geblieben, wie bspw. bei der Schließung von Restaurants – hier wurde nicht einkalkuliert, dass die Menschen sich einfach weiter zuhause in ihren schlecht belüfteten Innenräumen trafen –, auch wurden Daten dazu, wie und wo Coronaviren übertragen werden, kaum berücksichtigt [6]. Anders ist kaum zu erklären, weshalb es noch immer (gegen Coronaviren) wirkungslose Desinfektionssprays gibt [7] oder draußen Maskenpflicht galt, wo die Verbreitung ohne Aerosole kaum relevant ist [8].

Zu 2.) Lockdown ist alternativlos

Viele Linke und sogar Anarchist*innen vertreten und vertreten die Ansicht, dass Eigenverantwortung in der Pandemie massiv Menschenleben kosten würde, weshalb es staatliche Autorität brauche.

Staatlicher Zwang führt aber nicht zu besseren Ergebnissen als Mutualismus – diese anarchistische Grundthese hat für uns genauso in der Corona-Pandemie Bestand. Auch wenn staatliche Repräsentant*innen und Entscheidungsträger*innen das Gegenteil erzählen, hat sich in der Praxis gezeigt, dass dem nicht so ist: 2G führte dazu, dass sich Menschen trotzdem weiter zuhause trafen (bei schlechteren Hygienebedingungen) und das Virus genau so verbreiteten. Die Schließung von Schulen hatte zur Folge, dass sich die Schüler*innen bei privaten Treffen ansteckten, und die Konsequenz von „Stay at Home“ war, dass sich die Menschen reihenweise in den eigenen vier Wänden infizierten. Von Ausgangssperren, welche die Menschen in schlecht belüftete Innenräume trieben, ganz zu schweigen [9]. Dass Anarchist*innen trotzdem das Narrativ „staatliche Verbote verhindern Übertragungen“ glaubten, ist erschreckend, da es ja die Grundannahme jedes anarchistischen Denkens untergräbt.

Auch verblüfft es, dass Vergleiche mit anderen Ländern, welche größtenteils mit deutlich weniger Maßnahmen keine nennenswert schlechtere Bilanz hatten [10], von Linken in der Regel ignoriert wurden. Teilweise übernahmen sie sogar staatliche Diffamierungsnarrative, etwa hinsichtlich der skandinavischen Länder. Im Übersterblichkeitsvergleich zeigt sich, dass Länder mit weniger strengen Maßnahmen nicht signifikant mehr Todesopfer zu beklagen haben [11].

Coronaviren verbreiten sich im Grunde wie andere Viren auch, nämlich ohne Maßnahmen üblicherweise in Wellen, entsprechend der Gompertz-Funktion, und nicht, wie oft behauptet, mit streng exponentiellem Wachstum [12]. Zudem sind sie saisonal [13]. Wenn man sich die

befüllter Feuerlöscher an einem Luxusneubau entleert. Oktober: 01.10.: In Athen wird eine Metrostation angegriffen und Fahrkarten- sowie Bankautomaten und Eingangsschranken zerstört. Gegen den Angriff des Staates auf das rebellische Viertel Exarchia. „Ein weiterer Höhepunkt dieses Angriffs findet in Exarchia statt, wo der Staat unter dem Vorwand der U-Bahn Station und der Sanierung des Strefi-Hügels einen noch nie dagewesenen Angriff gestartet hat, um die politischen und sozialen Zusammenhänge im Viertel zu verändern.“ 03.10.: In Göttingen wird die alte JVA in der Oberen-Masch-Straße besetzt. 05.10.: In Köln wird das Parteibüro der Grünen besetzt: „Wenn die Grüne Partei Dörfer zu Tagebau erklären, dann erklären wir die grüne Partei und ihre Parteibüros zum Tagebau. Mit Baukleber, Flatterband und original Schildern, die das Werksgelände von RWE markieren! Für eine befreite Gesellschaft!“ 06.10.: In Berlin werden den Grünen im

Infektionszahlen in fast allen Ländern anschaut, ist kaum zu übersehen, dass diese Wellen weiterhin durchlaufen, egal welche Strategien zur Reduzierung verfolgt wurden [14].

Die Vorstellung, wir könnten die Ausbreitung von Coronaviren kontrollieren, ist eine Illusion, die aus der Herrschaft des Menschen über den Menschen resultiert. Im Grunde haben wir keine Kontrolle über die Natur der Viren.

(An diejenigen, die jetzt schon abgeschaltet haben und uns alle möglichen Beleidigungen an den Kopf werfen wollen, wir würden viel lieber eure sachliche Kritik lesen!)

Dass am 03.04.2022 der Großteil der 2G/3G-Regeln und Maskenpflicht fielen und es in der Folge bis heute einen drastischen Rückgang der Infektionszahlen gab, sollte doch der endgültige Beweis sein. Das Narrativ, dass nur staatliche Repression Fälle senken könnte, ist insofern kaum aufrechtzuerhalten.

Zu 3.) Intensivbettenbelegung

Oftmals ist von einer Überlastung der Intensivstationen durch Corona-Kranke die Rede. Dass hierbei zwischen Menschen, die wegen einer schweren Covid-Erkrankung auf den Intensivstationen sind, und Menschen, die aufgrund anderer Krankheiten dort liegen und im Zuge dessen positiv auf den Erreger getestet wurden, unterschieden werden sollte, wurde bisher nicht selten als böse Schwurbelei abgetan. Dabei ist dieses Hinterfragen schlichtweg logisch. Wenn laut RKI bereits 1-2% der Gesamtbevölkerung mit Corona infiziert sind, wären diese ja auch unter den Intensivpatient*innen zu finden. Alles in allem ist die Gesamtzahl der Intensivbehandelten in Deutschland nicht gestiegen, sondern konstant geblieben. Jedoch wurden knapp 5000 Stellen bzw. Betten abgebaut [15]. Das heißt nicht, dass die Coronapandemie in den Krankenhäusern nicht präsent wäre. Für den grenzwertigen Zustand ist aber eindeutig unser kapitalistisches System bzw. die Neoliberalisierung des Gesundheitswesens. Auch hier stehen die staatlichen Narrative wie ein Schutzwall vor dieser Einsicht, sodass die neoliberale Logik kaum hinterfragt wird.

Zu 4.) Inzidenzen

Die Inzidenz, die vom RKI veröffentlicht wird, ist keine exakte Inzidenz. Das RKI weiß nicht, wie viele Menschen tatsächlich erkrankt sind, es schätzt dies nur anhand von Tests [16]. Dementsprechend sind die veröffentlichten Inzidenzen mit Vorsicht zu genießen. Die Zahlen sind bedingt durch die Menge an Tests, die durchgeführt werden, außerdem abhängig von den Behörden, welche diese übermitteln, sowie von der Infrastruktur der Tests an sich. Trotzdem sehen wir immer noch Linke, die

wie gebannt vor dem Monitor sitzen, um sich die neusten „Infektionszahlen“ anzuschauen. Auch, dass diese „Infektionszahlen“ an die Interpretation der Tests gebunden sind, wird oft nicht thematisiert. PCR-Tests sind von Messzyklen, welche sich in Ct-Werten ausdrücken, abhängig, und können somit nicht nachweisen, ob eine positiv getestete Person andere überhaupt anstecken kann. „Ein Ct-Wert von > 30 spricht für eine geringe Viruslast, da wesentlich mehr Messzyklen durchgeführt werden mussten, um das Virus nachzuweisen. Die getestete Person ist dann trotz eines positiven PCR-Befundes möglicherweise nicht mehr ansteckend“, schreibt das Bündnis „Zusammen gegen Corona“ [17]. Auch das RKI und Drosten stimmen dem zu [18]. Gerade bei Ct-Werten um die 40 muss die Sinnhaftigkeit angezweifelt werden.

Zu 5.) Coronaviren treffen uns alle gleich

Es wurde komplett ignoriert, wer gefährdet war, schwer an Corona zu erkranken und wer nicht. Die staatlichen Narrative entbehrten jeglicher epidemiologischer Logik:

Obwohl Risikofaktoren (Übergewicht, ungesunder Lebensstil, hohes Alter, Asthma etc.) für einen schweren Verlauf lange bekannt sind, wurden diese kaum berücksichtigt. Laut RKI gehören über 65-Jährige fünfzig mal so oft zur Hochrisikogruppe als 15- bis 19-Jährige. Und schon über fünf mal so häufig wie 60- bis 65-Jährige [19]. Je älter, desto weiter staffelt sich dies. In der ersten Saison ist der Großteil der Menschen in den Pflegeheimen gestorben, weil es dort keinerlei Schutzkonzepte gab. Stattdessen gab es eine diese Verteilung ignorierende, unsinnige Pauschal-Lockdown. Ähnlich deutlich ist es auch bei Menschen mit Übergewicht und Menschen mit geschwächtem Immunsystem [20]. Beide Gruppen sind besonders anfällig für schwere Krankheitsverläufe und somit oft in den Intensivstationen zu finden. Aus diesem Grund ist auch Armut ein großer Risikofaktor (Immunsystem) – der ebenfalls konsequent ignoriert wurde.

All diese Risikogruppen wurden nicht in besonderem Maße geschützt. Daran bestand offenbar kein Interesse. Sie wurden nicht anders behandelt als Nicht-Risikogruppen, welche in der Regel von Coronaviren wenig zu befürchten haben. Ebenso wenig wurden Anstalten unternommen, auf (in manchen Fällen) beeinflussbare Risikofaktoren wie Übergewicht oder ein schwächeres Immunsystem einzuwirken. Nicht, dass dies ein Allheilmittel wäre, aber das völlige Ausbleiben solcher Bemühungen spricht Bände. Im Gegenteil wurde stumpf staatlicher Zwang gegen alle eingesetzt. Nichts spricht dafür, dass der Staat unsere Gesundheit schützen wollte, alles spricht dafür, dass es ihm um eine Autoritarisierung und Normalisierung von staatlicher Repression geht. (Ein Text zu Autoritarisierung wird übrigens auch noch veröffentlicht, seid gespannt.)

Wedding die Fenster eingeworfen – die Quittung für ihre unökologische, militaristische und unsoziale Politik. 07.10.: In Hamburg werden zwei Aktionen gegen Knastprofiteure durchgeführt: In Deelboegenkamp gibt es Farbe und Steine für die Fassade der SPIE-Zentrale und in der Eimsbüttler Chaussee wird ein Kfz von CHUBBS getoastet. 07.10: In Thessaloniki wird eine Einheit und ein Bus der Bereitschaftspolizei MAT mit Molotows angegriffen. Rache für die Räumung des Biologico und ein Ausdruck der Solidarität mit den zahlreichen militanten Gefangenen in Griechenland. 08.10.: In Berlin wird das Jobcenter in der Storkower Straße mit Steinen angegriffen: Gegen Bullen, Staat und Kapital. 08.10.: In Hamburg wird ein Auto der oberen Verwaltungsebene angezündet. Getroffen hat es damit die direkt Verantwortlichen der Verwaltung von Armut und Diskriminierung. 10.10.: In Düsseldorf wird das Parteibüro der Grünen verunstaltet: „Grüne x RWE

Frühe Ablehnung

Schon früh wurde argumentative Kritik an staatlichen Narrativen von selbsternannten Linken mit Verschwörungstheorien gleichgesetzt. Dabei haben sich viele der Behauptungen und Befürchtungen im Nachhinein als korrekt und berechtigt herausgestellt. Für die Aussage, dass Coronaviren saisonal auftreten, wurden schon 2020 kritische Linke als „Schwurbler*innen“ beschimpft oder in den Kreis von Nazis gerückt. Heutzutage bestreitet dies niemand mehr [21]. Dass es Ungleichbehandlungen von Geimpften und Nicht-Geimpften geben würde, ja, dass sogar eine Impfpflicht in Planung sei, wurde als lächerliche Verschwörungstheorie abgestempelt – und wir wissen was ein halbes Jahr später kam. Kaum ein*e Linke*r hatte dies kritisch hinterfragt, dass die von LucaApp und Co. erhobenen Daten zur Kontrolle, Überwachung und Staatsrepression benutzt werden würden, war ebenfalls eine krude Verschwörungstheorie für einige Linke, bis die Polizei diese Daten dann tatsächlich zur „Strafverfolgung“ einsetzte. Auch die Vorstellung, dass sich Corona – wie alle anderen Viren auch – in Wellen verbreitet (was heutzutage wohl nicht zu negieren ist), galt lange Zeit als eine nicht tragbare Aussage [22]. Dieselben Menschen, die staatliche Narrative, die sich heutzutage lächerlich anhören, verteidigt haben, hängen weiterhin an den oben genannten Narrativen.

Keine Alternativen

Für eine linke Autonome sollte klar sein, dass geplante Impfpflichten abzulehnen sind. Bei der allgemeinen Impfpflicht in Deutschland würde es sich wieder um eine kurzfristige Maßnahme handeln, die wohl kaum effizient ist, wenn bei 90 bis 95% der Menschen schon Grundimmunität besteht. Ein Blick in Länder mit hoher Impfquote belegt dies [23]. Die Forderung nach Strafen wie z.B. Gefängnis (worauf es hinaus laufen könnte, für jene, die einer Impfpflicht nicht nachkämen) für Menschen aufgrund ihrer Entscheidung über ihren eigenen Körper ist nicht zu rechtfertigen.

ZeroCovid oder NoCovid sind nicht wissenschaftlich, da sie grundlegende epidemiologische Prinzipien wie Immunisierung durch Infektionen vernachlässigen. Infektionen sind spätestens bei Omicron und abgeschlossener Impfung, wie oben beschrieben, nicht zu verhindern, sondern größtenteils nur aufzuschieben. Die Vorstellung, Corona „zu besiegen“ oder „auszulöschen“, ist Wissenschaftsleugnung. In der Praxis sind diese Überlegungen in allen Ländern gescheitert. Man konnte in China oder Australien teilweise sogar dystopische Szenen von Drohnen, die die Ausgangssperre kontrollierten, oder Bullen, die maskenlose Kinder pfefferten, beobachten. Dass Linke die Vorstellung, der Staat solle mit seiner Repression Menschen an der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse hindern, lange Zeit als eine erstrebenswerte Alternative gesehen

haben, macht uns absolut fassungslos. ZeroCovid gilt es mit aller Härte zu bekämpfen.

Mutualistischer Gesundheitsschutz

Warum es kaum Bestrebungen von linker Seite gab, einen echten mutualistischen Gesundheitsschutz zu schaffen, bleibt ebenfalls ein Rätsel. Forderungen nach staatlicher Repression gab es häufig, Aufklärung über Möglichkeiten, sich selbst vor Viren zu schützen, dagegen selten. Auch nicht allzu oft zu sehen waren Hilfsangebote für Wohnungs- und Arbeitslose in Zeiten des Lockdowns. Allein das Bereitstellen von Essen und Kleidung für Bedürftige hätte bereits mehr Gesundheitsschutz ermöglicht als die staatlichen Maßnahmen. Der Risikofaktor Armut im Zusammenhang mit Corona wurde, obwohl es sich eigentlich um ein klassisches linkes Thema handeln sollte, lediglich von wenigen radikalen Linken und Anarchist*innen thematisiert (und dies auch eher leise). Die Unterstützung der Streiks des Pflegepersonals für bessere Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern fiel mäßig aus. Schon gar nicht kamen Linke auf die Idee, solche zu fordern und gegen die schlechten Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Manche Antifaschist*innen hatten augenscheinlich mehr Ambitionen, die staatlichen Maßnahmen zu verteidigen, als dem Pflegepersonal beizustehen. Eine Massenbewegung zur sozialen Frage in der Pandemie gab es auch nicht. Lockdowns zu verteidigen war vielen Linken wohl einfach wichtiger.

All diese Aspekte des mutualistischen Gesundheitsschutzes wären möglich gewesen. Was spräche denn dagegen, Gesundheitsschutz mutualistisch zu gestalten? Warum glauben so viele, der Staat würde besseren Gesundheitsschutz liefern können als wir untereinander?

Helft euch gegenseitig, aber traut nicht dem Staat!

Wir freuen uns über Anregungen, Fragen, Kritik und schlimmstenfalls Lob.

Kontakt :

- Autosoli-team@protonmail.com
- <https://todon.eu/@autonomysolidarity>
- <https://mobile.twitter.com/solidarautonom>
- <https://t.me/AutonomieundSolidaritaet>

Quellen:

[0] <https://www.nature.com/articles/s41591-022-01715-4>

[1] <https://www.welt.de/wissenschaft/article238262941/Virologen-Die-Wirkung-von-Corona-Massnahmen-wird-drastisch-ueberschaetzt.html>

<https://www.berliner-zeitung.de/news/streeck-wetter-hat-groesseren-einfluss-auf-pandemie-als-massnahmen-li.223279>

<https://academic.oup.com/cesifo/article/67/3/318/6199605>

Hand in Hand: Unserer Antwort Widerstand!“ 11.10.: In Berlin wird Buttersäure in die geplante Bullenwache am Kotti geschüttet. **12.10.:** „Butler For You“ wirbt an seinem Standort in der Otto-Ostrowski-Straße 33, 10249 Berlin, mit dem Angebot von Personal „für gehobene Privathaushalte“. Mit Steinen wird für eine durchaus coronagerechte, aber nicht sehr energiesparende Durchlüftung ihres Büros gesorgt. **13.10.:** Alles nur geklaut: In Berlin werden Leckereien im Wert von 900 Euro erbeutet und verteilt. **15.10.:** In Bochum wird das ehemalige AWO Wohnheim in der Haldenstraße besetzt. Haldi 47 gegen Wohnraumknappheit und steigende Kosten in allen Lebensbereichen. **15.10.:** In Berlin-Wedding werden 14 Parkscheinautomaten kurzfristig außer Gefecht gesetzt, nachdem der Senat angekündigt hatte die Parkzonen zu erweitern, insbesondere auch auf die Flächen die, die Pflegekräfte des ansässigen Krankenhauses täglich nutzen. **16.10.:** In

- <https://www.hartgroup.org/covid-19-evidence/>
<https://www.rbb24.de/panorama/thema/coronabeitraege/2022/03/virologe-schmidt-chanasit-befuerwortet-auslaufen-massnahmen.html>
<https://web.de/magazine/news/coronavirus/virologe-kekule-massnahme-rki-voellig-inakzeptabel-36560742>
<https://www.aerzteblatt.de/studieren/forum/139935/Neue-Stanford-Studie-von-Prof-Loannidis-zeigt-KEINEN-Nutzen-von-Lockdowns>
[\[https://www.badische-zeitung.de/aerosol-experte-irgendwann-muessen-wir-wieder-aufmachen--210081741.html\]](https://www.badische-zeitung.de/aerosol-experte-irgendwann-muessen-wir-wieder-aufmachen--210081741.html)
[\[2\] https://www.nd-aktuell.de/artikel/1153168.drittmittel-wissenschaft-als-marketing.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1153168.drittmittel-wissenschaft-als-marketing.html)
<https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-grenzen-der-forschungsfreiheit-wie-politik-und-100.html>
<https://core.ac.uk/download/pdf/236049733.pdf>
[\[3\] https://www.cogitatiopress.com/socialinclusion/artide/view/1621](https://www.cogitatiopress.com/socialinclusion/artide/view/1621)
[\[4\] https://www.welt.de/wissenschaft/article238262941/Virologen-Die-Wirkung-von-Corona-Massnahmen-wird-drastisch-ueberschaetzt.html](https://www.welt.de/wissenschaft/article238262941/Virologen-Die-Wirkung-von-Corona-Massnahmen-wird-drastisch-ueberschaetzt.html)
<https://www.welt.de/politik/deutschland/video237950549/Corona-Virologe-Stoehr-zum-Ende-der-Pandemie-Werden-sich-alle-infizieren.html?cid=socialmedia.twitter.shared.web>
<https://m.tagesspiegel.de/wissen/lungenarzt-zum-ausweg-aus-der-pandemie-muessen-hoffen-dass-sich-100-prozent-der-bevoelkerung-mit-omikron-infizieren/28017896.html>
<https://www.rnd.de/gesundheit/corona-infektion-bei-kindern-die-unter-zwoelfjaehrigen-werden-sich-irgendwann-anstecken-D3BEIPS6LFD2HBYNG25CCGROLA.html>
[\[5\] https://www.worldometers.info/coronavirus](https://www.worldometers.info/coronavirus)
[\[6\] https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo](https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo)
<https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/corona-aerosole-risiko-draussen-100.html>
[\[7\] https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html;jsessionid=9EB1C92BBA7A9596475519845BC46AA5.internet072?nn=13490888#doc13776792bodyText2](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html;jsessionid=9EB1C92BBA7A9596475519845BC46AA5.internet072?nn=13490888#doc13776792bodyText2)
[\[8\] https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo](https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo)
<https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/corona-aerosole-risiko-draussen-100.html>
[\[9\] https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo](https://www.youtube.com/watch?v=l8twoZkl0xo)
<https://www1.wdr.de/nachrichten/themen/coronavirus/corona-aerosole-risiko-draussen-100.html>
[\[10\] https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/bevoelkerung-sterbefaelle.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Corona/Gesellschaft/bevoelkerung-sterbefaelle.html)
<https://wien1x1.at/mortalitaet-europa/>
<https://www.worldometers.info/coronavirus/>
<https://ourworldindata.org/explorers/coronavirus-data-explorer?uniformYAxis=0&hideControls=true&Interval=7-day+rolling+average&Relative+to+Population=true&Color+by+test+positivity=false&country=USA~ITA~CAN~DEU~GBR~FRA&Metric=Stringency+index>
<https://www.telegraph.co.uk/global-health/science-and-disease/swedens-death-rate-among-lowest-europe-despite-avoiding-strict/>
<https://www.hartgroup.org/covid-19-evidence/>
[\[12\] https://www.worldometers.info/coronavirus/](https://www.worldometers.info/coronavirus/)
<https://www.aerzteblatt.de/archiv/140732/Wachstumsfunktionen-Exponentialfunktion-Logistische-Funktion-Gompertz-Funktion>
<http://f20.blog.uni-heidelberg.de/files/2021/02/doc88rner-2021-corona-entwicklung.pdf>
[\[13\] https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/artides/PMC7454715](https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/artides/PMC7454715)
<https://www.pharmazeutische-zeitung.de/darum-steigen-die-covid-19-fallzahlen-im-winter-121505/>
<https://www.aerzteblatt.de/archiv/215317/Respiratorische-Virusinfektionen-Mechanismen-der-saisonalen-Ausbreitung>
[\[14\] https://www.worldometers.info/coronavirus/](https://www.worldometers.info/coronavirus/)
[\[15\] https://www.berliner-zeitung.de/news/falsche-daten-viele-corona-patienten-liegen-nicht-wegen-corona-im-krankenhaus-li.208423](https://www.berliner-zeitung.de/news/falsche-daten-viele-corona-patienten-liegen-nicht-wegen-corona-im-krankenhaus-li.208423)
<https://interaktiv.morgenpost.de/corona-deutschland-intensiv-betten-monitor-krankenhaus-auslastung/>
<https://www.swr.de/swraktuell/corona-lage-auf-den-intensivstationen-100.html>
<https://taz.de/Deutschland-in-der-Pandemie/!5823178/>
[\[16\] https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/coronapolitik-interview-101.html](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/coronapolitik-interview-101.html)
[\[17\] https://ladr.de/ct-wert-sars-coronavirus-2-pcr](https://ladr.de/ct-wert-sars-coronavirus-2-pcr)
[\[18\] https://www.handelsblatt.com/technik/pcr-test-coronatest-was-der-ct-wert-be-deutet/28056604.html](https://www.handelsblatt.com/technik/pcr-test-coronatest-was-der-ct-wert-be-deutet/28056604.html)
<https://www.zusammengegencorona.de/faqs/testen/labortest-pcr-test/>
[\[19\] https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_S2_2021_Risikogruppen_COVID_19.pdf?__blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_S2_2021_Risikogruppen_COVID_19.pdf?__blob=publicationFile)
[\[20\] https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/covid_19_risikogruppen_warum_das_immunsystem_schlechter_gegen_das_virus_ankommt/](https://www.charite.de/service/pressemitteilung/artikel/detail/covid_19_risikogruppen_warum_das_immunsystem_schlechter_gegen_das_virus_ankommt/)
<https://www.nzz.ch/wissenschaft/uebergewicht-und-covid-ld.1660385?reduced=true>
[\[21\] https://www.berliner-zeitung.de/news/streack-wetter-hat-groesseren-einfluss-auf-pandemie-als-massnahmen-li.223279](https://www.berliner-zeitung.de/news/streack-wetter-hat-groesseren-einfluss-auf-pandemie-als-massnahmen-li.223279)
<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC7454715>
[\[22\] https://www.berliner-zeitung.de/news/streack-wetter-hat-groesseren-einfluss-auf-pandemie-als-massnahmen-li.223279](https://www.berliner-zeitung.de/news/streack-wetter-hat-groesseren-einfluss-auf-pandemie-als-massnahmen-li.223279)
[\[23\] https://ourworldindata.org/explorers/coronavirus-data-explorer?uniformYAxis=0&hideControls=true&Interval=7-day+rolling+average&Relative+to+Population=true&Color+by+test+positivity=false&country=USA~ITA~CAN~DEU~GBR~FRA&Metric=Stringency+index](https://ourworldindata.org/explorers/coronavirus-data-explorer?uniformYAxis=0&hideControls=true&Interval=7-day+rolling+average&Relative+to+Population=true&Color+by+test+positivity=false&country=USA~ITA~CAN~DEU~GBR~FRA&Metric=Stringency+index)
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1203308/umfrage/impfstoffabdeckung-der-bevoelkerung-gegen-das-coronavirus-nach-laendern/>

Schwelm zerstechen Unbekannte mehre Reifen an Zivilfahrzeugen der Kripo. 17.10.: In Kassel werden Autos und Wohnorte der AfD-Politiker Volker Richter und Volker Scheld mit Farbe beschmiert und die Reifen entlüftet. **19.10.:** Nach den Polizeimorden an Mouhammed und einer weiteren unbekannten Person in Dortmund und an Kupa Ilunga Medard Mutombo in Berlin, werden in der Rigaerstr. Bullen mit Steinen angegriffen. **19.10.:** In Berlin wird ein Dennis Biomarkt entglast. „Ihr seid die Krise“ prangt nun neben dem Eingang der Etepetete Supermarktkette. **19.10.:** Im Umfeld des Tagebaus Garzweiler II zünden Bezugsgruppen aus Lützerath drei Pumpstationen an. Der Angriff auf RWE Infrastruktur folgte auf den Abriss des, schon leerstehenden, Dorfes Immerath und lädt ausdrücklich zum nachmachen ein! **20.10.:** In Angermünde werden die Scheiben des örtlichen AfD-Büros eingeschlagen. **20.10.:** Nach mehreren Afd-Veranstaltungen in ihren

[B] Erklärung zur Brandstiftung gegen Fahrzeug der griechischen Botschaft

Dokumentation:

Aufmerksam haben wir verfolgt, wie der griechische Staat Demonstrationen in den Straßen von Athen zerschlägt. Die Regierung der Nea Dimokratia und ihre Justiz haben bewiesen, dass sie in den Hungerstreiks von D. Koufontinas und G. Michailidis bereit sind, Gefangene eher sterben zu lassen, als einen Schritt nachzugeben. Wir kennen die Videos vom Lynchmord unter der Beteiligung von Polizeibeamten an Zak Kostopoulos. Sowie die Exekution von N. Sampanis in Perama durch DIAS Ausdruck eines skrupellosen Regimes ist, ebenso der Mord an Vassilis Maggos in Volos. Das Blut trieft von den Händen der griechischen Behörden. Die neue Junta hält sich für schlau, wenn sie die Urlaubszeit im August nutzt um mit dem Bau der Metro Station in Exarchia zu beginnen. Ihr Ziel ist es, jede soziale Basis zu zerstören und jeden Ort des Widerstands mit Truppen zu besetzen. Auch die Räumungen von Squats in Thessaloniki und die polizeiliche Invasion der dortigen Universität sind uns nicht entgangen. Überall stößt der griechische Staat auf Widerstand von Teilen der Gesellschaft.

Diesen Widerstand wollen wir unterstützen um das Projekt der ND zu Fall zu bringen. Das System von ND, ihrer Justiz und ihrer Bullen, ist der Staat der Vergewaltiger. Die Freilassung von Vergewaltigern und der gleichzeitige Angriff auf eine feministische Demo im Juli in Athen, symbolisiert die Werte der Regierung von Mitsotakis. Gleichzeitig geht das Morden an den Grenzen Griechenlands weiter. Im Verbund mit FRONTEX und Söldnern sind griechische Behörden für das alltägliche Sterben an den Toren der europäischen Festung verantwortlich. Die im Ausland an den griechischen Botschaften stationierten Diplomat*innen sind nichts anderes als Dealer. Dealer in der Rüstungsbeschaffung für Armee und Polizei. Dealer in der Privatisierung des öffentlichen Sektors an internationale Unternehmen. Dealer im Menschenhandel um für ausreichend billige Arbeiter*innen zu sorgen ohne die Vorherrschaft der weißen Männer zu gefährden. Dealer im Greenwashing von Umweltzerstörungen zu Gunsten der Industrie. Diplomat*innen stellen die Kontakte innerhalb der kapitalistischen Ordnung her.

Am Montag, 5. September, wird der Tourismusminister Vassilis Kikilias in Berlin erwartet. Er trifft sich hier mit den Spitzen deutscher Unternehmen um die Ausbeutung durch den Tourismus auszuweiten. Konkret



mit den Vorständen von Lufthansa, DER Touristik, DRV (Association of German Travel Agents), ATTIKA Reisen, Condor und TUI. Tourismus ist die wichtigste Einnahmequelle der Junta um ihr mörderisches Programm zu verwirklichen. Wenn es eine Aufgabe von Direct Action Cells sein soll, dafür zu sorgen, dass die Angst die Seite wechselt, müssen Angriffe im privaten Umfeld des Gegners stattfinden. Zum Beispiel vor dem Haus eines Diplomaten der griechischen Botschaft im ruhigen Stadtteil Lichterfelde.

Hier haben wir in der Magaretenstraße sein Fahrzeug der Botschaft angezündet. Und zwar als Begrüßung von Minister Kikilias, in der Morgendämmerung des 4. September. Es war ein teurer BMW, der sicherlich durch Schmiergelder in den Besitz des Diplomaten gelangt ist. Unser Angriff ist ein Zeichen der Solidarität mit allen widerständigen Nachbarn in Athen. Wir unterstützen ihren Kampf gegen Polizeiterror und Gentrifizierung. Auch wenn unsere Mittel bescheiden sind, soll unsere Entschlossenheit zu Widerstand und Selbstverteidigung stärker sein als der Wille unserer Feinde. Kraft und Freiheit für die reuelosen Gefangenen in den griechischen Knästen!

Tod und Verwesung dem griechischem Grenzregime – Stop Pushbacks!

Autonome Gruppen

Räumlichkeiten, wird die Fassade der Münchener Gaststätte zum Tannhof mit Farbe verschönert. 21.10.: Bei einer Demo kommt es zu Angriffen mit Steinen und Mollied auf eine Bullenwache in Athen. „Hintergrund ist ein Fall von Gang Rape durch DIAS Beamte am 11. Oktober gegen Mitternacht in den Räumen der A.T. Omonia. Der Fall hat für erheblichen Wirbel in der Presse gesorgt, wobei die Überlebende Frau durch diese bloßgestellt wurde. Die Täter wurden zwar kurzzeitig festgenommen, sind aber gegen Auflagen wieder frei. Beamte der DIAS Staffel von Omonia waren auch am Lynchmord von Zak Kostopoulos im September 2018 beteiligt, werden aber nicht mehr juristisch dafür belangt. In den Räumen der Omonia Wache sind in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Fälle von Folterungen und Todesfällen bekannt geworden.“ 21.10.: In Hamburg wird der Sitz der Maritim Carrier Shipping GmbH mit Buttersäure angegriffen und

Bahnsabotage

Am 8. Oktober fiel nahezu der gesamte Bahnverkehr im Norden Deutschlands aus.

Behörden und Presse rätseln über mögliche Hintergründe der Sabotageaktion. Als sicher gilt, dass jemand über ein ungewöhnliches Maß an Wissen verfügt hat über Dinge, die eigentlich nur Mitarbeitern der Bahn oder Sicherheitsbehörden zugänglich sein sollten.

In der Nacht von Freitag auf Samstag um 2.32 Uhr, wurde nach Angaben aus Ermittlerkreisen in der Bergbaustadt Herne in Westfalen ein Glasfaserkabelstrang durchtrennt. Er lag verborgen unter der Erde, in einem Schacht, den normalerweise nur Leute betreten, die Bahnanlagen warten. Knapp vier Stunden später, um 6.29 Uhr, wurde demnach ein weiteres Kabelbündel zerstört, in der Nähe des Berliner-S-Bahnhofs Hohenschönhausen. Wenig später war Schluss mit Bahnfahrten im gesamten Norden Deutschlands.

Hunderte Züge standen still am Samstag, über Stunden, und Passagiere stauten sich an Bahnhöfen nicht nur in Hamburg, Berlin und Hannover, weil unbekannte Täter gezielt und offenbar bestens vorbereitet die Infrastruktur der Bahn angegriffen haben: zunächst in Herne, dann in Berlin. Man vermutete zunächst einen technischen Defekt. Die Bundespolizei rückte aus, sie ist für die Sicherheit an Bahnanlagen verantwortlich. Schnell wurde dann bekannt: Es handle sich um Sabotage.

„Wir haben keine Hinweise auf die Urheberschaft“, heißt es im Innenministerium. Wollten Linksradikale den AfD-Aufmarsch in Berlin am Samstag behindern, indem sie Bahnanlagen lahmlegen? Haben sie zufällig statt der Berliner S-Bahn den gesamten Zugverkehr in Norddeutschland gestoppt? Oder hat womöglich - eine weitere Überlegung - Wladimir Putins Geheimdienst die Finger im Spiel, um Deutschland zu verunsichern und offenzulegen, wie verwundbar die kritische Infrastruktur ist? Später wird in der Debatte die Erwägung ergänzt werden, es könne sich auch um einen Testlauf für weitere Aktionen handeln. Dies würde das Ausbleiben einer Bekennung erklären. Vielleicht ein Testlauf mit politisch beabsichtigtem Nebeneffekt? Bezeichnend für das mediale Spekulieren ist, dass das Fehlen einer politischen Erklärung als Hinweis auf eine Urheberschaft außerhalb des linksradikalen Milieus gewertet wird. Dies ist angesichts einer breiten Sabotagepraxis gegen Mobilfunk-Infrastruktur ohne Bekennung (nicht nur im europäischen Ausland) erstaunlich.

Antworten auf diese Frage gab es am Sonntag weder im Bundesinnenministerium noch beim Staatsschutz des Landeskriminalamts (LKA) Berlin, der die Ermittlungen übernommen hat. „Wir haben keine Hinweise auf die Urheberschaft“, sagte ein Sprecher von Innenministerin

Nancy Faeser (SPD). Mehr will man aus ermittlungstechnischen Gründen nicht sagen. Dass derzeit keine Bundesbehörde ermittelt, sondern der Staatsschutz des Landes Berlin, werteten manche Beobachter als Hinweis darauf, dass die Täterschaft zunächst eher in Berlins linksradikalen Szene vermutet wurde - und weniger bei einem ausländischen Geheimdienst. Anschläge auf Kabelschächte und Bahnanlagen gab es in früheren Jahren in Berlin schon häufiger. Gegen diese These allerdings spricht: Anders als sonst üblich, wurde zunächst kein Bekennterschreiben gefunden. Festlegen also mochte sich niemand. Nach einer Woche wird die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen an sich ziehen.

Ermittler rätseln auch darüber, ob die Anschläge von einer oder mehreren Personen oder Gruppen ausgeführt wurden. Zwischen Herne und Berlin liegen mehr als 500 Kilometer, vor allem aber verbindet die Städte ein Sicherheitssystem der Bahn. Falle in Berlin, was schon öfter vorkam, die Informationstechnik aus, etwa weil Kabel brennen oder zerstört werden, dann springe die Anlage in Herne ein, hieß es in Ermittlerkreisen. Dieses Backup-System sei öffentlich so wenig bekannt wie der Ort, an dem sich wichtige Informationsstränge und sogenannte Lichtwellenkabel der Bahn verbergen. Schwer zugänglich sind solche Orte zwar nicht. Aber woher hatten der oder die Täter ihr Insiderwissen? Und sind sie nach dem Anschlag in Herne womöglich über die nächtliche Autobahn nach Berlin gefahren, um dort den zweiten Anschlag zu verüben? Oder waren in Berlin andere Täter unterwegs?

Alle wichtigen Systeme gibt es doppelt bei der Bahn. Die Täter wussten das.

In Bahnkreisen hieß es dazu nur, es spreche einiges für sehr professionelle Sabotage, weil die zwei Attacken an äußerst unterschiedlichen Orten wirkungsvoll ausgeführt worden seien. Bei Herne sei zuerst der Digitalfunk attackiert worden. Es sei zu einer Störung des digitalen Zugfunks GSM-R gekommen, erklärte eine Bahn-Sprecherin. „Er dient der Kommunikation zwischen den Leitstellen, die den Zugverkehr steuern, und den Zügen und ist damit unverzichtbarer Bestandteil für den reibungslosen Zugverkehr.“ Über GSM-R fließen Daten und Sprachkommunikation zwar mobil, das System ist aber auch auf Kabel in der Erde angewiesen. In jedem Netzwerk ist Kommunikation entscheidend, im komplexen Zugverkehrssystem geht ohne GSM-R nichts mehr.

Die zentralen Komponenten des GSM-R-Systems sind landesweit je zweimal vorhanden. Denn aus Sicherheitsgründen sollten wichtige

einige Scheiben gehen zu Bruch. Das Hamburger Unternehmen, verschifft regelmäßig Urankonzentrat von Namibia nach Deutschland. „Wir begrüßen den vielfältigen Widerstand der Klimabewegung. Aber wir sehen, dass die Kämpfe nicht vorankommen, und setzen auf Sabotage und Angriff. Massenhafte militante Aktionen können unseren Kampf ums Klima befeuern.“ 23.10.: In Athen wird eine Metrostation angegriffen. „[Wir haben] die Attiko Metro Station Ag. Ioannis angegriffen, indem wir Eingangsschranken, Fahrkartenautomaten und Geldautomaten zerstörten, um uns gegen die zunehmende Ausbreitung der Metrostation (Baustelle) am Exarchia-Platz und für die Verteidigung des Viertels zu engagieren.“ 28.10.: In Athen wird ein Bus der MAT im Vorbeifahren mit Molotows beworfen und rammt daraufhin einige andere PKW. 30.10.: In Frankfurt wird ein Auto der E.on-Tochter Syna mit Farbe und kaputten Reifen unbrauchbar

Systeme mit Redundanzen ausgestattet sein. Heißt: Wenn jemand ein Kabel durchtrennt, muss es anderswo Verbindungen geben, auf die das System zurückfallen kann. So geschah es am Samstag auch - nur wurde auch dieses Backup-System durchtrennt. Auf einen derart gezielten Angriff war das System offensichtlich nicht vorbereitet. Ein tragfähiger alternativer Kommunikationsweg, um den Verkehr aufrechtzuerhalten, stand nicht mehr zur Verfügung. Nicht ausgeschlossen wurde bei der Bahn auch, dass es sich um einen „Zufallsvolltreffer“ gehandelt haben könnte. Da aber sehr gezielt bestimmte Lichtwellenleitungen durchtrennt worden seien, sei ein Zufall eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher sei eine gezielte Sabotage.



(Die Kabel sehen unspektakulär aus, aber sie halten den Zugverkehr am Laufen. Hier bei Hohenschönhausen wurden inzwischen neue Kabelstränge verlegt.)

In zurückliegenden Jahren hatte es in Berlin wiederholt Brandanschläge auf die Bahn gegeben, zu denen sich teilweise die extremistische linksautonome Szene bekannte. Die jetzigen Sabotageakte passen allerdings kaum zum Muster der damaligen Attacken, nicht nur weil Bekennerschreiben fehlen. Frühere Anschläge waren im Vergleich offenbar deutlich weniger professionell vorbereitet und setzten weniger Wissen über Bahntechnik voraus. In früheren Fällen waren etwa per Zeitzünder Brandsätze in Kabelschächten gezündet worden. Dadurch wurde der Zugverkehr zwischen Berlin und Hamburg lahmgelegt oder der S-Bahn-Verkehr in Berlin gestört. So umfangreich wie am Samstag aber waren die Folgen nie.

Nicht ausschließen will man in Bahnkreisen deshalb die Möglichkeit, dass der aktuelle Sabotageakt im Zusammenhang mit den Anschlägen auf die Ostsee-Pipeline stehen könnte - also dem Ziel dienen sollte, Sorgen in der Bevölkerung zu schüren. Bislang fehlt dafür aber jeder Hinweis.

Wie geheim ist das notwendige Sabotage-Wissen?

Wir tragen einige Informationen u.a. von heise.de zusammen:

Die Ermittler erklärten, dass diese Angriffe ausreichten, um die Infrastruktur des GSM-R-Netzes und das Backup-System vom Netz zu nehmen. Hierbei handelt es sich um ein Mobilfunknetz, das eigens für die Kommunikation mit Zügen unterhalten wird. Ohne die Verbindung zwischen Zügen und Fahrdienstleitern muss der Verkehr aus Sicherheitsgründen ruhen.

Dass sich die Kommunikation der Bahn derart schnell stören lässt, warf schnell Fragen auf, die weit über den Bahnverkehr hinausgehen: Sind kritische Infrastruktur und Datennetze gut genug gegen Sabotage geschützt? Hat die Bahn hier Fehler gemacht? Und: Waren die Täter womöglich Bahn-Insider oder fremde Geheimdienste?

Das deutsche Eisenbahnnetz ist groß: Der größte Betreiber, die Bahn-Tochter DB Netz AG, schreibt auf ihrer Internetseite von 33.400 Kilometern Streckennetz, 2981 Bahnhöfen mit Glasfaseranbindung, 3842 Stellwerken und 3800 eigenen Mobilfunkmasten. Klar ist, dass eine solche Infrastruktur niemals auf der vollen Länge zu 100 Prozent geschützt werden kann.

Zu diesem Schluss kommt auch Innenministerin Nancy Faeser gegenüber der dpa: „Sie können niemals alles überwachen. Das wird nie in einem freien Rechtsstaat möglich sein, aber wir haben einen sehr hohen Fokus auf die kritische Infrastruktur und insbesondere auch die verkehrliche.“ Die Bahn will sich künftig aber mit zusätzlichen Redundanzen und mehr Sicherheitskontrollen besser gegen Systemausfälle wappnen.

Gelegenheiten zur Zerstörung gibt es im Eisenbahnnetz viele, die meisten erfordern kaum Informationen oder technischen Sachverstand. Insbesondere Oberleitungen, Signale oder Weichen sind ein leichtes Ziel für stumpfe Gewalt, die Ausfälle von mehreren Stunden oder gar Tagen verursachen kann. Aber die Sabotage in Herne und Berlin war eben kein Ausdruck blinder Zerstörungswut. Mit einem solch präzisen Angriff senden die Täter das klare Signal: „Wir wissen genau, wo das System verwundbar ist und können es gezielt lahmlegen.“ Vandalismus, etwa gegen die Bahnstromversorgung, hätte möglicherweise einen länger anhaltenden Ausfall verursacht und größeren wirtschaftlichen Schaden angerichtet, die Botschaft wäre aber weniger stark.

Auch das Potenzial für Angriffe auf die Glasfaserleitungen der Bahn ist groß. Kabel verlegt die Bahn entlang der Trassen oft in Betonkabelkanälen mit Betondeckel. Ganz ohne Bagger und Spaten kann sich jeder Zugriff verschaffen. Soweit bekannt, nutzten das die Saboteure. Doch sie zerschnitten eben nicht irgendwelche Kabel, sondern genau die, an

gemacht. „Keine Strom und Gassperren oder es knallt! Auf in den heißen Herbst!“ 30.10.: In Leipzig wird ein Neubau mit Bitumenfarbe besprüht. 31.10.: In Berlin werden die 12 Scheiben des Büros von Senatsmitglied Sebastian Schüsselburg eingeschlagen. „Auf bezirklicher Ebene hat die Linkspartei die Rummelsburger Bucht völlig zerstört, Obdachlose geräumt und Bäume gefällt, um einem seelenlosen BKA Gebäude und anderen Investorenträumen Platz zu schaffen. Speziell Schlüsselburg gibt vor gegen den Ausbau der A100 zu sein, in der Realität ist es seine Partei, die im Abgeordnetenhaus den Bau der Autobahn bis in den Treptower Park mitträgt. Desweiteren verantwortet die Linkspartei die unzähligen faschistischen „Einzelfälle“ in der Berliner Polizei, deren Haushaltsplanung und Einsatzschwerpunkte sie mitbestimmen. Morde durch Bullen, Abschiebungen durch Bullen, Räumungen durch Bullen – unter allem steht die Unterschrift des

denen die norddeutsche GSM-R-Infrastruktur samt Backup hängt. Die Reparatur gelang vergleichsweise schnell, nach knapp drei Stunden war die Leitung wieder gespleißt.

Schnell wurde Kritik laut, dass man eine so wichtige Infrastruktur noch redundanter hätte anbinden müssen – doch in der Planungsphase scheint Sabotage mit so viel Hintergrundwissen noch nicht das beherrschende Thema gewesen zu sein. Gegen andere Probleme wie Hochwasser, Brand und lokale Stromausfälle ist die Wahl der Standorte Herne und Berlin sehr geeignet. Fraglich ist auch, ob mehr Anbindungen pro Standort geholfen hätten: Wer so genau Bescheid weiß, welche Standorte er abschalten muss, schreckt auch vor drei oder fünf Kabeln nicht zurück.

In diesem präzisen Vorgehen wollten verschiedene Experten zweifelsfrei die Handschrift von Geheimdiensten erkennen. Nur durch geheimdienstlich beschaffte Insiderinformationen und eingeschleuste Informanten sei ein solcher Anschlag möglich, so die These.

Recherchen von heise.de lassen auch andere Schlüsse zu: Bemerkenswert viele Informationen zum GSM-R-Netz und zur Glasfaserinfrastruktur der Bahn sind öffentlich im Netz zu finden. DB Netze versorgt nicht nur die Bahn-eigenen Tochterunternehmen mit Infrastruktur, sondern auch andere Eisenbahngesellschaften. Des Weiteren brauchen Baufirmen und andere am Bahnbetrieb beteiligte Partner genaue Informationen. Das Infrastrukturregister, eine Online-Plattform mit interaktiver Kartenansicht, gestattet zum Beispiel jedem ohne Anmeldung ausführliche Recherchen zum Schienennetz und seiner Ausstattung. Und auch der Aufbau von GSM-R inklusive Rückfallkonzept bei Ausfällen wird ausführlich erklärt, weil das Mobilfunknetz von DB Netze an private Bahnbetreiber vermietet wird.

Das Infrastrukturregister der Bahn ist öffentlich zugänglich

Nicht nur die Bahn ist mit Informationen zur Infrastruktur sehr freigiebig: Man findet im Internet beispielsweise schnell eine Fachfirma für Rechenzentrumsbau, die in ihren Referenzen ausführlich in Bild und Text über einen neugebauten GSM-R-Standort in München berichtete – mit Außenansichten, die auch die Sicherheitsausstattung zeigen. Dort erfuhr man unter anderem, wie lange die USV-Anlage einen Stromausfall überbrücken kann. Nach der Veröffentlichung von heise.de entschied sich das Unternehmen, alle Hinweise auf Bahn-Projekte vorerst von der Website zu entfernen.

Ein anderer Geschäftsbereich von DB Netze sind Angebote rund um die Glasfaserleitungen entlang der Strecken. Die nutzt die Bahn nicht nur für eigene Daten; unter der Marke DB broadband will das Unternehmen über die 20.000 Kilometer Glasfaser anderen zur Verfügung stellen. Auch

das geht nicht, wenn man keine Details über das Netz verrät. Dabei ist all das erst der Anfang: Mit dem Projekt „Digitale Schiene Deutschland“ will die Bahn noch mehr digitalisieren, mit KI ausstatten und automatisieren, um mehr Güterverkehr auf die Schiene zu bringen.

Um gezielt diejenigen Kabel zu finden, mit denen jeder die norddeutsche GSM-R-Infrastruktur lahmlegen kann, reichen die öffentlichen Informationen jedoch eher nicht aus. Interne Informationen der Bahn braucht es schon, wenngleich nicht unbedingt solche, die höchsten Geheimhaltungsstufen unterliegen und einem winzigen Kreis vorbehalten sind – viele an Ausführung und Wartung beteiligte Firmen und Mitarbeiter dürften seit Inbetriebnahme von GSM-R die Pläne gesehen haben. Die Ressourcen eines Geheimdienstes sind zweifelsfrei hilfreich, um einen Mitarbeiter in eine technische Abteilung oder ein Bauunternehmen einzuschleusen.

Über Erpresser- oder Bekenner schreiben ist zumindest öffentlich nichts bekannt, was eher für einen staatlichen Akteur spricht. Eine kriminelle Bande mit genug Energie, um der Bahn mit einer falschen Firma Ausschreibungs- und Planungsunterlagen zu entlocken oder einen Mitarbeiter an passender Stelle unterzuschieben, hätte aber möglicherweise genügt.

DB Netze steckt in einem Dilemma: Auf der einen Seite möchte das Unternehmen attraktiver werden und neue digitale Geschäftsbereiche erschließen, was nur mit Werbung und öffentlichen Informationen funktioniert. Auf der anderen Seite wäre mehr Geheimhaltung für die Sicherheit der kritischen Infrastruktur Eisenbahn förderlich.

Wie reagiert das Innenministerium?

Bundesweit verlaufen diverse Kabel in Schächten entlang der Bahntrassen. Die alle zu schützen, ist wohl illusorisch. Doch die Bundespolizei sei sensibler geworden, achte bei der Bestreifung darauf, wer sich an ungewohnten Stellen den Gleisen nähert. Bundespolizei und Deutsche Bahn würden laut Innenministerin Nancy Faeser jeden Tag Hand in Hand dafür sorgen, dass Millionen von Menschen sicher durch die Bundesrepublik reisen können. 4300 Sicherheitskräfte der Bahn und 5500 Bundespolizisten seien deutschlandweit im Einsatz. „Ich will aber auch in aller Deutlichkeit sagen: Es ist nicht möglich, mehr als 33.000 Kilometer Bahnstrecke sowie Millionen Kabel-Kilometer vollumfänglich mit Kameras, Sensoren oder gar Polizeibeamten zu schützen“, so die Ministerin. An „besonders neuralgischen Punkten und bei konkreten Gefährdungshinweisen“ würden freilich alle notwendigen Schutzmaßnahmen ergriffen. Gemeinsam identifizierten Bundespolizei und Bahn relevante Kabelschächte und Knotenpunkte.

Senats, an dem sich die Linkspartei für ein fürstliches Gehalt beteiligt.“ 31.10.: In Berlin zündet die „Autonome Zelle Maria Mantini“ Ein Transporter der GA-tec an. Ein Tochterunternehmen von Knastbetreiber Sodexo. Gegen die Isolationsfolter gegen Alfredo in Italiens Knästen und in Solidarität mit allen hungerstreikenden Genoss*innen und den kämpfenden Mapuche in Chile. 31.10.: Nachdem das Amtsgericht Durlach zwei Aktivist*innen zu mehrjährigen Haftstrafen, wegen der Beteiligung an den Stuttgarter Krawallen 2020, verurteilte, wird es mit Farbe beschmiert. 01.11.: Nachdem Beginn der Prozesse gegen die Bock-Neurath Aktivisten, griffen andere Klimabewegte, Sicherungskästen an den Gleisen der RWE-Kohlebahn mit Feuer an. „We dont shut up- we shut shit down!“ 01.11.: In Leipzig werden ein Auto der Firma Spie und ein Wagen der Firma Miele angezündet. „Freiheit für Anna, Juan, Giannis und Alfredo! Für die

Derzeit werden die Bahnhöfe und Bahnanlagen bundesweit mit Hilfe von 9000 Kameras beobachtet. Bis 2024 sollen 180 Millionen Euro investiert werden, um die Zahl auf 11.000 Kameras zu erhöhen. Beim Projekt „Sicherheitsbahnhof“ in Berlin werde eine intelligente Videoanalysetechnik erprobt. Die kann Menschen herausfiltern, die auf einer Liste von Verdächtigen gespeichert sind, sowie abgestellte Gegenstände, die längere Zeit nicht bewegt wurden, registrieren.

Notwendig sei auch, dass die Betreiber kritischer Infrastruktur ihren Schutz erhöhen. „Sie müssen sich umfassend gegen Gefahren wie Naturkatastrophen, Terrorismus, Sabotage, aber auch menschliches Verhalten, wappnen.“ Die Ausfälle am Bahnsystem habe gezeigt, dass stärkere Backup-Systeme notwendig seien. Da müssten die Betreiber massiv investieren, so die Ministerin. Die Koalition arbeite derzeit an einem neuen Gesetz. „Noch in diesem Jahr werde ich meine Eckpunkte fürs Bundesgesetz ins Kabinett einbringen.“ Private Sicherheitsleute sollen nach Ansicht der Ministerin aber nicht ins Boot geholt werden.

[HH] Besuch bei Maritime Carrier Shipping

Dokumentation:

Wir haben in der letzten Nacht (21. Oktober 202) bei Maritime Carrier Shipping die Scheiben eingeschlagen und Buttersäure hinterher geworfen.

Wir sind wütend! Wütend, dass der Kampf ums Klima ins Stocken geraten ist. Wütend, aber nicht überrascht, dass mit Hilfe der Grünen eine Verlängerung der Laufzeit der verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland en vogue ist.

Wütend, aber nicht verwundert, dass die EU-Kommission Kernkraft als grüne Technologie einstuft. Die Atomenergie wird nicht nur vom deutschen Staat mit Milliarden subventioniert. Eine fett gewordene Lobby lügt über den Nutzen der Atomenergie und verharmlost die Gefahren.

Für uns ist klar: Atomkraft ist keine umweltfreundliche Alternative zu russischem Gas! Einmal abgesehen davon, dass Russland nicht nur Gaslieferant ist, sondern auch zu den sechs weltweit wichtigsten Förderländern von Uran zählt. Noch mehr Uran wird in Namibia gefördert. Von dort transportiert die Maritime Carrier Shipping GmbH & Co (MACS) das Uranerzkonzentrat regelmäßig nach Hamburg und lässt es am Südwestterminal entladen. Der alteingesessene Hamburger Familienbetrieb MACS, mit Sitz Große Elbstraße 138, trägt damit zum Betrieb von Atomanlagen bei. Wir begrüßen den vielfältigen Widerstand der Klimabewegung. Aber wir sehen, dass die Kämpfe nicht vorankommen, und setzen auf Sabotage und Angriff. Massenhafte militante Aktionen können unseren Kampf ums Klima befeuern.

anonym

In Solidarität mit Boris

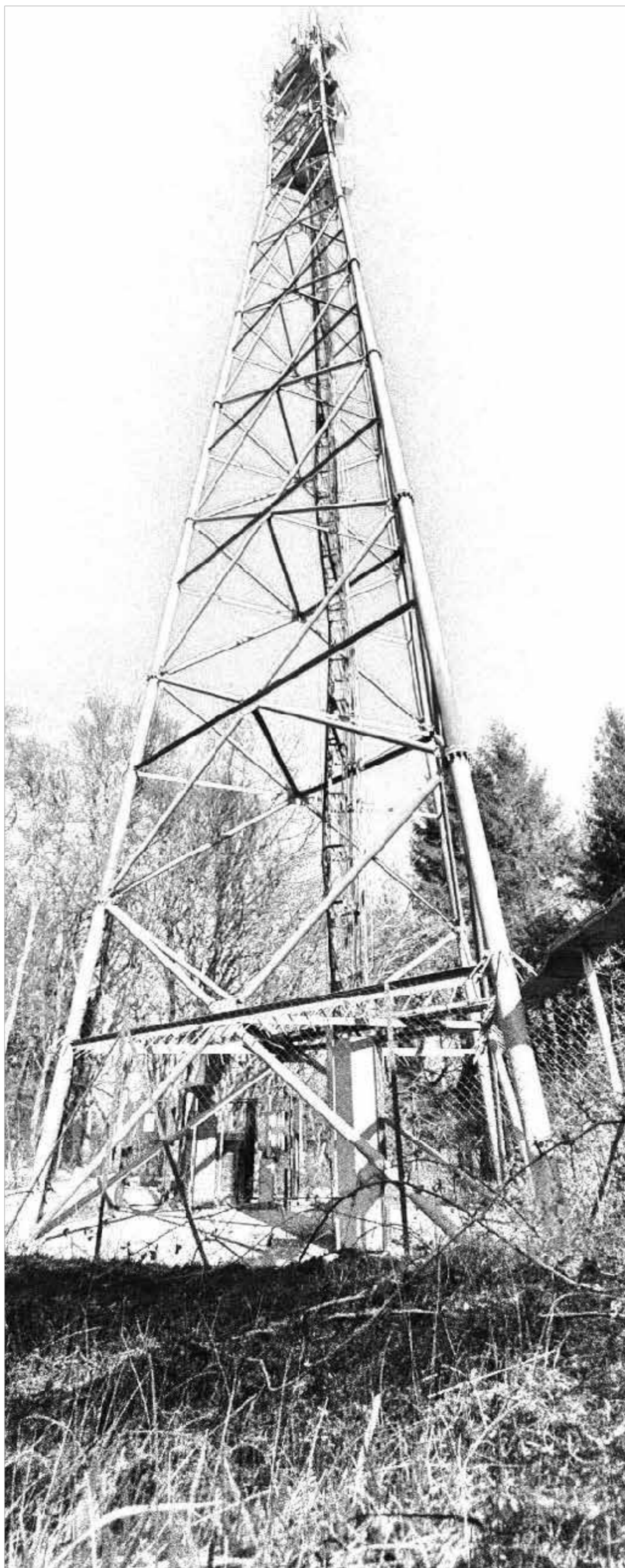
Neue Broschüre: „Erhobenen Hauptes, Flammenden Herzens“

In Solidarität mit dem Anarchisten Boris, der nach einem Brand in seiner Zelle, in der er wegen des Vorwurfs der Brandstiftung an zwei Mobilfunkmasten in Untersuchungshaft saß, nun seit über einem Jahr im Krankenhaus liegt, erschien vor kurzem eine Broschüre, die einerseits eine Auswahl der Texte, die von seinen Gefährt*innen veröffentlicht wurden, versammelt, als auch eine ganze Reihe von Texten zusammengestellt, die sich mit 5G, Digitalisierung und den Angriff auf die digitale

Infrastruktur auseinandersetzen. Auf dass Boris' Kampf weitergeführt werde, auf ein Ende des technologischen Netzes!

Aus dem Vorwort der Broschüre: Vor über zwei Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. April 2020, unternahm ein Anarchist namens Boris aus der französischen Stadt Besançon einen kleinen Nachtspaziergang und hinterließ zwei brennende Funkmasten, was nicht nur das regionale Telekommunikationsnetz der verschiedenen französischen Mobilfunk-

Anarchie!“ 01.11.: In Hamburg wird ein Luxusneubau mit Farbe und Steinen eingeweiht. 02.11.: Nachdem in München 13 Aktive der letzten Generation inhaftiert wurden, werden in Berlin die Parteizentralen von Grünen, FDP und SPD mit oranger Farbe angegriffen. 03.11.: In Köln und Aachen werden 24 Fahrkartensautomaten der DB auf verschiedenste Arten sabotiert. Laut bahn entsteht so ein Schaden von rund einer halben Million Euro. „In Zeiten der Klimakatastrophe und des sozialen Notstands macht die Ampel Politik für Reiche und Autolobby. Sie reißen Lützerath ab, um weiter Kohle zu verbrennen. Und wollen uns weiß machen, dass Menschen in der Ukraine zu unterstützen und Klimagerechtigkeit nicht vereinbar sind. Aber Krisen und Kriege sind im Kapitalismus keine Ausnahme, sondern die Regel.“ Freie Fahrt für alle! 04.11.: In Aachen werden, in Solidarität mit Lützerath, zwei Luxus-SUV mit Bauschaum behandelt. 05.11.: In



anbieter zusammenbrechen ließ, sondern auch das Funknetz der Bullen. Zwei Pfeiler der technoindustriellen Zivilisation weniger, zumindest für einige Zeit.

Unglücklicherweise fanden die Bullen einen Deckel am Fuß eines der Funkmasten, und darauf eine DNA-Spur, die sie Boris zuordneten. Im September 2020 wurde er festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt. Im Bullenverhör bekannte er sich dazu, die beiden Funkmasten alleine angezündet zu haben. Am 19. Mai 2021 verurteilte das Gericht ihn schließlich in Abwesenheit seiner Anwältin zu vier Jahren Haft, davon zwei auf Bewährung. Boris legte daraufhin Berufung ein, doch ehe es zu diesem Prozess kommen konnte, brach Anfang August ein Brand in seiner Zelle aus, der ihm schwere Brandverletzungen zufügte. Monatelang lag er im Koma. Inzwischen ist er wieder bei Bewusstsein, doch noch immer hat er schwer zu kämpfen. An allen vier Gliedmaßen gelähmt, jedoch voller Lebenswillen, ist er mit der Arroganz und Allmacht des medizinischen Apparates gegenüber seinen Subjekten konfrontiert, der es nicht fassen kann, dass ein „Patient“ seinen eigenen Kopf hat. Vor kurzem meldeten sich die Gefähr:innen aus Besançon wieder zu Wort, um erneut zur Solidarität mit Boris aufzurufen.

In dieser Broschüre sind diese Aufrufe zu finden, sowie eine Auswahl der Texte und Aufrufe, die rund um Boris' Fall erschienen sind. Nicht nur, um einen Gefährten, der mit voller Wucht die Gewalt der Repression abbekommen hat, zu unterstützen, sondern auch, um seinen Kampf, der uns inspiriert, und der auch unser Kampf ist, und der sich in Frankreich in eine ganze Reihe von Angriffen und Kämpfen einfügt, fortzuführen, weiterzutragen, dazu anzustacheln, und die Debatte um Infrastruktursabotagen, Funkmastbrandstiftungen, Beschädigungen an Glasfaserkabeln, Angriffe auf Strom- und Energieinfrastruktur, wie sie in Frankreich geführt wird, in den deutschsprachigen Raum zu tragen.

Denn Boris' Angriff ist nicht der einzige seiner Art, er reiht sich in eine ganze Welle von Angriffen auf Mobilfunkmasten in Frankreich ein. Eine Welle, die bis heute immer mehr an Stärke zunimmt. Zählen offizielle Statistiken für das Jahr 2020 etwa hundert abgepackelte Funkmasten in Frankreich, so sind es 2021 bereits 150, und dieses Jahr liegt die Zahl im Mai 2022 bei einem abgepackelten Funkmast jeden zweiten Tag, womit der Trend für das Jahr 2022 bei knapp 200 Funkmasten liegen soll. Auch Beschädigungen an Glasfaserkabeln gab es die letzten sechs Monate in Frankreich im Schnitt dreißig pro Monat, ebenso wie zahlreiche andere Angriffe auf Telekommunikationsunternehmen sowie sonstige Infrastruktursabotagen. Angriffe, die den Mächtigen gar nicht gefallen, da sie

Leipzig wird ein Auto von Sicherheits- und Gebäudedienstleister WISAG angezündet. „Das ist unsere Antwort auf eure Knäste, auf Vertreibung, Einsperrung und Ausbeutung. Freiheit für alle Gefangenen! Flammende Grüße und Solidarität an alle von Repression betroffenen! Viel Kraft auch für die zwei Angeklagten im Luwi71-Verfahren die am 8.11. in Leipzig vor Gericht stehen.“ 07.11.: Noch zwei Parteibüros der Grünen sowie ein Büro der SPD wurden in Berlin Ziel wütender Menschen, die Krieg, Krise und Umweltzerstörung nicht länger erdulden. 08.11.: „Leipzig. Es waren furchterregende Bilder. In Sellerhausen-Stüntz gingen am Dienstag in aller Frühe gleich zehn Transporter in Flammen auf. Der Anschlag auf den Wohnungskonzern Vonovia löste in Leipzigs Baubranche Ängste vor einer neuen Gewaltwelle aus. Schließlich hatten erst vier Tage zuvor Bagger auf einer Bahnbaustelle ganz in der Nähe gebrannt. Sachsens Innenminister Armin Schuster

die „sensibelsten und essentiellsten Aktivitäten des Landes“ bedrohen, eine potenzielle Gefahr für die Wirtschaft der Länder darstellen sowie das Projekt des umfassenden Ausbaus des technologischen Netzes und der Digitalisierung der Welt zumindest bremsen, ja vielleicht gar (zumindest lokal) – so unken auf jeden Fall gewisse Politiker, Geheimdienstler und Vertreter der Wirtschaft – sogar gefährden könnten.

Deshalb haben wir außer den Texten, die sich um Boris' Verhaftung drehen, noch Texte ergänzt, die sich mit dem Kampf gegen die technologische Infrastruktur, wie Boris ihn geführt hat und führt, beschäftigen. Darunter natürlich den, den Boris selbst über seine Motive zum Anzünden dieser Funkmasten verfasst hat, „Warum ich die zwei Funkmasten auf dem Mont Poupet abgefackelt habe“, sowie einen ursprünglich im Zündlumpen erschienenen Text, „Wann, wenn nicht jetzt?“, der in einer französischen Übersetzung in der Broschüre *Brûler les foyers du virus technologique* [Die Herde des technologischen Virus ausbrennen] erschien, für die die Bullen sich bei den Hausdurchsuchungen bei Boris und zwei weiteren Gefährten aus Besançon, die damals ebenfalls stattfanden, besonders interessierten. Auch den zweiten Text aus derselben Broschüre, „Sabotagen gegen die digitale Normalität“, findet ihr in diesem Heft. Ansonsten findet ihr noch mehrere weitere Texte überwiegend aus Frankreich, die sich mit der momentanen Angriffswelle auf dem Gebiet auseinandersetzen.

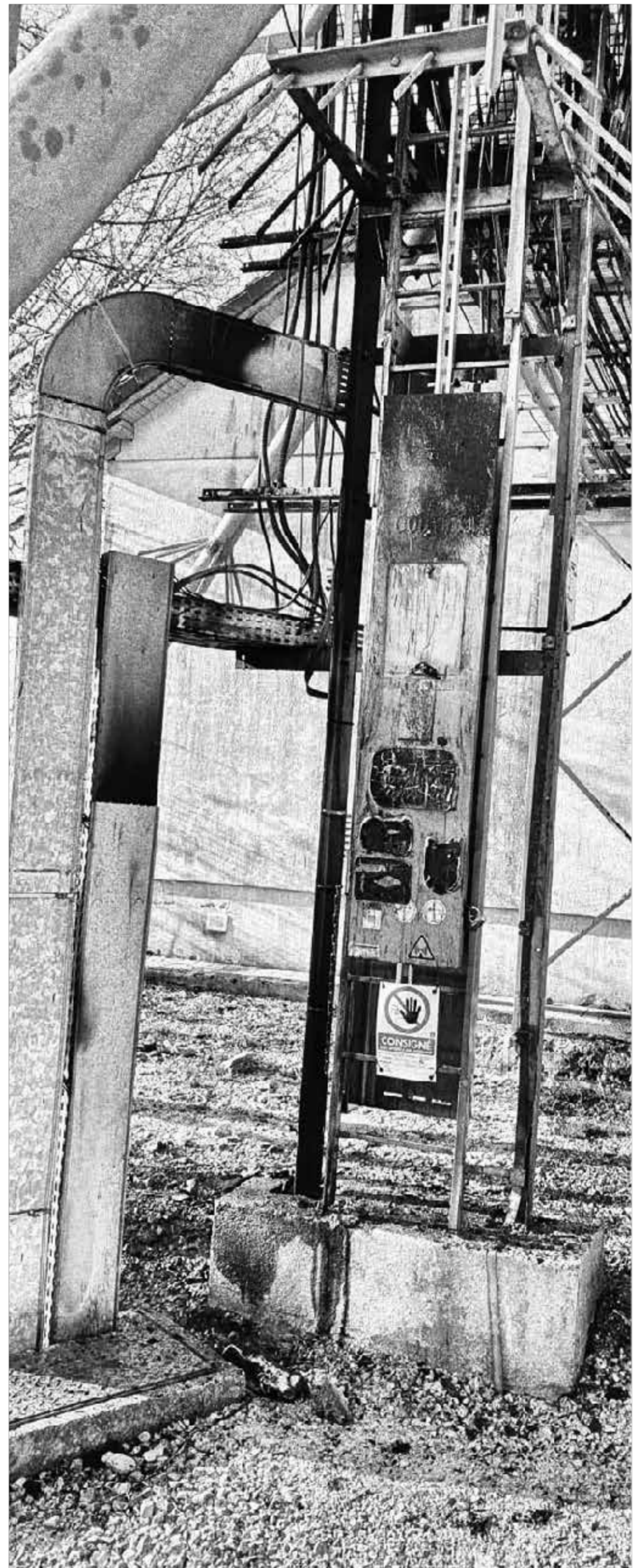
In Reaktion auf die Repression gegen Boris haben außerdem insbesondere in Frankreich einige Angriffe stattgefunden, zu denen sich Menschen bekannten, die ihren Kampf in Solidarität mit Boris führen, doch auch die Zahl der anonymen Angriffe auf Funkmasten und technologische Infrastruktur steigt in Frankreich weiter an. Eine Auswahl von beidem findet ihr ebenfalls in diesem Heft.

Möge das Netz der technologischen Herrschaft an allen Enden und Ecken in Flammen aufgehen.

ERHOBENEN HAUPTES FLAMMENDEN HERZENS SOLIDARITÄT MIT BORIS

Die Broschüre als .pdf zum Runterladen, Ausdrucken und Verteilen, findet ihr unter:

<https://aufstand.blackblogs.org/2022/11/02/erhobenen-hauptes-flammenden-herzens-neue-broschuere-in-solidaritaet-mit-boris/>



(CDU) sagte zu den Vorfällen, es wirke so, als würde die linksextreme Szene wieder erstarben. „Das Polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum ermittelt. Das soll auch ausdrücken, wie wir darüber denken“, so Schuster.“ 09.11.: In Berlin wird zum dritten Mal eine Dennis Filiale einer koordinierten Plünderung. #AllesnurGeklaut 11.11.: In Frankfurt a. M. wird ein Bullenwache mit Farbe beschmiert. „Im Jahre 2022 braucht es eigentlich keine Erklärung mehr, warum wir die Bullen angreifen. Morde, Racial Profiling, grassierende Repression und ständig auftauchende Nazichats sind alles keine Neuigkeiten mehr für uns. Und genau das ist der Grund, aus dem wir jetzt nicht mehr stillsitzen wollen.“ 15.11.: In Athen wird ein LKW von DB Schenker, als Anti-militaristische Botschaft, abgefackelt. „Während uns bewusst ist, dass ein zerstörter LKW keinen Krieg stoppt, haben wir die Verpflichtung die kleinen Rädchen der staatlichen Kriegsmaschine

Ich vermisse euch wie Sau

Eine Auseinandersetzung mit Flucht, Exil und Illegalität.

Vorwort des Buches

„Ich vermisse euch wie Sau!“ ist nicht nur der Titel des vorliegenden Buches, es beschreibt zudem ehrlich die Gefühlswelt unseres Freundes Ricardo, der vier Jahre seines Lebens im Exil in Mocambique verbrachte, bevor er sich im Dezember 2017 das Leben nahm. Er floh aus Deutschland und Europa, weil ihm wiederholt eine Haftstrafe bevorstand. Es ist ein folgenschwerer Schritt, sich den Fängen der Justiz zu entziehen und stattdessen 13.500 km entfernt von dem Ort, an dem man geboren, aufgewachsen und politisch sozialisiert wurde, einen neuen Lebensmittelpunkt aufzubauen - mit der Gewissheit, in den nächsten Jahren oder gar Jahrzehnten nicht nach Deutschland zurückkehren zu können. Eine Entscheidung, die ihm durch die Repressionsbehörden und das rassistische Knastsystem aufgezwungen wurde. Wir wollen seine Entscheidung nicht bewerten, sondern die politische Dimension, die zu ihr geführt hat, in diesem Buch aufzeigen.

Die ersten Wochen nach seinem Tod waren vermutlich für alle, die ihn kannten, ein Gefühlschaos - Verdrängung, Selbstkritik, Wut und die Frage, ob es wirklich Selbstmord war... Spätestens bei der Beerdigung und der Trauerfeier in Dresden ist uns bewusst geworden, dass wir kollektiv über unsere Gefühle und Erlebnisse sprechen müssen. Wir haben uns ausgetauscht über die gemeinsamen Zeiten, die wir mit Ricardo hatten, sowohl die schönen als auch die anstrengenden... Wir haben gelacht, geweint, uns gegenseitig getröstet, aufgefangen, uns Mut und Halt gegeben. Es entstand allmählich ein loser Zusammenhang von Menschen aus verschiedenen Städten, der sich regelmäßig traf, um den Verlust kollektiv aufzuarbeiten. Gerade auch in Hinblick auf die Zeit, die er in Mocambique verbrachte. Einige hatten relativ früh regelmäßigen Kontakt und konnten ihn auch in Kleinigkeiten unterstützen, mit ihm telefonieren und eine Verbindung zu den AnwältInnen herstellen. Andere hatten erst spät und nur per Mail die Möglichkeit, mit ihm zu kommunizieren. Wir mussten daher erst einmal alle auf denselben Wissensstand bringen. Bereits hier haben wir gemerkt, unter welchem Druck Ricardo gestanden haben muss und wie schwer sein Leben in Mocambique war. Die ständige Einsamkeit, die fehlenden Sprachkenntnisse, ein Land, von dem er nicht viel wusste, ganz zu schweigen von den chronischen Geldproblemen, die er vor Ort hatte. Wir haben uns durch eine Vielzahl von Mails, Fotos und Nachrichten gewühlt, haben unsere Erinnerungen an die Gespräche mit ihm wieder hervorgeholt und uns mit weiteren Personen, die Kontakt mit ihm hatten, getroffen. Viele Fragen nach seinem Leben vor Ort konnten wir uns dadurch beantworten, gleichzeitig rückte eine schwerwiegende neue Frage in den Mittelpunkt: Was hätten wir anders machen können?



Wir standen an einem Punkt, an dem wir uns entscheiden mussten. Machen wir uns unser restliches Leben Vorwürfe - was oft mit Isolation oder gegenseitiger Beschuldigung inhereht - oder versuchen wir einen kollektiven Umgang mit dem Tod unseres Freundes zu finden. Dies bedeutet gemeinsam die politische Verantwortung, die Fehler und Erfolge zu analysieren, auszuwerten und im besten Fall mit anderen zu teilen, damit viele aus den gesammelten Erfahrungen lernen können. Doch nicht nur das, denn in vielen Bewegungen ist es ganz selbstverständlich, die Kämpfe und Ideen der verstorbenen GefährtInnen öffentlich zu machen und daran anzuknüpfen. Ricardo hat sich sein Leben lang als Anarchist verstanden und trotz aller gesellschaftlicher Widersprüche versucht diese Utopie zu leben. Es war für uns daher, mit diesem Gedanken im Hinterkopf, keine allzu schwere Entscheidung, dass wir auch den weiteren Weg zusammen gehen werden und kollektiv etwas erarbeiten möchten, was wir mit Interessierten teilen und besprechen können. Die

zu identifizieren und Stück für Stück rauszukicken.“ 15.11.: In Frankfurt a. M. Werden mehrere Baumaschinen auf der A66 Baustelle mit Bitumen sabotiert. „Wir taten dies aus Solidarität mit dem seit Herbst 2021 besetzten Fehenheimer Wald und allen weiteren Gefährt*innen. Seit November ist die Besetzung akut räumungsbedroht, da der Fehenheimer Wald für den Ausbau der A66/A661 weichen soll.“ 20.11.: „[...] einige Stunden vor der Eröffnungsfeier der Fußballweltmeisterschaft 2022, haben wir die meisten Gebäude der nordameri-

Idee, eine Broschüre oder ein Buch zu schreiben, entstand in diesem Moment.

Bei unserer Recherche zu Flucht, Exil und Illegalität ist uns aufgefallen, dass es zwar einige aktuelle Bücher gibt, die Situationen und das Leben beschreiben von Menschen, die nach Europa flüchten, dass es aber so gut wie keine aktuellen und öffentlichen Erfahrungsberichte gibt von Personen, die sich entschieden haben, aus Europa oder innerhalb der Grenzen Europas zu flüchten. Wir möchten betonen, dass es für uns keine „einfache“ oder „sichere“ Flucht gibt, es wäre vermessen solch eine Kategorie anzulegen. Ebenso halten wir es für absolut daneben, zu bewerten, ob die jeweilige Flucht „richtig“ oder „falsch“ sei. Niemand flüchtet ohne Grund und keine Flucht macht Spaß - Verharmlosungen und Romantisierungen sind unserer Meinung nach absolut unangebracht.

Das Gefühl, dass es an eben jenen Erfahrungsberichten mangelt, bestärkte uns in der Idee ein Buch zu schreiben und unterschiedliche Aspekte von Flucht, Exil und Illegalität zu thematisieren. Nun hatten wir uns aber nicht zusammengefunden, weil wir politisch alle einer Meinung wären oder in der gleichen Stadt wohnen würden, sondern wegen Ricardo. Diese Besonderheit sollte uns noch viele Stunden voller Diskussionen bescheren. Texte wurden geschrieben, wieder verworfen, es wurde herzlichst gestritten. Erschwerend kam hinzu, dass für uns von Anfang an klar war, dass wir sowohl die Interviews als auch die selbstgeschriebenen Texte, Satz für Satz gemeinsam durchgehen und bereden wollen. Diese vielen verschiedenen und zum Teil grundlegenden Diskussionen über Begriffe, Themen oder Sachverhalte waren für uns als Gruppe enorm wichtig, da wir zuvorderst eine emotionale Verbundenheit miteinander hatten/haben. Es bedeutet auch, dass das vorliegende Buch ein relevanter, aber auch nicht ganz vollständiger, Ausschnitt unseres Prozesses ist.

Aber nochmal einen Schritt zurück: Es ist also durch Recherchen, Diskussionen in unserem Zusammenhang sowie Gespräche mit FreundInnen und GefährtInnen eine Struktur entstanden, wie ein Buch aussehen könnte. Letztendlich haben wir uns für eine Unterteilung in drei Bereiche, die unterschiedliche Perspektiven wiedergeben, entschieden.

Der erste Teil ist Ricardo und seinem Leben gewidmet. In welcher gesellschaftlichen Situation ist er aufgewachsen, was waren prägende Ereignisse für ihn und wo war er politisch aktiv? Weiterhin findet sich hier ein Bericht über unsere Reise nach und ein Hintergrundtext über die Geschichte von Mocambique.

Im zweiten Teil sprechen wir als FreundInnen und GefährtInnen von ihm, darüber welche positiven oder auch negativen Momente, Probleme und Chancen sich aus seiner Flucht für uns ergeben haben, und wie wir und andere Menschen, die von seiner Flucht wussten, damit umgegangen sind. Angehängt ist ein Interview mit einem Anwalt zu dem Themenkomplex Flucht und Exil. Wir möchten in diesem Abschnitt des Buches unsere gesammelten Erfahrungen weitergeben, die Schwierigkeiten und Fehler herausstellen, damit aus ihnen gelernt werden kann.

Für den letzten Teil haben wir Interviews mit Menschen geführt, die alleine, als Teil einer Gruppe oder unterstützt von einer politischen Organisation vor den Repressionsbehörden geflohen sind. Ein weiteres abgedrucktes Gespräch beschreibt die Sicht einer Person, die einen flüchtenden Genossen unterstützt hat. Wir hoffen damit, die zahlreichen Aspekte von Flucht, Illegalität und Exil aufzuzeigen, die durch unterschiedliche Voraussetzungen entstehen können.

Für das vorliegende Buch haben wir besonders mit Personen und deren Umfeld gesprochen, die ähnliche Erfahrungen mit Flucht, Exil und Illegalität gesammelt haben wie Ricardo und wir als FreundInnen und GefährtInnen von ihm. Die Perspektive ist in unserem Fall die Flucht aus Deutschland und Europa gewesen und nicht nach Europa. Wir sind uns sicher, dass es Schnittmengen zwischen allen Fluchtgeschichten gibt und die Betroffenen vor ähnlichen Problemen standen und ähnliche emotionale Erfahrungen gemacht haben. Wir sind der Meinung, dass es aber eben auch große Unterschiede aufgrund von Privilegien durch Herkunft, Geschlecht, Klasse oder die gesellschaftlichen und historischen Gegebenheiten in den jeweiligen Start- und Zielländern gibt, die unserer Meinung nach eine besondere Betrachtung und Analyse benötigen, die wir mit diesem Buch nicht leisten können.

Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Formen der gesellschaftlichen Diskriminierung sowie staatlicher Repression sind essenziell für eine Bewegung, die eine radikale Veränderung herbeiführen will und dabei solidarisch und respektvoll miteinander umgehen möchte. Wir hoffen mit diesem Buch Erfahrungen, Perspektiven und Erlebnisse zu teilen, die FreundInnen und GefährtInnen von Ricardo bei der emotionalen Verarbeitung helfen und dazu anregen, den Verlust von vertrauten Menschen kollektiv und politisch zu behandeln. Weiterhin wünschen wir uns, dass die Texte und Interviews, Diskussionen anstoßen, und bei vielen Interesse an Themen Flucht, Exil und Illegalität wecken. Denn nur so können wir aus der staatlichen Repression gestärkt hervorgehen.

Erschienen beim Immergrün Verlag
ISBN: 978-3-910281-02-8

kanischen Adidas-Zentrale in Portland, Oregon, zerstört. Wir zertrümmerten Fenster, brachen Türen auf und beschmierten Wände auf dem gesamten Firmengelände, einschließlich der Bürogebäude, des Fitnessstudios und des Cafés mit Farbe. Adidas ist einer der wichtigsten langfristigen Partner der FIFA und einer der Hauptsponsoren der diesjährigen Weltmeisterschaft in Katar.“ 25.11.: Glasbruch und Graffiti am Büro der Grünen in Magdeburg. Stop Erdogan! Prangt auf der Fassade.

ALLES NUR GEKLAUT!



Die Preise im Supermarkt steigen und steigen... **Wird dir auch alles zu teuer?** Überlegst du bei so manchen Dingen, die du vor Monaten noch sorglos in den Einkaufskorb geworfen hast nun auch doppelt, ob du sie dir leisten kannst? Die Reichen bereichern sich an der Krise und wälzen die Kosten auf uns ab? **Nicht mit uns!**

Wir empfehlen praktische Umverteilung! Frau EDEKA und Herr Denn's merken's nämlich gar nicht, wenn du einfach mal nicht bezahlst. Endlich wieder mit gutem Gewissen shoppen und all die Leckereien einstecken, auf die du in letzter Zeit verzichtet hast?

"How to für den Ladendiebstahl mit deinen Besties"

1. Sucht euch einen Supermarkt ohne Security aus. **Bio-Märkte und kleinere Supermärkte haben oft keine Detektiv*innen oder Sicherheitspersonal.** Besucht den Laden zu einer Uhrzeit, zu der auch eure Umverteilungsaktion stattfinden könnte. Schaut wie viele Kund*innen und Mitarbeiter*innen im Laden sind und bekommt ein Gefühl für die Situation. Es ist nicht unbedingt schlecht, wenn der Laden gut besucht ist – ihr fallt weniger auf und die Mitarbeiter*innen sind beschäftigt.

2. Schaut euch in der Umgebung des Marktes um. Gibt es Parks, Fußgängerzonen oder ruhige Ecken, in die man sich nach der Shoppingtour schnell verdrücken kann? **Perfekt.** Die nächste Bullenwache ist nicht direkt in der Parallellstraße? **Noch besser.** Schaut am Besten auch mal, wo es in der Umgebung Kameras gibt, die euch auf dem Weg zum und vom Laden weg ggf. aufzeichnen könnten. Überlegt euch einen Treffpunkt in der Nähe, zu dem ihr nach eurem Erlebniseinkauf gemeinsam geht.

3. Sagt Friends und Gefährt*innen Bescheid und wendet euch vertrauensvoll an potenzielle Kompliz*innen. Achtet auf sichere Kommunikation und hinterlasst so wenige digitale Spuren wie möglich. Mit einer Hand voll Freund*innen trägt sich der Einkauf leichter – **Je mehr ihr seid, desto besser!**

4. Endlich ist es so weit! Der Tag eurer Wahl ist gekommen und ihr trefft euch in der Nähe eures auserwählten Schlemmerparadies. Du hast heute nicht deine Lieblingsjacke an, sondern vielleicht **Kleidungsstücke aus der Tauschbox** oder sonstwelche neutralen Klamotten. **Coronamaske** ist eh solidarisch und ne **Mütze** sollte man auch aufm Kopf haben – wird ja schließlich langsam kalt. Sprecht vorher verschiedene Szenarien durch und sucht nach einem **Konsens**, wie ihr gegebenenfalls als Gruppe agieren wollt. Es macht Sinn **Tandems** zu bilden und Rollen bzw. Verantwortungen zu verteilen. Eine Person bleibt am besten vor den Laden und hat die Straße und den Eingang im Blick.

5. Nachdem der Rest unabhängig voneinander in Zweiergruppen die Einkaufskörbe oder Taschen mit genügend Leckereien vollgestopft hat, trefft ihr euch zu einer abgemachten Zeit wieder am Eingang oder Ausgang. Auf Zeichen eurer Kompliz*in vor dem Laden marschiert ihr einfach geschlossen raus. Ein paar irritierte Blicke wird's geben, unserer Erfahrung nach sind alle aber erstmal total überrascht. **Niemand wird euch aufhalten.**



6. Gemeinsam geht's schnurstracks zum vorher abgemachten Treffpunkt. **Hier könnt ihr die Lebensmittel entweder zum Verschenken auslegen oder euch mitnehmen, was ihr braucht.** Schnell ne andere Jacke übergezogen und zack, verschwinden alle in verschiedene Richtungen.

Passt auf euch auf und handelt nach Bestem Wissen und Gewissen!

Wenn doch was passiert, meldet euch bei solidarischen Gruppen.

